

PAPERS

**BEITRÄGE
ZUR PROGRAMMDEBATTE
DER PARTEI DIE LINKE**

Beiträge zur Programmdebatte der Partei DIE LINKE

von

Gesine Löttsch, Oskar Lafontaine, Christine Buchholz, Historische Kommission, Ältestenrat,
René Lindenau, Jan Korte, Stefan Liebich, Raju Sharma, Halina Wawzyniak, Cuba Sí,
Michael Wendl, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik, Caren Lay, Cornelia Möhring,
Basisorganisationen, Elmar Altvater, Stefan Wolf, Ralf Krämer, Jürgen Aust, BAG Linke
Unternehmerinnen und Unternehmer

Impressum

Herausgegeben von
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
www.rosalux.de

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>
heruntergeladen werden.

Inhalt

Gesine Löttsch

Systemkrise – sozialistische Alternativen.

Systemkrise des Kapitalismus – neue Ansätze für sozialistische Transformationsperspektiven

Vortrag auf der Konferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wissentransfer und

Helle Panke e.V. am 22. Juni 2010 in Berlin

5

Oskar Lafontaine

Der archimedische Punkt. Was gehört wem, warum? Eigentum und Gesellschaft

RotFuchs / Dezember 2010

11

Christine Buchholz

...können wir nur selber tun

Vortrag auf der Konferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wissentransfer und

Helle Panke e.V. am 22. Juni 2010 in Berlin

15

Marcel Bois, Daniela Fuchs-Frotscher, Jürgen Hofmann, Klaus Kinner, Florian Wilde

Stellungnahme der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum Programmwurf

Sprecherrat der Historischen Kommission, 2. November 2010

21

Für eine konstruktive Programmdebatte

Für ein antikapitalistisches, ein sozialistisches Profil der Partei DIE LINKE

Erklärung des Ältestenrats vom 2. September 2010

25

René Lindenau

Von Straßen des Sieges und steinigen Wegen. Ein Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN

31

Jan Korte, Stefan Liebich, Raju Sharma und Halina Wawzyniak

... und der Zukunft zugewandt. Ein Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN

34

Cuba Sí zur Programmdebatte

38

Michael Wendl

Zurück zur Weimarer Republik?

Thesen zu Verstaatlichung, Vergesellschaftung, Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie

41

Wie in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren die Gesellschaft verändern?

Aus zwei Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik zur Programmdiskussion

47

Caren Lay	
gender-blindness. Eine feministische Kritik des Programmentwurfs der LINKEN	54
Cornelia Möhring	
Mission Patriarchatsüberwindung. Feministische Anforderungen an ein linkes Parteiprogramm	57
Basisorganisation Valentin & Basisorganisation Luise Berlin-Pankow	
Der sozial-ökologischen Umbau im Programmentwurf	59
Elmar Altvater	
Kulturrevolution für die Arbeitsgesellschaft	70
Stellungnahme der Basisorganisationen Luise und Valentin, Berlin-Pankow	
Zum Arbeitsbegriff im Programmentwurf	73
Stefan Wolf, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE	
Warum DIE LINKE das Bedingungslose Grundeinkommen im Parteiprogramm verankern sollte!	75
Ralf Krämer	
BGE nee!	80
Jürgen Aust	
Wider linke Beliebigkeit. Zu einigen zentralen Konfliktlinien in der Programmdebatte	88
Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmerinnen und Unternehmer	
Brief an den Parteivorstand, Programmkommission	94

Gesine Löttsch

Systemkrise – sozialistische Alternativen. Systemkrise des Kapitalismus – neue Ansätze für sozialistische Transformationsperspektiven

Vortrag auf der Konferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wissenstransfer und Helle Panke e.V. am 22. Juni 2010 in Berlin

Ich sage gleich, ich habe mehr Fragen als Antworten, und meine Partei will auch nicht den Eindruck erwecken, dass sie auf alle Fragen schon Antworten hätte.

Die heutige Konferenz will die Programmdebatte *begleiten*, so las ich es in der Einladungsmail an mich. Ich glaube, dass alle, die hier sitzen, mehr wollen als nur begleiten, sie wollen den Programmentwurf diskutieren, verteidigen oder verändern. Das kann man auch alles machen, wenn man sich vorher eine Frage selbst beantwortet: Was wollen wir mit dem Programm eigentlich? Wollen wir mit dem Programm eine Pflicht erfüllen, die uns das Parteiengesetz auferlegt? Wollen wir mit dem Programm an der vordersten Front der Wissenschaft mitmischen und theoretische Durchbrüche erzielen? Wollen wir Grundsatzfragen, die die Linken seit Marx immer wieder diskutiert haben, neu formulieren, beantworten oder verwerfen? Oder wollen wir mit unserem Programm eine Diskussion in der Gesellschaft anstoßen, die unser Land grundsätzlich verändert?

Als Parteivorsitzende freue ich mich immer, wenn ich anregende wissenschaftliche Publikationen lese, doch ein Grundsatzprogramm einer Partei ist keine Dissertation oder Habilitation, sondern soll ein Handbuch sein. Mit Handbuch meine ich allerdings nicht den Umfang des Programms, sondern ziele auf seine Handhabbarkeit. Bei unserem Programm geht es um *mehr* als eine Selbstverständigung innerhalb der Linken, es geht um die Erreichung ganz konkreter gesellschaftlicher Ziele mit ganz konkreten Mitteln!

Diese Ziele erreichen wir nur, wenn die Programmdiskussion keine geschlossene Veranstaltung wird, sondern viele Menschen in diese Diskussion einbezogen werden, die nach Antworten suchen oder schon Antworten haben.

Wir dürfen uns nicht gegenseitig mit unseren Theoriegebäuden erschlagen, wir müssen mit unserem Programm möglichst viele Menschen für unsere Vorstellung von einer anderen Gesellschaft begeistern. Ich weiß, dass es nicht leicht ist, Menschen für Politik zu begeistern. Ich würde mich schon freuen, wenn viele Menschen unser Programm einfach *einleuchtend*

fänden. Das Wort „einleuchtend“ ist treffend, weil es einen notwendigen Erkenntnisprozess beschreibt. Die Menschen lesen unser Programm und finden es einleuchtend, weil sie unsere Analyse und unsere Forderungen mit ihren Erfahrungen verbinden können. Wenn die Leser diese „Erleuchtung“ nicht haben, dann müssen wir unser Programm korrigieren.

Betrachten wir doch unseren Programmentwurf wie eine unfertige Software, dann haben wir jetzt eine Beta-Version, an der alle Menschen mitarbeiten und sich damit das Programm persönlich aneignen können. Über neue Ansätze sozialistischer Transformationsperspektiven zu sprechen, heißt nicht unbedingt in die Zukunft oder in ferne Länder zu schweifen.

Wir können uns unser Leben *hier und jetzt* anschauen und verschüttete und neue sozialistische Ansätze finden. Dazu müssen wir uns mit unserer gemeinsamen Geschichte beschäftigen. Ich bin dafür, dass wir unsere Geschichte selbstbewusster diskutieren. Ich erlebe, dass sich Menschen mit eingezogenem Kopf der Diskussion um die Geschichte der Linken stellen und bereit sind, sich für Dinge zu entschuldigen, für die man sich nicht entschuldigen muss.

Wir müssen uns nicht dafür entschuldigen, dass unsere Väter und Mütter nach dem Zweiten Weltkrieg versucht haben, eine Gesellschaft auf deutschem Boden ohne Krieg und Ausbeutung aufzubauen. Dieser Versuch war absolut legitim! Vergessen wir nicht: Die Existenz zweier deutscher Staaten war Ergebnis eines verbrecherischen Krieges, der von Deutschland ausging. Diese Einsicht muss alle begangenen Fehler, Menschenrechtsverletzungen und Dummheiten mit einschließen.

Es ist nicht immer angenehm, sich mit seinen eigenen Fehlern auseinanderzusetzen, doch es führt kein Weg daran vorbei, wenn man einen zweiten Sozialismusversuch wagen will. Wir können dieses Erbe nicht ausschlagen. Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir die Bewertung des ersten Sozialismusversuchs einfach unseren politischen Gegnern überließen. Sie wollen nicht aufklären, sie versuchen mit Kampfbegriffen jede differenzierte Diskussion zur Geschichte der DDR und der Linken insgesamt zu erschlagen.

Nehmen wir den Begriff „Unrechtsstaat“. Wer Zweifel anmeldet, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, den versucht man aus dem politischen Verkehr zu ziehen. Ich hatte die letzte Bundesregierung gefragt, ob es aus ihrer Sicht auf dieser Erde einen Unrechtsstaat gibt. Mir wurde aus dem Hause Steinmeier geantwortet, dass es diesen Begriff im Völkerrecht nicht gibt. War also die DDR der einzige Unrechtsstaat auf unserer Erde?

Ich habe den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gefragt, ob es eine Definition des Begriffes Unrechtsstaat gibt. Nein, antworteten mir die Wissenschaftler, den gibt es nicht. In der politischen Diskussion ging es darum: „[...] die politische Ordnung eines Staates, der als Unrechtsstaat gebrandmarkt wird, von einem *rechtsstaatlich strukturierten System abzugrenzen und moralisch zu diskreditieren*“.

Nun fragen sich vielleicht Menschen, die nicht in der DDR gelebt haben, was sie noch mit der DDR zu tun haben. Das kann ich ihnen sagen: Jeder, der einen zweiten Sozialismusversuch wagt, bekommt folgenden Satz an den Kopf geworfen: „Ihr wollt ja die DDR wieder haben!“ Das wollen wir natürlich nicht, doch dieser Kampfsatz entfaltet seine giftige Wirkung. Guido Westerwelle liebt diesen Satz. Wenn wir eine solidarische Bürgerversicherung fordern, dann kommt von ihm dieser Satz.

Wenn wir eine Gemeinschaftsschule fordern, in der die Kinder länger zusammen lernen, dann kommt von ihm dieser Satz. Um diese Unterstellungen zu widerlegen, muss man sich mit der DDR beschäftigen, ansonsten wird man scheitern, egal ob man aus dem Osten oder dem Westen der Republik kommt.

Doch auch das reicht nicht, man muss sich mit der Weltgeschichte beschäftigen. 1961 wurde nicht nur die Berliner Mauer gebaut, 1961 wurden z. B. in Paris protestierende Algerier von der französischen Polizei in die Seine geworfen. 100 Menschen starben und 13 000 Algerier wurden verhaftet. Mit diesem Beispiel will ich nicht von der Berliner Mauer ablenken, sondern ich will darauf aufmerksam machen, dass es keine isolierte Geschichte der DDR gibt, es gibt nur eine Weltgeschichte. Wenn wir also in Zukunft Präambeln für Koalitionsverträge schreiben, dann sollten wir unseren historischen Horizont erweitern.

Ich hatte in der Bundestagsdebatte zu den Finanzhilfen für Griechenland einen kleinen Disput mit Renate Künast. Ich sagte, dass ich es nicht verstehen könne, dass die Grünen den brutalen Kürzungsbeschlüssen von EU und IWF zustimmen wollen. Ich erinnerte an die IWF-Tagung 1988 in West-Berlin, als die Alternative Liste zu Recht gegen die unsozialen Forderungen des IWF auf den Straßen lautstark protestierte. Ich habe Renate Künast noch nie so empört und so ertappt erlebt. Sie konnte es einfach nicht fassen, dass sie eine Linke an ihre Geschichte erinnerte.

Ich habe den Eindruck, dass alle anderen Parteien so gern über unsere Geschichte reden, weil sie an ihre eigene nicht erinnert werden wollen. Wenn wir sozialistische Ansätze in unserem

Land umsetzen wollen, dann reicht es nicht, nur über die Ziele zu streiten, dann brauchen wir auch eine Verständigung über die Mittel, mit denen wir diese Ziele erreichen wollen.

Natürlich wollen wir öffentliche Unternehmen, die „für 'nen Appel und 'n Ei“, privatisiert wurden, wieder in öffentliche Unternehmen umwandeln, wie z. B. die Bahn oder monopolistische Stromerzeuger. Natürlich müssen Banken, die sich als Casino verstehen, geschlossen oder verstaatlicht werden. Aber ich erachte es als müßig, eine Liste von Unternehmen anzulegen, die wir vergesellschaften wollen. Da scheint es mir sinnvoller, länger darüber nachzudenken, wie wir zu unseren Zielen eigentlich kommen wollen.

Dazu müssen wir unsere eigene Kultur und unsere Lebensweise besser verstehen. Ich frage mich, warum so viele Menschen fußballbegeistert sind. Meine Erklärung ist, dass die Menschen klare, überschaubare und nachvollziehbare Regeln lieben, das vermittelt Sicherheit. Die Fans sind besonders empört, wenn der Schiedsrichter gegen diese Regeln verstößt. Das ist ganz anders als im wahren Leben.

Die Politikverdrossenheit ergibt sich u. a. dadurch, dass der Staat als Schiedsrichter nicht unparteiisch ist. Spekulanten, die Banken in den Ruin treiben, bekommen keine rote Karte, sondern können unbehelligt weiterspielen. Arbeitnehmer, die ihr Handy im Büro aufladen oder sechs Maultaschen aus der Betriebskantine mit nach Hause nehmen, werden fristlos gefeuert.

Ich hatte den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gebeten zu recherchieren, ob ein Bankenvorstand mit einer solchen Verdachtskündigung seinen Job verloren hat. Sie haben keinen Einzigen ausfindig gemacht! Das ist Zwei-Klassen-Recht! Diese unterschiedliche und willkürliche Anwendung der Regeln empfinden die Menschen als ungerecht.

Ein erster Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie muss darin bestehen, dass für alle Menschen in diesem Land die gleichen Regeln gelten, egal ob sie arm oder reich sind, egal ob sie Mann oder Frau sind, egal ob sie Ausländer oder Deutsche sind. Wenn wir das erreicht haben, dann haben wir im Ansatz sozialistische Verhältnisse, dann sind die Menschen auch bereit, über Regeländerungen mit uns zu reden, vorher nicht.

DIE LINKE macht noch vielen Menschen Angst, weil sie mit uns Regellosigkeit, Gewalt und Anarchie verbinden. Diese Angst wird von einigen Medien mit Begeisterung angefacht. Wir müssen beweisen, dass sozialistische Transformationsprozesse mit klaren Regeln verbunden

sind, die sogar durch das Grundgesetz gedeckt sind. Anders werden wir die Menschen nicht für unsere Ziele gewinnen können.

Das kann man gut oder schlecht finden, doch die Menschen sind eher bereit, schlechte Regeln zu akzeptieren als neue Regeln, die sie nicht verstehen oder die aus ihrer Sicht noch nicht ausreichend erprobt sind. Wenn wir das nicht berücksichtigen, werden wir scheitern.

Karl Marx formulierte: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“ Spätestens jetzt schalten die Herren vom Verfassungsschutz ihre Abhörgeräte ein. Ich empfinde es als einen schlechten Treppenwitz der Geschichte, dass 20 Jahre nach dem Mauerfall immer noch eine Bundesregierung einen Geheimdienst für die Einschüchterung von Andersdenkenden missbraucht. Was die Schlapphüte nicht verstehen ist, dass wir die Letzten sind, die Gewalt anwenden oder gutheißen.

Gewalt geht von dieser Regierung aus, wenn sie täglich Menschen ausgrenzt, nur weil sie Arbeitslose, Flüchtlinge, alleinerziehende Mütter oder in Armut lebende Kinder sind. Gewalt geht von dieser Regierung aus, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen mit Hilfe der Bundeswehr in Afghanistan durchsetzt. Trotz dieser offensichtlichen unsozialen und gewalttätigen Politik der Bundesregierung, ist der Neoliberalismus und nicht der Sozialismus zur materiellen Gewalt geworden und hat die Massen ergriffen. Neoliberalismus ist nicht nur in den Köpfen von Guido Westerwelle und Josef Ackermann, der Neoliberalismus hat die ganze Gesellschaft ergriffen, und wir Linke sind Teil dieser Gesellschaft.

Wie schaffen wir es, dass wir mit unserem Programm die Massen ergreifen und die neoliberalen Ideen aus den Köpfen der Menschen vertreiben? Warum haben die Menschen während der schwersten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus eine neoliberale Regierung gewählt? Selbst wenn man unsere Ziele gut findet – wer möchte nicht eine gerechtere und eine sozialere Welt –, traut man uns noch nicht zu, dass wir den Weg zu diesen Zielen auch wirklich finden. Über dieses noch fehlende Vertrauen müssen wir intensiv nachdenken.

Es hängt damit zusammen, dass unsere Ansätze nicht als machbare Alternativen wahrgenommen werden. Sozialistische Ansätze müssen immer sozialer, ökologischer und demokratischer sein als das, was die Menschen in der Gesellschaft vorfinden. Dass wir demokratischer sind als alle anderen, nimmt uns noch keiner ab, doch die Zeiten ändern sich. Wenn wir es schaffen, eine offene, demokratische und kulturvolle Partei zu sein, dann werden wir attraktiver für die Menschen, die mit Unbehagen feststellen, dass diese Gesellschaft durch

die herrschende Politik immer weniger offen, immer weniger demokratisch und immer kulturloser wird. Das wäre eine große Gefahr für die neoliberalen Parteien in unserem Land, die nichts mehr fürchten als eine Partei, die offen, ehrlich, demokratisch und kulturvoll ist.

Ich will zum Abschluss noch einmal auf das Thema Gewalt zurückkommen. Wenn wir über sozialistische Ansätze sprechen, dann müssen wir uns auch die Frage gefallen lassen, wie wir zur Gewalt stehen. Ich wurde in dieser Woche von einem Journalisten gefragt, ob die Partei DIE LINKE sich nicht von den Gewalttätern, die einen Böller auf der Berliner Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gezündet hatten, distanzieren sollte. Übrigens erfuhr ich vom Berliner Innensenator Körting, dass es sich nicht um eine Splitterbombe handelte, sondern um einen Böller.

Ich habe deutlich gesagt, dass diese Gewalt gegen Polizisten von uns nicht toleriert wird, wir sie ganz klar verurteilen. Die Gewalt hat dazu geführt, dass die Medien nur darüber berichteten und nicht über die gerechten Ziele unserer Demonstration. Doch der Journalist wollte von mir hören, dass wir Teile des Bündnisses isolieren und ausgrenzen, weil doch diese Gewalttäter den durchaus nachvollziehbaren Zielen der Demonstration Schaden zufügen.

Dass noch keiner weiß, wer eigentlich die Täter waren, war ihm sichtlich gleichgültig. Auch hier wird wieder mit unterschiedlichem Maß gemessen. Wann wurde die Kanzlerin gefragt, wann sie sich endlich von der staatlichen Gewalt in Afghanistan distanziert und ob denn nicht die Gewalttäter, die unschuldige Zivilisten töten, der Demokratie, die wir nach Afghanistan exportieren wollen, nicht großen Schaden zufügen.

Nein, wir sind gegen Gewalt, wir machen aber auch nicht das Lieblingsspiel dieser Bundesregierung mit: Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen zu isolieren und auszugrenzen. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir Solidarität leben. Die Kassiererin Emmely hat gekämpft, Solidarität erfahren und gewonnen. Es sind diese Beispiele, die anderen Menschen Mut machen, sich mit der Willkür in dieser Gesellschaft nicht abzufinden. Sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht abzufinden, ist der erste Schritt zu sozialistischen Verhältnissen.

Ich würde mich freuen, wenn Emmely unser Programm einleuchtend fände. Das würde meinem Motto gerecht werden: Es gibt nichts Praktischeres im Leben als ein gutes Programm!

Oskar Lafontaine

Der archimedische Punkt. Was gehört wem, warum? Eigentum und Gesellschaft

(RotFuchs / Dezember 2010)

Der Entwurf des Grundsatzprogramms der Partei DIE LINKE wird erfreulicherweise intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei wird auch die antikapitalistische Grundorientierung des Programms in Frage gestellt. Sie muss aber erhalten bleiben, weil ohne sie keine demokratisch sozialistische Gesellschaft entstehen kann.

Der archimedische Punkt ist dabei die Eigentumsfrage. 1913 schrieb der renommierte Historiker Charles Beard, dass die amerikanische Verfassung die ökonomischen Interessen derer widerspiegelt, die sie geschrieben hatten. Warum kam Beard zu diesem Ergebnis?

Eine Antwort finden wir bereits bei Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie“: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, das heißt, die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.“

Wenn wir uns fragen, warum es nur selten gelingt, gängige Klischees und Vorurteile zu überwinden, dann müssen wir immer bedenken: Die Sprache, selbst immer Ausdruck des Zeitgeistes, formt unsere Wahrnehmung. Es ist für uns alle schwer, der überlieferten Begriffswelt zu entkommen. Adorno und Horkheimer erläutern das in der „Dialektik der Aufklärung“: „Es gehört zum heillosen Zustand, dass auch der ehrlichste Reformers, der in abgegriffener Sprache die Neuerung empfiehlt, durch Übernahme des eingeschliffenen Kategorieapparates und der dahinter stehenden schlechten Philosophie die Macht des Bestehenden verstärkt, die er brechen möchte.“

Das Problem der Verfassungstexte der parlamentarischen Demokratien ist, dass die dort verwandten Begriffe nicht definiert sind. Das gilt vor allem für den Begriff des Eigentums. Was ist eigentlich Eigentum? Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise finden wir auf diese Frage keine Antwort. Aber in § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches steht: „Wer durch Verarbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache [...].“

Würden die Deutschen diese Bestimmungen ernst nehmen, dann müssten sie ihre Wirtschaftsordnung vom Grunde her neu gestalten. Nun gibt es in vielen Staaten Eingriffe in

das Eigentum, etwa durch Steuern, Enteignungen zum Zwecke des Ausbaus der Infrastruktur oder auch durch Subventionen.

Aber warum wird trotz dieser Eingriffsmöglichkeiten die Vermögensverteilung immer ungerechter?

Weil das Eigentum in unserer Gesellschaft in vielen Fällen nicht dem zugesprochen wird, dem es von Rechts wegen zusteht.

Die dem § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches zugrunde liegende Auffassung vom Eigentum ist keineswegs neu. Schon Wilhelm von Humboldt schrieb: „Nun aber hält der Mensch das nie so sehr für sein, was er besitzt, als was er tut, und der Arbeiter, welcher einen Garten bestellt, ist vielleicht in einem wahreren Sinne Eigentümer als der müßige Schwelger, der ihn genießt.“

Und, man glaubt es kaum, der amerikanische Präsident Abraham Lincoln sagte schon 1847:

„Die meisten schönen Dinge sind durch Arbeit entstanden, woraus von Rechts wegen folgen sollte, dass diese Dinge jenen gehören, die sie hergestellt haben. Aber es hat sich zu allen Zeiten so ergeben, dass die einen gearbeitet haben, und die anderen, ohne zu arbeiten, genossen den größten Teil der Früchte. Das ist falsch und sollte nicht fortgesetzt werden.“

Das ist heute noch der Kern des Programms der politischen Linken. Die Früchte der Arbeit gehören denjenigen, die sie geschaffen haben. Das Privateigentum galt und gilt in bürgerlichen Gesellschaften als Garant einer freien Gesellschaft und persönlicher Freiheit. Nur das Privateigentum führe zu wirtschaftlichem Fortschritt, wecke die Eigeninitiative, stärke die Selbstverantwortung und gewährleiste die persönliche Entfaltung.

Doch nach wie vor hat diese Art von liberaler Selbstverantwortung einen Schönheitsfehler: Sie gilt nur für wenige und wird der Mehrheit nicht zugebilligt. In einer Gesellschaft, in der die übergroße Mehrheit kein Vermögen und keine Produktionsmittel besitzt, lassen sich die Privilegien einer besitzenden Minderheit durch das Argument, sie wirkten persönlichkeitsbildend und garantierten die Freiheit, nicht als gesellschaftlich nützlich legitimieren. In der frühen liberalen Gesellschaftstheorie ergab diese Eigentumsauffassung noch einen Sinn.

Das private, weder durch obrigkeitstaatliche noch durch traditionelle oder religiöse Vorschriften beschränkte Eigentum war ein Instrument des wirtschaftlichen Fortschritts, ein

Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der staatsbürgerlichen politischen Freiheit. Für die Väter des Liberalismus war das Privateigentum wegen dieser für die ganze Gesellschaft nützlichen Konsequenz legitim. Aber heute sind derartige Legitimationskriterien fragwürdig und von der Geschichte außer Kraft gesetzt worden.

In der liberalen Gesellschaftstheorie legitimierte sich das wirtschaftliche Privateigentum nur durch den von ihm erzeugten gesellschaftlichen Nutzen.

Heute kann diese liberale Gesellschaftstheorie auch dazu herangezogen werden, die Neuverteilung des Eigentums am Vermögen und am Produktivvermögen zu begründen. So wie die Neuverteilung des Eigentums ein Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der bürgerlichen Freiheit war, so ist heute die gerechtere Verteilung des Vermögens und des Produktivvermögens das Ferment zur Auflösung des Feudalismus in der Wirtschaft und zur Herstellung einer demokratischen Gesellschaft. Die Beteiligung der Belegschaften an ihren Betrieben eröffnet den Weg zu einer freieren und einer demokratischeren Gesellschaft. Wie kein anderer hat das der deutsche Liberale Karl-Hermann Flach formuliert:

„Heute sehen wir noch viel klarer, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und Marktfreiheit zu einer immer größeren Ungleichheit führen, welche die Freiheit der großen Zahl gegenüber der Freiheit kleinerer Gruppen unerträglich einschränkt. Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriestaaten führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherung der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität, welche der Begründung der Besitzverhältnisse mit dem Begriff der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht.“ So äußerte sich ein führender Liberaler vor drei Jahrzehnten, und er fährt fort: „Das Problem des Kapitalismus besteht nicht darin, dass Unternehmen Gewinne erwirtschaften, sondern darin, dass die ständig notwendige Reinvestition des größten Teiles der Gewinne nicht nur moderne Produktionsanlagen und Arbeitsplätze schafft, sondern eine ständige Vermögensvermehrung in der Hand der Vorbesitzer der Produktionsmittel.“ Daher laste der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus auf ihm wie eine Hypothek.

Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus sei daher die Voraussetzung seiner Zukunft. Im Finanzkapitalismus heutiger Prägung wird der größte Teil der Gewinne nicht mehr in moderne Produktionsanlagen reinvestiert; vielmehr wird er im weltweiten Spielkasino verzockt, mit verheerenden Folgen für die Menschen, vor

allem für die Hungernden und die Kranken dieser Welt. Der Finanzkapitalismus enteignet die Beschäftigten nicht nur dadurch, dass er ihnen den Zuwachs des Produktivvermögens vorenthält; er verschärft Jahr für Jahr die ohnehin bestehende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch fallende Löhne, Renten und soziale Leistungen bei gleichzeitigen spekulationsbedingten Preissteigerungen.

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag mit einer anderen Verteilung des Vermögens und des Eigentums an Produktionsmitteln. Nur so schaffen wir die gesellschaftliche Basis, um den Finanzkapitalismus in die Schranken zu weisen. Erst eine andere Eigentumsstruktur verteilt die Macht neu und eröffnet die Chance, die Früchte des gemeinsam Erwirtschafteten gerecht zu verteilen.

Die unsoziale Politik der neoliberalen Ära würde so beendet werden. Die Kriege der letzten Jahre waren Verteilungskriege, um Rohstoffe und Absatzmärkte. Jean Jaurès analysierte vor 100 Jahren:

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Eine antikapitalistische Politik ist daher im besten Sinne Friedenspolitik. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Für die Linke gilt: Krieg ist kein Mittel der Politik. Alle Versuche, diese klare Position der Partei DIE LINKE aufzuweichen, sind zum Scheitern verurteilt.

Eine durch die Beteiligung der Belegschaften an den Unternehmen geprägte Wirtschaftsordnung dient darüber hinaus auch der Erhaltung unserer Umwelt. Echte solidarische gesellschaftliche Verantwortlichkeit kann der Mensch bei seiner Arbeit nur entwickeln, wenn er im Arbeitsprozess nicht entmündigt wird. Produktive Arbeit ist Umformung der Natur zu Gebrauchsgütern. Wer im Arbeitsprozess von jeglicher Verantwortlichkeit enteignet worden ist, der wird auch gegenüber dem Gegenstand seiner Arbeit, der Natur, nicht die notwendige Verantwortung empfinden. Daher müssten diejenigen, die für einen verantwortlichen Umgang des Menschen mit der Natur plädieren, dafür eintreten, dass solidarische Verantwortlichkeit im Arbeitsprozess entstehen kann.

Aus dem bisher Gesagten folgt: Wir brauchen eine andere, eine neue Eigentumsordnung, wenn wir mehr Freiheit ermöglichen und eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft aufbauen wollen.

Christine Buchholz

...können wir nur selber tun

Vortrag auf der Konferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wissentransfer und Helle Panke e.V. am 22. Juni 2010 in Berlin

DIE LINKE ist eine sozialistische Partei. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist der Kapitalismus unfähig, seine Krisen zu überwinden und dauerhaft und global Gerechtigkeit und Frieden für alle herzustellen. Zum anderen ist die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsmittel eine entscheidende Weichenstellung, um die Produktion und das gesellschaftliche Leben sinnvoll und demokratisch zu planen.

Nun gibt es eine Karikatur der Positionen in unserer Partei: Auf der einen Seite gäbe es jene, die in der Kleinarbeit der täglichen Parlaments- und Reformarbeit das große Endziel Sozialismus aus dem Auge verloren hätten. Und auf der anderen Seite diejenigen, die über das Ziel Sozialismus die Verbesserungen im Hier und Jetzt vergessen.

Ich nenne dies deswegen Karikatur, weil mir Genossen, die keine Verbesserungen im Hier und Jetzt wollen, noch nicht begegnet sind. Die entscheidende Frage ist eine andere: Wie sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen Veränderungen zu erreichen, und zwar auf eine Art und Weise, dass sie das Ziel Sozialismus befördern, anstatt es in immer weitere Ferne rücken zu lassen?

In den letzten 150 Jahren haben sich, bei allen unterschiedlichen Spielarten, im Hinblick auf diese Frage im Wesentlichen zwei Stränge des Sozialismus entwickelt, die der US-amerikanische Sozialist Hal Draper als „Sozialismus von oben“ und „Sozialismus von unten“ bezeichnet hat. Für unsere Partei ist es hilfreich, zu diskutieren, welcher Traditionslinie wir folgen wollen.

„Sozialismus von oben“ bedeutet: Die Welt wird verändert, indem die Mehrheit ihr Schicksal in die Hände einer vermeintlich weisen und wohlwollenden Führung legt. Sie wird die richtigen Entscheidungen im Interesse der Massen treffen, und diese werden ihre Beschlüsse ausführen.

In dieser Traditionslinie steht der bis heute im SPD-Programm verankerte „Demokratische Sozialismus“, ein Sozialismus, der offensichtlich voll kompatibel ist mit Hartz IV, Rente mit 67 und Bundeswehreinräufen in aller Welt.

In dieser Traditionslinie steht aber auch der offensichtlich gescheiterte Sozialismus der Parteidiktaturen der Ostblockstaaten.

Das Gegenstück dazu ist die Traditionslinie des „Sozialismus von unten“. Er wächst aus den Kämpfen der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sein Motto ist der erste Satz aus den Statuten der Arbeiter-Internationale von 1864, „[...] dass die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss“.

Der „Sozialismus von unten“ stellt Selbstaktivität der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus zwei Gründen ins Zentrum:

Zum einen ist jede erreichte Verbesserung entweder Produkt von Bewegung oder von den Herrschenden aus Angst vor Bewegung eingeführt worden. Beispiele dafür sind das allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, paritätische Sozialsysteme und das Betriebsratswesen. Die Republik selbst ist Ergebnis der Revolution von 1918. Reformen sind Produkt geänderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, und Kräfteverhältnisse ändern sich durch reale Auseinandersetzungen.

Zum anderen verändern Menschen sich und ihre Einstellungen in solidarischer gemeinsamer Aktivität. Durch Erfahrung können so alte Ideen und Vorurteile überwunden werden. Um es deutlich zu machen: Ein Streik kann nicht gewonnen werden, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter, Deutsche und Migranten nicht miteinander kämpfen. Der gemeinsame Kampf kann und muss eine Basis dafür sein, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und z. B. Frauenfeindlichkeit oder Rassismus zu überwinden.

Der „Sozialismus von unten“ spielt im Werk von Rosa Luxemburg eine zentrale Rolle. Rosa Luxemburg sieht den Klassenkampf als zentrales Element zur Transformation der Gesellschaft. Dabei löst sie den scheinbaren Widerspruch von Reform und Revolution auf und entwickelt ein Verständnis der Dynamik gesellschaftlicher Prozesse:

„Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft.“

Ihrer Meinung nach ist „die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft.“

Sie folgert daraus: „Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.“

Das bedeutet den Verzicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung und die oberflächliche Reformierung des kapitalistischen Systems.

Wenn wir zu einem Sozialismus kommen wollen, der auf einer neuen Eigentumsordnung beruht, die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft beinhaltet und ein Prozess der Emanzipation und Selbstemanzipation der breiten Bevölkerung ist, dann ist die Frage zurzeit: Wie verhält sich die LINKE in einer Situation, in der es zwar Sympathien für Sozialismus gibt, aber einen niedrigen Stand der Klassenkämpfe?

Es gibt keinen Automatismus, dass die Realitäten des Kapitalismus zu Widerstand oder einer Stärkung der Linken führen. Der Kapitalismus führt nicht nur zu zerstörerischen Krisen und produziert gleichzeitig absurden Reichtum und bittere Armut.

Er führt auch zu Entfremdung, Individualisierung, Fragmentierung und zur Spaltung der Gesellschaft. All dies nährt im Alltag die Passivität der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber politischen Entscheidungen.

Gleichzeitig bringen Fragmentierung und Ohnmachtsgefühle auch die Hoffnung hervor, der Kapitalismus könne dauerhaft reguliert werden, wenn man nur die richtigen Konzepte anwendete oder die richtigen Politiker an die Macht brächte.

Diese Hoffnung reflektiert sich in verbreiteten, aber illusorischen Vorstellungen, Verbesserungen stellvertretend für die Menschen herbeizuführen. Von dieser Hoffnung lebt immer noch die SPD, aber auch die Grünen unterliegen ihr.

Im Gegensatz dazu ist es für eine sozialistische Partei entscheidend, die Passivität zu überwinden und Menschen für ein bewusstes Eingreifen für ihre Interessen zu gewinnen.

Daraus entstehen für DIE LINKE mehrere Aufgaben:

- Den Kapitalismus im umfassenden Sinne zu begreifen und zu erklären.

- Die Eigentumsordnung und die demokratische Kontrolle der Produktion ins Zentrum des Kampfes für gesellschaftliche Veränderungen zu stellen.
- Den Kampf gegen Rassismus, Sexismus und jede andere Form der Unterdrückung als zentrales, Spaltungen überwindendes, Element des Kampfes für Sozialismus anzusehen, denn Ausbeutung und Unterdrückung sind verschiedene Seiten derselben Medaille.
- Die Selbstaktivität der Menschen zum Ziel zu haben und von daher die außerparlamentarische Arbeit in den Stadtvierteln, Betrieben, Schulen, Universitäten, Bewegungen und Initiativen den strategisch entscheidenden Stellenwert beizumessen.
- Die Arbeit in den Parlamenten nicht als Selbstzweck zu betreiben, sondern der Information, Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung unterzuordnen.
- Wenn sie sich auf die Option der Regierungsbeteiligung einlässt, deutlich zu machen, dass sie verlässlich ist und nichts tut, was der Entwicklung einer Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Frieden entgegensteht. Das heißt, dass sie sagen muss, was sie erreichen möchte und was sie auf keinen Fall mitmacht (Privatisierung, Arbeitsplatzabbau, Sozialabbau, Kriegseinsätze).

Um diese Aufgaben zu erfüllen, braucht eine sozialistische Partei Positionen, Bündnispartner und eine Strategie der Umsetzung. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen.

Wir sind gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion. Wir sind für Rüstungskonversion als einen konkreten Schritt der Entmilitarisierung der Gesellschaft. Dabei sind die Friedensbewegung und die Arbeiterbewegung notwendige Partner, um für die Umsetzung zu kämpfen.

Was das Verbot von Rüstungsexporten angeht, stehen wir an der Seite der Friedensbewegung. In den Gewerkschaften gibt es einen Streit über diese Frage.

Die Aufgabe einer sozialistischen Partei besteht darin, in der Friedensbewegung für die sozialen Interessen der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie zu argumentieren und Forderungen zu entwickeln, die die Beschäftigten für ihre Position gewinnen können.

In der Gewerkschaftsbewegung argumentiert eine sozialistische Partei für ihre Position und verbindet dies mit konkreten Forderungen für den Erhalt und die Umwandlung von Arbeitsplätzen in zivile Jobs.

So kann die Partei Brücken bauen und helfen, soziale Bewegungen zu verbreitern und zu politisieren. Sie ist relevant für die Gegenwart, sie gibt aber auch eine Orientierung für die Zukunft. Sie hat Überzeugungen, für die sie Menschen gewinnen kann.

Nun werden Rüstungsproduktion oder auch das Anbieten von Rüstungsprodukten auf Messen oft nicht mit der besonders guten tödlichen Wirkung der Waffen begründet, sondern damit, dass die Produktion gut für den Standort ist.

Ein schönes Beispiel für eine sozialistische Antwort auf dieses Dilemma lieferte im Jahr 1900 August Bebel in der Reichstagsrede „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.

Er entgegnete vor 110 Jahren im Reichstag den Befürwortern der kaiserlichen Flottenrüstung, die die ablehnende Haltung der damals noch marxistischen Sozialdemokratie mit Hinweis auf die durch Rüstung entstehenden „Arbeitsplätze“ angriffen: „Es kommt doch nicht bloß darauf an, dass man Arbeit schafft, sondern es kommt vor allem darauf an, welche Arbeit man schafft und für welche Zwecke Arbeit geschaffen wird, ob ich Arbeit schaffe für Zwecke, die wir von unserem Standpunkte aus in ihren notwendigen Wirkungen und Folgen als kulturwidrig und kulturfeindlich ansehen müssen, oder ob wir Arbeitsmittel und Arbeitszwecke schaffen, die wir als kulturfördernd und kulturhebend ansehen müssen.“

Auch wenn sie damit gegen den Strom schwimmt – DIE LINKE muss sich gegen Rüstungsproduktion und deren Bewerbung stark machen. Kontraproduktiv ist es, wenn Regierungen, an denen DIE LINKE beteiligt ist, mit dem Argument der Standortsicherung für Rüstungsproduktion oder Rüstungsmessen sprechen. So geschehen in Brandenburg mit der Internationalen Luftfahrtausstellung ILA, die zu einer der bedeutendsten Rüstungsmessen Europas geworden ist. Kontraproduktiv ist es auch, wenn DIE LINKE es nicht kritisiert, wenn Gewerkschaften für bestimmte Rüstungsaufträge sprechen.

Ein zweites Beispiel ist der Kampf gegen Rassismus.

DIE LINKE spricht sich klar und deutlich gegen Rassismus aus. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte und Chancen haben – ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung.

Um dieses Ziel durchzusetzen, brauchen wir viele Bündnispartner: Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Migrantenverbände und viele Organisationen und Initiativen mehr.

Nun teilt möglicherweise eine Mehrheit der Bevölkerung die rassistischen und islamfeindlichen Thesen eines geistigen Brandstifters wie Thilo Sarrazin oder findet es zumindest berechtigt, dass er „Klartext“ redet.

In Teilen der Linken ist es verbreitet zu argumentieren, dass man erst die soziale Frage lösen müsse, um dann „Minderheitenthemen“ wie den Kampf gegen Rassismus aufzunehmen. Die Sozialistische Partei in den Niederlanden ist gegenüber Geert Wilders so vorgegangen und hat damit Wilders gestärkt und sich selbst geschwächt.

Richtig ist es, dass DIE LINKE den Kampf gegen Unterdrückung als Teil des Kampfes für soziale Gerechtigkeit und Sozialismus aufnimmt.

Marcel Bois, Daniela Fuchs-Frotscher, Jürgen Hofmann, Klaus Kinner, Florian Wilde
Sprecherrat der Historischen Kommission, 2. November 2010

Stellungnahme der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum Programm-entwurf

Die Historische Kommission war in die Erarbeitung des vorliegenden Entwurfs nicht einbezogen. Sie hat sich auf ihren Tagungen im Juni und Oktober 2010 zum Programmentwurf verständigt und den Sprecherrat mit einer Stellungnahme beauftragt, die wichtige Aspekte der Diskussion zusammenfasst.

Der Programmentwurf bestimmt die historische Identität der Linkspartei in der Präambel, im Teil I (Woher wir kommen, wer wir sind) und im Teil III (Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert) u. E. insgesamt zutreffend.

Eine umfassende abrissartige Darstellung aller Traditionen, denen wir uns verpflichtet fühlen, ist im Programm nicht notwendig und auch nicht wünschenswert. Es wäre dies eine gleichsam verbindliche Festlegung, die dem Diskussionsprozess um ein pluralistisches linkes Geschichtsverständnis nicht gut tun würde. Wesentlich ist, die Herkunft aus einem breiten Strom politischer und sozialer Emanzipationsbewegungen zu verdeutlichen, ohne sich in Details zu verlieren. Die Historische Kommission hat seit ihrer Gründung unter dem Dach der PDS in den zurückliegenden 20 Jahren an einem breiten Angebot historischer Bezüge und Traditionslinien mitgewirkt, die sich vom monokausalen Geschichtsbild der SED abgrenzten. Es bleibt auch weiter Aufgabe, die Ergebnisse der geschichtspolitischen und geschichtswissenschaftlichen Debatten aufzugreifen. Die beiden Bände „DIE LINKE – Erbe und Tradition“ und die gleichlautende Konferenz im Februar 2010 haben diesen Diskussionsstand zusammengefasst. Dieser sollte bei der Überarbeitung des Programmentwurfs berücksichtigt werden.

Unabhängig von konkreten Bezügen zu einzelnen historischen Ereignissen und Traditionen hat die Partei ihr Verhältnis zur Geschichte generell zu bestimmen. Zu den unverzichtbaren Grundsätzen gehören:

Der Verzicht auf ein parteioffizielles Geschichtsbild, aber keine den programmatischen Eckwerten widersprechende Beliebigkeit;

die Einsicht, dass dem Verzicht auf ein selbstbewusstes und kritisches Traditionsverständnis die Tendenz zur Beliebigkeit innewohnt;

der Erkenntnisgewinn, der – abseits von Schuldzuweisungen und Selbstbestätigungen – aus der Analyse von Erfolgen und Niederlagen hervorgeht.

Stärker akzentuiert werden sollte – bei allen Widersprüchen – die emanzipatorische, zivilisatorische und kulturelle Leistung der Arbeiterbewegung, ohne die Europa heute nicht so wäre, wie es ist, ohne die es keinen Sozialstaat gäbe, nicht diese aufgeklärte Arbeiterbevölkerung, nicht die relative Durchlässigkeit sozialer und Klassenschranken. Dazu gehört, dass die internationale und weltgeschichtliche Dimension unserer Herkunft etwas deutlicher gemacht werden müsste.

Festgehalten werden muss u. E. die eindeutige Absage an den „Stalinismus als System“. Die Verwerfungen durch stalinistische Strukturen und Denkmuster blieben nicht auf Osteuropa beschränkt. Über die Kommunistische Internationale und über den während der Systemkonfrontation praktizierten Führungsanspruch der KPdSU fanden sie auch Eingang in sozialistische und kommunistische Parteien und Gruppierungen Westeuropas.

Die Kommission empfiehlt, sehr sparsam mit Namen von Persönlichkeiten umzugehen. Während Karl Marx und Friedrich Engels, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie der Beitrag Willy Brandts zur Entspannungspolitik weitgehend unstrittig sein dürften, bleiben Bezüge zu lebenden Personen problematisch und sollten vermieden werden.

Die historische Rückschau im Teil I klammert die Auseinandersetzungen um Einheit und Spaltung Deutschlands und die damit verbundenen Bewegungen aus. Das war aber über vier Jahrzehnte eine zentrale Frage im historischen Prozess und beeinflusste die Entwicklung beider deutscher Staaten und ihr Verhältnis zueinander nachhaltig. Die Prägungen aus diesem Zeitraum wirken teilweise bis heute nach. Dies gilt gleichermaßen für den im Entwurf total umgangenen Kalten Krieg, obwohl dessen Nachhall ebenfalls noch bis heute – selbst in unseren eigenen Reihen – zu spüren ist. Frontstellungen und Argumentationsmuster des Kalten Krieges sind auch in aktuellen politischen Debatten immer wieder präsent.

Unklar bleibt im Entwurf, was mit „linksdemokratischen Positionen und Traditionen“ (Teil I) gemeint ist. Ist eine Abgrenzung zu demokratischen Positionen in dieser Form erforderlich? In der historischen Literatur zum 19. und 20. Jahrhundert wird in der Regel von

demokratischen, radikaldemokratischen und basisdemokratischen Strömungen gesprochen. Auch die Unterscheidung von Räte- und parlamentarischer Demokratie ist üblich.

Der Antifaschismus gehört zu den unverzichtbaren und prägenden Traditionen der Linken. Widerstand gegen das faschistische Regime, zu dem die Arbeiterbewegung den bei weitem größten Beitrag (Dauer, Aktionen, Beteiligte) geleistet und die meisten Opfer gebracht hat, ist unabhängig von zeitgenössischen Fehlentscheidungen und vom Erfolg zu würdigen. Dem sollte auch die Formulierung in der entsprechenden Programmpassage entsprechen. Wir schlagen vor:

„Der Widerstand [...] war zwar letztlich erfolglos, aber eine entscheidende Voraussetzung für den Neubeginn nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus.“

Die Arbeiterbewegung war bereits vor 1914 national und international in verschiedene Strömungen (christliche, anarchistische etc.) aufgefächert, von denen die Sozialdemokratie die mit Abstand stärkste war. Auch innerhalb der Sozialdemokratie hatte sich der Richtungsstreit bereits entwickelt. Die Haltung zum Krieg und nicht der Krieg selbst machte diese Differenzen offensichtlich. Dementsprechend spaltete nicht der Erste Weltkrieg die Sozialdemokratie, sondern die Abkehr der sozialdemokratischen Führung von der Antikriegsposition.

Die Erwähnung der USPD wird ihrer historischen Bedeutung nicht gerecht. Ebenso sollte die Einschätzung der Revolution von 1918/19 präzisiert werden. Wir schlagen folgende Fassung vor:

„Gegen diese verheerende Entwicklung entstand massiver Widerstand. Ein beträchtlicher Teil der Sozialdemokratie spaltete sich ab. Mit der USPD entstand die erste Massenpartei links von der SPD. Ihre Anhänger, unter ihnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wurden gemeinsam mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu den Trägern der Revolution von 1918/19, die das deutsche Kaiserreich stürzten und die Voraussetzungen für die parlamentarische Demokratie erkämpften. Die Weiterführung der Revolution als sozialer Revolution wurde durch die Reaktion mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen.“

Die folgende Passage sollte ebenfalls die positiven Wirkungen der Revolution in die Weimarer Zeit hinein nicht aussparen. Die könnte durch folgende Formulierung erreicht werden (nach: „[...] große Bitterkeit hinterließ.“):

„Gleichzeitig zeigten die Kämpfe, dass eine andere Welt möglich war. Traditionen der Räte­demokratie haben hier ihre Wurzeln. Die Konterrevolution konnte wichtige Ergebnisse der Revolution nicht beseitigen. Doch die Dominanz der Reaktion in der Weimarer Demokratie und die Unfähigkeit der Arbeiterparteien, die Demokratie gemeinsam zu verteidigen, erleichterte den Aufstieg der Nazi-Partei.“

Der Begriff „Nationalsozialisten“ diente der Selbstdarstellung dieser Bewegung. Im Programm der Linken sollte den Begriffen ihrer antifaschistischen Gegner (Nazis, Faschismus, Faschisten) der Vorzug gegeben werden. Im Unterschied zur wissenschaftlichen Literatur der Bundesrepublik scheuen sich Historiker der USA nicht, den Begriff „Faschismus“ zu benutzen (Siehe u. a. Stanley Payne: Geschichte des Faschismus, München/Berlin 2001; Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus, München 2006).

Der Zusammenschluss von SPD und KPD 1946 wurde nicht vorrangig „mit dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt“. Für die beteiligten Zeitgenossen war er in erster Linie eine „Lehre aus dem Faschismus“. Die entsprechende Passage könnte folgendermaßen lauten:

„Mit dem Zusammenschluss von SPD und KPD sollten Lehren aus jahrelangem Bruderkampf und dem Faschismus gezogen werden. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die sich widersetzten, wurden unter Druck gesetzt und verfolgt.“

Der Entwurf ist trotz einzelner Einwände und Hinweise insgesamt eine geeignete Diskussionsgrundlage. Mitglieder der Historischen Kommission stehen für Konsultationen bei der Überarbeitung gerne zur Verfügung.

Für eine konstruktive Programmdebatte.

Für ein antikapitalistisches, ein sozialistisches Profil der Partei DIE LINKE

Erklärung des Ältestenrats vom 2. September 2010

Die vom Parteitag 2007 beschlossene Programmkommission hat einen diskussionswürdigen Entwurf für das Parteiprogramm der Partei DIE LINKE vorgelegt. Inzwischen hat die Debatte begonnen – in Basisgruppen, in speziellen Veranstaltungen der Kreise und einiger Länder, in Bundesarbeitsgemeinschaften und in Plattformen bzw. anderen Zusammenschlüssen. Auch von Personen und Gremien, die außerhalb unserer Partei stehen, gibt es Reaktionen.

Wie sehen wir, die Mitglieder des Ältestenrates der Partei, die bisherige Diskussion zum Entwurf, und welche Überlegungen bzw. Erwartungen gibt es von uns für die weitere Arbeit?

Unsere Partei braucht ein Grundsatzprogramm als Richtschnur für das Wirken der Partei und aller ihrer Mitglieder für die nächsten Jahrzehnte. Dieses Programm muss auf der Grundlage einer nüchternen und realistischen Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit in der Welt und in Deutschland mit ihren wachsenden Widersprüchen und Gegensätzen die grundlegenden Ziele der Partei und die konkreten Aufgaben und Aktivitäten für die kommenden Jahre bestimmen und zugleich das zu entwickelnde Profil der Partei als antikapitalistische, als sozialistische Partei charakterisieren. Es muss den Prozess der Herausbildung einer einflussreichen sozialistischen Linken in Deutschland befördern und die Partei in ihrer Strategie zur Veränderung der Gesellschaft weiter voranbringen. Und es muss der breiten Öffentlichkeit vermitteln, warum sich DIE LINKE eigenständig organisiert und sich von allen anderen Parteien unterscheidet und ihren Platz im sich herausbildenden parlamentarischen Fünf-Parteien-System dauerhaft festigt. Zweifellos hat die Programmdebatte auch das Potential, linke gesellschaftliche Bündnisse zu stärken und weitere Mitglieder für die Partei zu gewinnen.

Unsere Partei ist eine junge Partei. Es geht in den kommenden Jahren nicht nur um das Zusammenwachsen der ehemaligen Gründungsparteien. Ein gutes Drittel der Mitglieder heute war weder Mitglied der WASG noch der PDS. Tausende neue Mitglieder stärken unsere Reihen. Ein ganz bedeutendes Ziel der Programmdiskussion sollte es deshalb sein, die Partei zusammenzuführen, ihre Identität zu festigen und unser gemeinsames Profil klarer herauszuarbeiten und in diesem Prozess auch zur politischen Bildung der Mitglieder beizutragen.

Der Entwurf ist u. E. dafür ein konstruktives Diskussionsangebot, das verbessert werden kann, aber nicht verwässert werden darf. Das antikapitalistische Profil der Partei wird deutlich, ebenso wie die Orientierung auf konkrete Veränderungen zugunsten der Menschen heute und das politische Engagement für eine sozialistische Perspektive. Linke Reformalternativen werden – zum Teil sehr ausführlich – der Öffentlichkeit unterbreitet. Der Entwurf enthält zahlreiche gemeinsame Ansätze und verweist auch auf noch offene Fragen. In der Diskussion wurden auch Lücken gekennzeichnet, und es wurde auf einige umstrittene Aussagen aufmerksam gemacht. In vielen Stellungnahmen und Diskussionen wird das den Entwurf charakterisierende antikapitalistische, sozialistische Profil ausdrücklich bejaht und empfohlen, es inhaltlich weiter auszugestalten. Der Entwurf sei ein Programm, das Zukunft atmet!

Veränderungen zugunsten der Menschen sind nur durch langwierige politische Kämpfe zu erreichen und bedürfen größten Engagements aller antikapitalistischen Kräfte. Gerade in eine solche Richtung zielt der Programmentwurf, wenngleich nicht übersehen werden soll, dass manche Aussage noch einmal überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden müsste. Die folgenden Gedanken sollen vor allem Anregungen für die Diskussion um das Programm sein, die für die Stärkung unserer Identität wichtig sind.

1.

Vertiefender Einschätzungen bedarf u. E. die Analyse der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse, der Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, denn sie stellt die Fundierung der Grundaussage des Programmentwurfs dar, dass ein Systemwechsel weg vom Kapitalismus notwendig ist. In einigen Abschnitten des Entwurfs entsteht der Eindruck, es würde genügen, die gegenwärtigen Auswüchse dieser Wirtschaftsordnung (den „Finanzmarktkapitalismus“, den Neoliberalismus) zu überwinden. Einige Passagen können unrealistische Hoffnungen auf Regulierungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Gesellschaft durch den gegenwärtigen bürgerlichen Staat, den Parlamentarismus und die Regierungen bestärken. Die zweifellos vorhandenen Reformierungspotenzen des heutigen Kapitalismus dürfen nicht übersehen lassen, dass alle aktuellen „Reformen“ der Stabilisierung und dem weiteren Vorantreiben der kapitalistischen Verhältnisse dienen und zu Lasten der Mehrheit der Menschen und unser aller Zukunft gehen. Die mehrfach im Programmentwurf gut dargestellten Zusammenhänge von Eigentum, Macht und Demokratie sollten durchgängig gegen illusionäre Vorstellungen abgegrenzt werden.

Ein ernster Mangel ist, dass im Entwurf die Frage von Grund und Boden, aus der sich viele weitere Probleme ableiten, nicht berührt wird.

2.

Eine zentrale Frage der Debatte ist die um unser Sozialismusverständnis. Sie wird vor allem in verschiedenen Beiträgen zur Eigentumsfrage deutlich, der Entwurf benennt diese als „eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung“ und akzeptiert unterschiedliche Eigentumsformen. Eine andere Eigentumsordnung sehen wir als wesentliche Voraussetzung an für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine umfassende Demokratie, für die Überwindung der Profitorientierung bei der Sorge um die Verhinderung der Klimakatastrophe und den Erhalt der Umwelt und für eine Abschaffung aller Kriege.

Aber die neue Gesellschaft erfordert – vor allem von uns in den sogenannten „entwickelten“ Ländern – auch ein Umdenken in der Lebensweise, den Konsumgewohnheiten und Vorstellungen von Lebensqualität, den Wachstumsmaßstäben, verbunden mit notwendiger Umverteilung von oben nach unten, von Nord nach Süd, nicht als Verzicht, sondern als Zugewinn von Lebensqualität. Unbefriedigend bleibt, dass Aussagen zu Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Menschen, zum Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, zum Menschenrecht auf Bildung, zum humanistischen Anspruch auf Bildung für alle, zur Rolle von Bildung und Kultur für die Individuen und für die Entwicklung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, zur Stärkung selbstbestimmter und solidarischer Lebensformen im Entwurf und insbesondere im Abschnitt über unser Sozialismusverständnis fehlen. Wir sehen darin auch wichtige Elemente zur Herausarbeitung des jugendpolitischen Profils der Partei.

In der Debatte um unser Sozialismusverständnis gilt es, neben der berechtigten kritischen Sicht auf das Sozialismusbild und die sozialistische Praxis im 20. Jahrhundert internationale Erfahrungen und Diskussionen, vor allem die aus dem Ringen um den „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ in Lateinamerika, und vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse – beginnend bei den Aussagen von Marx und Engels in den „Grundsätzen des Kommunismus“, im „Kommunistischen Manifest“ und in der „Deutschen Ideologie“ bis zu Forschungsergebnissen neuerer und neuester Zeit – gründlich auszuwerten.

Sicher wird eine solche Diskussion nicht mit der Programmdebatte abgeschlossen sein; sie kann und muss aber einen wichtigen Beitrag zur Präzisierung der Aussagen im Entwurf leisten.

3.

Angesichts der Bestrebungen zur Delegitimierung jeder Politik, ja selbst jeder Sicht auf die gesellschaftliche Entwicklung, die die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in Frage stellt, ist die weitere Qualifizierung der Bezugnahme auf unser Geschichtsverständnis unabdingbar. DIE LINKE steht als sozialistische Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung und ihrer sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien in Deutschland. Sie beruft sich auf das humanistische Erbe der Arbeiterbewegung und ihre Errungenschaften, benennt aber auch die Fehler und die Verbrechen, die im Namen des Sozialismus verübt wurden.

Vor allem der Verweis auf Erfahrungen linker Politik, linker Bewegungen in der „alten“ Bundesrepublik bedürfte weiterer Ausgestaltung und Schlussfolgerungen für aktuelles politisches Handeln. Das gilt vor allem für die Kämpfe der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit, für die Aktivitäten gegen den Vietnam-Krieg, für die Kämpfe gegen atomare Bewaffnung, für die Kämpfe gegen Berufsverbote u. a. Das schließt aber auch die kritische Auseinandersetzung mit den Aktivitäten der Herrschenden in der „alten“ BRD zur Unterdrückung des massenhaften Widerstands gegen deren konservative und reaktionäre Politik ein. Zweifellos sind hier einem Programm Grenzen gesetzt, aber die Debatte darüber schärft das linke antikapitalistische Profil der Partei und trägt zu präziseren Aussagen im Programm bei.

Der Versuch im Osten Deutschlands, den Sozialismus zu errichten, und die Erfahrungen der DDR gehören zu diesem Erbe, zu dem sich die LINKE bekennt und das sie nicht pauschal verleumden und kriminalisieren lassen darf, auch wenn sie sich eine kritische Sicht darauf erarbeitet hat. Diese Erfahrungen, die heute in anderen Teilen der Welt Interesse finden, sind differenzierter und genauer zu analysieren. Eine Gleichsetzung von mangelnder Demokratie und Stalinismus ist nicht gerechtfertigt.

4.

In verschiedenen Äußerungen zum Entwurf wird der Wunsch, zum Teil als Forderung formuliert, vorgetragen, das Programm solle sicherstellen, dass eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen möglich wird, dass sich die Partei also als möglicher Partner für Koalitionen mit der SPD bzw. den Grünen anbietet. Ein solches Herangehen ist aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren. Das Programm muss die Partei als antikapitalistische Kraft ausweisen, als eine Partei, die um eine sozialistische Perspektive ringt, als Partei, die konsequent für soziale

Gerechtigkeit, für die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Lande kämpft, als konsequente Friedenspartei. Das Programm muss die Partei als eine Kraft darstellen, die in außerparlamentarischen Kämpfen und nicht zuletzt im Zusammenwirken mit verschiedenen Bewegungen, die sich für soziale Gerechtigkeit, gegen Krieg, für bessere Lebensbedingungen der Menschen engagieren, einen zentralen Schwerpunkt ihres Wirkens sieht, die zugleich aber auch alle Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit nutzt und die immer um ein produktives Miteinander der verschiedenen Formen des politischen Kampfes ringt. Das schließt ein, gegebenenfalls auch die gegenwärtige Praxis der parlamentarischen Parteiendemokratie kritisch zu hinterfragen.

Das Programm muss ausweisen, was und welches die originären Ziele der Partei sind, wodurch sie sich von anderen Parteien und linken Bewegungen unterscheidet. Nur so wird deutlich, was sie in Koalitionen einbringt bzw. womit eventuelle Partner zu rechnen haben.

5.

Tiefere Beachtung und Analyse erfordert die Dialektik des Nationalen und Internationalen unter den heutigen Bedingungen. Die internationale Dimension kann nicht auf bestimmte Teilabschnitte beschränkt werden, sondern wirkt übergreifend und durchdringt alle im Programm behandelten Probleme. Dies erhöht den Anspruch an das Handeln der Partei im nationalen und europäischen Rahmen. Ebenso werden antikapitalistische und sozialistische Alternativen nur im regionalen und globalen Maßstab dauerhaft durchgesetzt werden können.

In diesem Kontext sei auch darauf verwiesen, dass die Partei DIE LINKE als Mitglied der Europäischen Linken in europäischer und internationaler Verantwortung steht. Mehr denn je verfolgen linke Kräfte anderer Länder – nicht nur aus Europa – die Entwicklung in Deutschland und speziell die Entwicklung unserer Partei. Das erfordert, dass wir die Erfahrungen anderer linker Parteien aufgeschlossen verfolgen, unser Wissen um deren Probleme und Lösungsansätze ständig vervollkommen und ihnen unsere eigenen Erfahrungen umfassend, d. h. auch die Schwierigkeiten und Probleme kennzeichnend, vermitteln. Internationalen Erfahrungen und Erfordernissen der internationalen Solidarität gebührt ein fester Platz in der praktischen Politik der Partei.

Wir brauchen in den kommenden Wochen weiterhin eine sachliche und konstruktive Debatte, und auch – weit über den Zeitraum der Diskussion und Arbeit am Programm hinaus – ein „qualitatives Mehr“ an politischer Bildung in der gesamten Partei. Die Ergebnisse der

Programmdebatte müssen auch in der Arbeit an einer neuen Satzung ihr Instrumentarium finden.

Der pluralistische Charakter unserer Partei lässt unterschiedliche Meinungen und Positionen nicht nur zu, er befördert sie geradezu. Die Gefahr, dass dadurch in der Öffentlichkeit ein sehr heterogenes Bild von der Partei entsteht, dass nicht eindeutig erkennbar wird, wofür DIE LINKE steht, sollte keinesfalls negiert, sollte auch nicht kleingeredet werden. Worauf es jetzt aber ankommt: Mit der Debatte um den Programmentwurf gilt es, um das Gemeinsame zu ringen, gemeinsame Positionen zu erarbeiten, zu erstreiten und damit auf ein alle Parteimitglieder einendes politisches Engagement zu orientieren. Deshalb sollten auch alle Versuche vermieden werden, die jeweils eigene Meinung als die einzig richtige und gültige zu postulieren. Mittels eines offenen, demokratischen und kulturvollen Dialogs auch zwischen Anhängern unterschiedlicher Positionen müssen die Diskussion und die weitere redaktionelle Arbeit am Programmentwurf vor allem der Stärkung der Linken dienen. Was wir nicht brauchen, das ist eine Institutionalisierung der zweifellos vorhandenen Auffassungsunterschiede und Konflikte. Gegenseitiges Zuhören, sich auf die Meinung des anderen einlassen, darüber nachdenken und konstruktiv prüfen und im Ergebnis nach Gemeinsamem suchen – das ist der Stil, durch den die Debatte charakterisiert sein sollte.

Im Sinne der Verbindung des Heute mit dem Morgen wäre es gut, die Programmdebatte mit den Fragen der gegenwärtigen praktischen Politik der LINKEN zu verbinden, mit Orientierungen, die jedem einzelnen Mitglied in seiner täglichen politischen Arbeit hilfreich und nützlich sind.

Wir wollen uns als Repräsentanten der älteren Generation in der Partei, die wir jahrzehntelang für sozialistische Ideale und eine bessere Welt gekämpft haben, gemeinsam mit den jüngeren Generationen, die heute in unmittelbarer politischer Verantwortung stehen, aktiv an der Debatte beteiligen und nach überzeugenden Antworten auf die vielen Fragen der Gegenwart suchen und nach besten Lösungen streben. Wir wünschen uns eine Debatte, die die Partei voranbringt und damit hilft, dem Wirken der Partei in dieser heutigen Gesellschaft weiteren Schwung zu verleihen.

René Lindenau

Von Straßen des Sieges und steinigen Wegen.

Ein Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN

Die Geschichte der Linken ist schon lang, die der Linkspartei ist noch kurz – so dass man noch nicht mal die Zeit fand, ein alle wichtigen Fragen unserer Zeit berücksichtigendes Grundsatzprogramm zu formulieren. Man kann der Neubildung der Partei DIE LINKE (2007) in diesen Gründerjahren zwar nicht vorwerfen, deshalb weniger klare+linke Standpunkte, Konzepte und Protest vertreten und artikuliert zu haben, aber was spätestens auf dem Bundesparteitag im Juni 2009 bei der Antragsdebatte über das Bundestagswahlprogramm zu erleben war, waren zahlreich vorhandene konzeptionelle Defizite und inhaltliche Unschärfen. Die bislang geltenden „Programmatischen Eckpunkte“ schrien somit förmlich nach einem neuen Programmdokument, damit die Partei ein solides Navigationssystem in die Hand bekommt, das ihr eine sichere Fortbewegung im gesellschaftspolitischen Verkehr ermöglicht.

Für lange Zeit wähten sich führende Parteien in einem damals sogenannten sozialistischen Weltsystem auf der Straße der Sieger. Aus diesem Irrglauben wurden sie in dem bekannten Wendemanöver der Jahre 1989 bis 1991 von jenen gerissen, die der Sackgassen, Einbahnstraßen und Schlaglöcher müde waren. Die angeblich so sieghafte Straßendecke wurde aufgerissen. Ihre Trümmer sind noch immer nicht weggeräumt, manch einer weigert sich sogar bis heute, sie zur Kenntnis zu nehmen. Jedenfalls sollte sich die Partei bei der Erarbeitung des Programms – auch mit Blick auf ihre Geschichte – um einen neuen Straßenbelag kümmern. Und das eindeutig! Denn Geschichtsblinde riskieren neuerliche Kollisionen. Wichtig: Dazu gehört in diesem Zusammenhang auch eine klare Absage an den Stalinismus als System mit all seinen verwerflichen Spielarten. Im ersten Programmentwurf der Partei DIE LINKE, den die damaligen Vorsitzenden Bisky und Lafontaine im März 2010 vorlegten, findet sich zwar der entsprechende Vermerk, dass der Bruch mit dem Stalinismus zum Gründungskonsens der PDS gehöre – dieser Ansatz sollte aber, wie in den früheren PDS-Programmen üblich, weiterhin konkret und wortreicher ausgeführt werden. Für Mitglieder einer demokratisch-sozialistischen (!) linken Partei sollte auch nicht tolerierbar sein, wenn wie im Programmentwurf geschehen, von „Nationalsozialismus“ zu lesen ist. Warum zertifiziert man die Nazi-Barbarei nicht durchgehend als Faschismus? Dass man das Wort kennt, beweist sein mehrfaches Vorkommen an anderen Textstellen. Zudem erleichtert es

doch nur unnötig das Geschäft der Gleichsetzer von Sozialismus und Faschismus. Und das können Linke nicht wollen, die vornehmlich die Opfer des Faschismus waren!

Der demokratische Sozialismus ist das Bindemittel, das die Mitglieder der Partei DIE LINKE über ihre Plattformen und Strömungen hinaus eint und zusammenhält. Entsprechend gründlich und sorgsam sollte daher an diesen Abschnitt des Programms herangegangen werden. Demokratisch, selbstbestimmt, sozial und ökologisch soll er sein. Freiheitsrechte und soziale Rechte bilden eine Einheit und werden nicht gegeneinander ausgespielt und abgewogen. Denn diese Ver-Fahr(ens)weise würde für die Linke dann endgültig im Crash enden – ohne Chance auf Erneuerung und Neustart, die der Vorgängerpartei der LINKEN, der PDS, noch einmal möglich war. Das Kapitel „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ kann man doch dazu nutzen, um im Kontrast zu dem, was manche „Rechtsabweichler“ aus den Unionsparteien über eine deutsche Leitkultur denken, einen linken Gegenentwurf in das LINKE Grundsatzprogramm zu schreiben. Warum soll der Motor für das politische Handeln und das programmatische Selbstverständnis einer demokratisch-sozialistischen Partei nicht von einem linken+sozialistischen Wertegerüst getragen werden? Warum soll solch eine Partei nicht von linken+sozialistischen Werten bzw. von linker+sozialistischer Kultur sprechen dürfen? Rosa Luxemburg fand da an Franz Mehring gerichtet schon mal folgende Worte: „Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus Ihrer wunderbaren Feder, dass der Sozialismus keine Messer- und Gabel-Frage, sondern eine Kulturbewegung [...] sei.“ Sympathisch und eigentlich alles sagend war in den PDS-Programmen doch auch immer vom demokratischen Sozialismus als Ziel und Wertesystem die Rede. Im vorliegenden Programmentwurf hat man diese treffliche Zielbeschreibung ausgeparkt. Warum eigentlich? Um auf den Ausgangspunkt zurückkommend klar zu sagen: Werte und Wertevorstellungen sind kein Privateigentum allein der Konservativen. Nur in Bezug auf den Leitkultur-Begriff sollten Linke das „Leit“-Wort weglassen. Denn wie oft wurde schon fehl-geleitet, einen undemokratischen Beigeschmack hat es auch.

Einige Gedanken zum Kapitalismus, der seit jeher auch so seine Schwierigkeiten hat, den sozialen+demokratischen+ökologischen und emanzipatorischen TÜV zu bestehen: Was er heute dennoch an Erhaltenswertem und Ausbauwürdigem zu bieten hat, ist das Ergebnis schwerer Kämpfe und Reparaturen. Immerhin waren sie möglich – anders als bei seinem Konkurrenzmodell, dem Realsozialismus. Hierzu Marx: Nach dessen Ansicht war der Kapitalismus „kein fester [...], sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der

Umwandlung begriffener Organismus“ (MEW, Bd. 23, S. 16). Die Frage, warum der erste Sozialismus-Versuch nicht dieses Potential an Entwicklungs-, Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit aufwies, sollte auch nach „Abnahme“ des Programms weiter zu ergründen versucht werden.

Die Arbeit an diesem Programm ist für die Linkspartei eine große Chance, um ihr Profil und ihre Alternativen kenntlicher zu machen. Sollte sie bei dieser Chancenverwertung versagen, dann läuft sie mit all ihren gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen Gefahr, auf die Verlierer-Straße zu geraten. Darum sollten alle Mitglieder, im besten pluralen Sinne, so viel Verantwortung aufbringen und dazu beitragen, dass es ein analytisch-realistisches und politisch-machbares Programm wird. Denn so viel steht mal fest: Das Bußgeld wäre unbezahlbar...

... und der Zukunft zugewandt.

Ein Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN

Seit die Programmkommission der LINKEN im März 2010 ihren Entwurf für ein Parteiprogramm vorgelegt hat, besteht zumindest in einem Punkt ein breiter Konsens über alle innerparteilichen Strömungen und Gruppierungen hinweg: Es ist gut, dass es nach den vorangegangenen langen, intensiven und oft auch kontroversen Beratungen gelungen ist, überhaupt einen Entwurf vorzulegen. Diese Freude kann man teilen, denn erst dadurch war es möglich, die gesamte Mitgliedschaft und die interessierte Öffentlichkeit in eine Debatte einzubeziehen. Eine Debatte, die nicht nur für die Zukunft der LINKEN überlebenswichtig ist, sondern nach dem Selbstverständnis der Partei auch für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft insgesamt wichtige Impulse geben kann und soll.

Wer diesen Anspruch ernst nimmt, sollte nicht bei der Freude über die Existenz des Entwurfs stehen bleiben, sondern sich im Rahmen der nunmehr eröffneten Debatte mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit in diesem Entwurf die für die Gestaltung der Zukunft entscheidenden Fragestellungen erkannt und stimmig gewichtet worden sind und ob die dazu gegebenen Antworten nachvollzogen und von den Menschen als attraktive Angebote für die Gesellschaft von morgen angenommen werden können.

Der vorliegende Programmentwurf ist systematisch in drei Abschnitte unterteilt: Nachdem der erste Abschnitt (Kapitel I „Woher wir kommen, wer wir sind“ und Kapitel II „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“) sich der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse widmet, folgen im zweiten Abschnitt (Kapitel III „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ und Kapitel IV „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“) die programmatischen Ziele der Umgestaltung, bevor im Schlusskapitel („Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft“) mögliche Wege dorthin aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt dieses Debattenbeitrags steht der programmatische Abschnitt des Entwurfs (Kapitel III und IV). Es geht uns nicht darum, mit dem Anspruch auf Vollständigkeit alle aus unserer Sicht richtigen Ausführungen im Programmentwurf zu unterstreichen oder jeden einzelnen Kritikpunkt zu Detailspekten aufzulisten. Uns geht es um die grundsätzliche Linie des Entwurfs, um seine Kernaussagen und den „roten Faden“, der ihn durchzieht. Wir sind der Auffassung, dass der bisherige Entwurf zwar die richtigen Überschriften gesetzt hat, aber in den programmatischen Ausführungen wesentliche Aspekte

unbeleuchtet lässt und insgesamt vor allem etwas nicht ist, das für ein Parteiprogramm von entscheidender Bedeutung ist – der Zukunft zugewandt.

So wird der Demokratische Sozialismus des 21. Jahrhunderts im Programmentwurf fast ausschließlich mit ökonomischen Determinanten beschrieben. Die darüber hinausgehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden dagegen vernachlässigt oder allenfalls als Fußnote erwähnt. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als auch die in der vorhergehenden Analyse beschriebene Krise des sozialen Zusammenhalts und die Aushöhlung der Demokratie nahezu ausschließlich aus Krisen des Kapitalismus – und damit rein ökonomisch – hergeleitet werden. Auch wenn die Beschreibung dieser Krisen des Kapitalismus in weiten Teilen sicher nicht völlig unzutreffend ist, so wird bei einer auf diesen Aspekt beschränkten Analyse doch außer Acht gelassen, dass diese Krisen nicht nur ökonomische Auswirkungen haben, sondern auch gesellschaftliche Aspekte wie Individualität, Partizipation, Kultur, Bewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Medien usw. aufweisen. Das Leitbild des demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss daher mehr als die Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen beschreiben; es muss auch aufzeigen, welche Chancen sich hieraus für Individualität, Partizipation, Kultur, Bewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Medien usw. bieten.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Eine der größten gesellschaftlichen Veränderungen, die bereits im ausgehenden 20. Jahrhundert begonnen hat, spielt im Verständnis des demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts überhaupt keine Rolle – die digitale Welt. Die dadurch hervorgerufenen neuen Formen der Arbeitsprozesse und Arbeitsweisen, der Information und Kommunikation, aber auch der Partizipation, kommen im Programmentwurf nicht vor. Dabei könnte die digitale Welt – ohne die Risiken zu vernachlässigen – auch ganz neue Chancen bedeuten – wie die Möglichkeit zur individuellen Einflussnahme auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen durch open data oder im Rahmen collaborativen Arbeitens. Auch wäre es zum Beispiel denkbar, Gesetzgebungsentwürfe nur dann zur abschließenden Behandlung im Parlament zuzulassen, wenn den Bürgerinnen und Bürgern zuvor Gelegenheit gegeben wurde, Vorschläge zur Veränderung oder Verbesserung zu unterbreiten. Der Programmentwurf zieht derartige Möglichkeiten überhaupt nicht in Betracht und bleibt stattdessen bei einer schlichten Ausweitung der Vertreterdemokratie des 20. Jahrhunderts stehen.

Auch sonst erweisen sich die im Programmentwurf unter der ambitionierten Überschrift „Linke Reformprojekte“ beschriebenen Ansätze bei näherem Hinsehen eher als Reförmchen,

die sich in Trippelschritten am aktuellen Tagesgeschehen orientieren und weniger an den Wegmarken einer gesellschaftlichen Umgestaltung hin zu einem demokratischen Sozialismus:

Sowohl unser Konzept der Bürgerversicherung als auch unsere Vorschläge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung gehen von einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus. Aus dem Blick gerät dabei die Tatsache, dass dies Selbstständige, deren Zahl bereits jetzt stetig zunimmt, in besonderer Weise belastet. Bei der Entwicklung eines der Zukunft zugewandten Reformprojekts müsste zumindest die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, diese Parität über eine Steuerfinanzierung mit einer höheren Unternehmensbesteuerung abzusichern.

Die Forderung nach einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik, die sich in besonderem Maße für all diejenigen Menschen engagiert, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben“, erweckt den missverständlichen Eindruck, wir würden die derzeit von den roten Landesregierungen in Berlin und Brandenburg praktizierten Modelle für einen öffentlichen Beschäftigungssektor ausweiten wollen. Diese Modelle sind jedoch lediglich Kompromisse, die den gegenwärtigen Rahmenbedingungen aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben geschuldet sind. Die Beschreibung eines der Zukunft zugewandten Reformprojekts sollte aber unser eigentliches Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sein. Danach sollte Arbeit, die zwar gesellschaftlich notwendig ist, aber nicht notwendigerweise in öffentlicher Trägerschaft angeboten werden muss, gesellschaftlich finanziert und kontrolliert werden.

884 Millionen Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Während die Vollversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf sauberes Wasser als Menschenrecht anerkannt hat, spielt diese Frage im gesamten Programmentwurf keine Rolle. Ungeachtet der Tatsache, dass der fehlende Zugang zu Rohstoffen und natürlichen Ressourcen wesentliche Ursache für Kriege und Fluchtbewegungen ist, beschränkt sich der Programmentwurf hier auf abstrakte Formulierungen. Ein der Zukunft zugewandtes Reformprojekt sollte aber nicht darauf verzichten, auch konkrete Beispiele, wie das Angebot Ecuadors zu einem Verzicht auf die Ölförderung im Yasuni-Nationalpark (ITT-Initiative) gegen entsprechende Ausgleichszahlungen durch die internationale Gemeinschaft (wobei allein Deutschland 50 Mio. Euro zugesagt hat), aufzugreifen und als mögliche alternative Modelle einer internationalen Zusammenarbeit im Interesse einer fairen Nutzung bzw. Nicht-Nutzung natürlicher Ressourcen weiterzuentwickeln. Dies auch, weil es deutlich macht, dass internationale Solidarität mit der Bereitschaft verbunden sein muss, auf zusätzlichen materiellen Wohlstand zu verzichten.

Diese Beispiele ließen sich mit Sicherheit noch fortführen. Wir erheben weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch haben wir auf alle offenen Fragen schon ausgereifte Antworten. Wir sind aber der Meinung, dass es notwendig und sinnvoll ist, wenn sich möglichst viele Mitglieder aktiv in die Debatte über die Grundanlage des Parteiprogramms und dabei vorhandene Differenzen und Gemeinsamkeiten einbringen, bevor die redaktionelle Arbeit an einzelnen Formulierungen beginnt.

Cuba Sí zur Programmdebatte

Bei dem Ausmaß kapitalistischer Globalisierung ist es notwendig, dass die Tradition internationaler Solidarität innerhalb der linken Bewegungen nicht verkümmert oder fast nur noch in einem paternalistischen Entwicklungshilfe-Jargon Ausdruck findet. Der Programmentwurf enthält Ansätze, die jedoch fragmentarisch verstreut sind, somit untergehen und so nicht ausreichen. Die politische und materielle Solidarität und der Schulterschluss mit den unterdrückten Völkern und fortschrittlichen Bewegungen in anderen Ländern müssen zu einem Eckpfeiler im Programm der Partei werden und konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Im Programm wird viel über Politik innerhalb der EU gesprochen, aber nicht darüber, wie eine Politik der Solidarität mit anderen Ländern aussehen soll, die auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und Souveränität gegründet ist.

Als wichtigen Beitrag im Kampf für eine gerechte und soziale Welt sieht die AG Cuba Sí die Bestimmung des Verhältnisses unserer Partei zu jenen Staaten in Lateinamerika, die heute den Übergang zu einer solidarischen und selbstbestimmten Gesellschaftsordnung begonnen haben.

Die AG Cuba Sí setzt sich dafür ein, dass die Partei DIE LINKE die Kämpfe der lateinamerikanischen Völker für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Alternative jenseits von imperialistischer Hegemonie, neoliberaler Wirtschaftsordnung und zügellosem Raubbau an Mensch und Natur solidarisch unterstützt. Unsere Partei soll sich daher als Partner der emanzipatorischen Kräfte in diesen Ländern bei ihrer Suche nach ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen und partizipativen gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen verstehen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen als Erfahrungsschatz für das eigene Ringen um eine alternative Gesellschaftsform jenseits der ideologischen Hegemonie der Herrschenden und der bestehenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse begriffen werden.

Der Aufbruch der Völker Lateinamerikas, der in der Gründung der ALBA (Bolivarische Allianz für die Völker Amerikas) einen vorläufigen Höhepunkt fand, ist die konsequenteste Zurückweisung der neoliberalen Vereinnahmung dieses Planeten. ALBA zeigt, wie solidarische Handelsbeziehungen aussehen können: Gemeinschaftsprojekte, Selbstverwaltung der natürlichen Reichtümer, gemeinsames Einsetzen für den Kampf gegen Armut, Krankheit

und Analphabetismus sowie für eine von Kapitalinteressen unabhängige Informations- und Kulturpolitik.

Eine Auseinandersetzung mit diesem Konzept und die Intensivierung der Beziehungen zu fortschrittlichen Kräften in anderen Ländern gehören wesentlich zu linker Politik.

Die Partei DIE LINKE setzt sich daher dafür ein,

dass die Bundesregierung und das europäische Parlament aufgefordert werden, Druck auf die US-Administration auszuüben, damit diese ihre imperiale und hegemoniale Einmischung in die gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika, insbesondere gegenüber den ALBA-Staaten, unterlässt und vor allem die Blockadepolitik gegenüber Kuba bedingungslos einstellt;

dass die EU den gemeinsamen Standpunkt gegenüber Kuba aufgibt und endgültig auf die Forderung nach Systemveränderung in Kuba verzichtet;

dass die fünf in den USA zu Unrecht inhaftierten Kubaner freigelassen werden;

dass parteinahe Stiftungen, NGOs und andere Einrichtungen ihre Arbeit in den progressiven Ländern Lateinamerikas nicht zur Einflussnahme auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen missbrauchen, schon gar nicht mit dem Ziel des Sturzes dieser Regierungen;

dass die linken Regierungen in Lateinamerika in ihrem Widerstand gegenüber undemokratischen und gewaltsamen Umsturzversuchen seitens der alten Eliten energisch unterstützt werden;

dass der Zusammenhang von nationaler und internationaler Politik stärker herausgestellt wird; die Forderung nach Mindestlöhnen/Mindesteinkommen darf sich nicht nur auf Deutschland und Europa beschränken, sondern ein menschenwürdiges Einkommen für alle Menschen auf dieser Welt muss möglich sein;

dass die gemeinsamen Ursachen der Hungerrevolten in den armen Ländern und der wachsenden Armut in den entwickelten Ländern benannt und bekämpft werden; dazu gehören in der neoliberalen kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung die Finanzkrise, Spekulation mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Wasser, fehlgeleitete Subventionen in der EU, Strategien der transnationalen Agrar- und Lebensmittelkonzerne, die Handelspolitik der EU mit Agrarexportsubventionen und Dumpingpreisen, die Rolle der globalen Welthandels- und Finanzorganisationen, die Schuldenfalle sowie die ungerechten Verteilungsverhältnisse;

dass Hungerbekämpfung nicht nur als Aufgabe der Entwicklungspolitik angesehen, sondern bei der Gestaltung aller Politikbereiche, wie z. B. Klima, Energie und Wirtschaft, das Recht aller Menschen auf Nahrung berücksichtigt wird.

Während im Bundestagswahlprogramm noch die Aufhebung der Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Kuba gefordert wird, taucht dies im Programmentwurf nicht mehr auf, was inakzeptabel ist. Diese Blockade ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die Menschenrechte. Kuba ist das einzige Land, gegen das es einen gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union gibt, obgleich es vorbildlich in der Verwirklichung von Menschenrechten und internationaler Solidarität ist. Ein derartiges Vorgehen halten wir für scheinheilig.

Die EU und die USA betreiben Waffenhandel in großem Stil und führen Krieg aus wirtschaftlichem Interesse zur Ressourcensicherung und Ausdehnung ihrer hegemonialen Macht. Es ist die imperialistische Politik der USA, die zu Menschenrechtsverletzungen führt. Die USA betreiben ein Gefangenenlager auf Kuba, foltern im Irak und unterstützen Terroristen, die Anschläge gegen Kuba verübt haben. Fünf Kubaner, die Anschläge aufgeklärt haben, um Menschenleben zu retten, wurden hingegen verhaftet und zu Unrecht zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Kuba demonstriert dagegen, wie wahrer Internationalismus aussieht: Ohne wirtschaftliches Eigeninteresse sendet das kleine Land Zehntausende von Ärzten, Pflegepersonal und Lehrern in zahlreiche Länder. Es hat eine medizinische Eingreiftruppe für Naturkatastrophen in aller Welt bereitgestellt, wie z. B. in Haiti, und ermöglicht es jedes Jahr mittellosen Menschen, vor allem aus Entwicklungsländern, kostenlos auf der Insel Medizin zu studieren.

Wenn wir Kuba konsequent verteidigen, dann nicht, weil wir es als zu kopierendes Modell für den Aufbau des Sozialismus betrachten. Was wir verteidigen ist das Recht, den Sozialismus zu errichten. Und dafür ist Kuba seit mehr als 50 Jahren ein Vorbild.

Zurück zur Weimarer Republik?

Thesen zu Verstaatlichung, Vergesellschaftung, Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie

1. Rückblick auf die Geschichte der Wirtschaftsdemokratie

DIE LINKE hat mit ihren Programmentwurf eine interessante Initiative gestartet. Sie fordert „staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum“ und „demokratische Vergesellschaftung“, über die im „demokratischen Prozess“ entschieden wird. Damit knüpft sie an eine Diskussion an, die in den 1920er Jahren unter dem Stichwort der Wirtschaftsdemokratie von den „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaften ADGB und AfA-Bund begonnen wurde (Naphtali 1928, 1977) und in den 1950er Jahren fortgesetzt worden ist (Agartz 1946, 2008). In den 1970er Jahren wurde sie unter den Stichworten „Investitionslenkung“ bzw. „Vergesellschaftung“ fortgesetzt. Dabei wurde die Frage einer „Mindestschwelle“ von zu vergesellschaftenden Unternehmen kontrovers diskutiert. Unter der Regierung Mitterrand wurde eine solche Konzeption 1980 in Frankreich durchzusetzen versucht. Diese Initiative scheiterte wegen fehlender außenwirtschaftlicher Koordination (insbesondere mit Deutschland). Das Beispiel Frankreich hat deutlich gemacht, dass eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik bereits in den 1980er Jahren auf der nationalen Ebene allein nicht möglich ist.

Entsprechende Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie finden sich in den Grundsatzprogrammen des DGB 1949, 1963 und 1982. Mit dem letzten Grundsatzprogramm 1996 wurde diese Initiative auf einen sparsamen Rest von Mitbestimmung reduziert. Dieser gewerkschaftliche Kurswechsel basiert nicht nur auf der politischen „Ernüchterung“ (aus einer anderen Perspektive kann auch von „Besoffensein“ von der Vision eines zivilgesellschaftlich geläuterten Kapitalismus gesprochen werden) nach dem Zusammenbruch der Gesellschaften des „sowjetischen Typs“, sondern auch auf der Erfahrung, dass bereits Ende der 1980er Jahre Prozesse der Entstaatlichung und gleichzeitiger Vermarktlichung einsetzen, die zum Teil durch die Liberalisierung und Deregulierungsprozesse im Zusammenhang mit der Durchsetzung des EU-Binnenmarktes bedingt sind. Hier stand der „Protektionismus im öffentlichen Auftragswesen“ im Visier der auf der neoklassischen Wirtschaftsdoktrin basierenden Kritik (Cecchini 1988). In der Folge wurden öffentliche

Unternehmen privatisiert bzw. in neue, überwiegend privatrechtliche Eigentumsformen transformiert. Das betraf und betrifft folgende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge:

Fernverkehr, Nahverkehr, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, das stationäre Gesundheitssystem, die Telekommunikation und die Post. Es bildet sich in der Folge ein Flickwerk von unterschiedlichen Eigentumsformen in öffentlich-rechtlicher Form, aber überwiegend in der privatrechtlichen Form von Kapitalgesellschaften heraus, die politisch über Verwaltungsräte und Aufsichtsräte gesteuert (oder nicht gesteuert) werden. Zugleich wurden die Bereiche, in denen öffentliche Unternehmen tätig sind, zu Wettbewerbsmärkten mit privaten Unternehmen umgebaut.

Zeitgleich setzt eine politische Transformation der Gebietskörperschaften bzw. der öffentlichen Hoheitsverwaltung ein, mit der unter den Stichworten „Public Management“ oder „Neues Steuerungsmodell“ bestimmte betriebswirtschaftliche Steuerungsformen aus der kapitalistischen Wirtschaft übernommen bzw. für öffentliche Zielsetzungen umgestaltet werden. Diese Prozesse sind noch nicht abgeschlossen, aber sie haben sich in den letzten Jahren verlangsamt, auch weil der naive Modernisierungsoptimismus der 1990er Jahre inzwischen einer nüchternen Bestandsaufnahme gewichen ist. Aber trotzdem geht die programmatische Initiative der Partei DIE LINKE sozusagen gegen den gegenwärtigen Trend von Entstaatlichung und Privatisierung.

2. Wirtschaftsdemokratie und „organisierter Kapitalismus“

Die Konzepte von Wirtschaftsdemokratie in der Tradition von Naphtali und Agartz waren integral angelegt, sie bestanden in einer Kombination von Vergesellschaftung (staatliches Eigentum mit demokratischen Verfügungsrechten), Mitbestimmung, gemeinwirtschaftlichem und genossenschaftlichem Eigentum, Tarifverträgen, die eingebunden war in eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung. Theoretisch basierten diese Konzepte auf der Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus als „organisierter Kapitalismus“ (Hilferding 1915, 1982), also der Annahme, dass sich auf beiden Seiten der kapitalistischen Produktionsweise, dem Kapital und den Arbeitskräften, Elemente von Kartellierung und Organisation in hohem Maß entwickelt hätten, auf die nach einer Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse politisch zurückgegriffen werden kann. Dieser „organisierte“ Kapitalismus war zugleich auch ein national gesteuerter Kapitalismus. Die Kapitalmärkte waren bereits international offen, aber noch national reguliert. Es ist eine spannende Frage, ob wir heute noch von dieser politisch-ökonomischen Konstellation eines „organisierten“ Kapitalismus ausgehen können.

Von kleinen Minderheiten in der Partei wird dies vermutlich so gesehen, wobei diese statt von dem Begriff des „organisierten“ Kapitalismus vom Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ausgehen (ich nehme an, dass sich Teile sowohl der Antikapitalistischen Linken wie der Sozialistischen Linken mehr oder minder bewusst noch an Elementen aus diesem Theoriegebäude orientieren). Bei allen Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden Theorien besteht der entscheidende Unterschied darin, dass die Theorie des organisierten Kapitalismus als „reformistischer Zentralbegriff [diente], der die Möglichkeit evolutionärer Transformation des Kapitalismus mit Hilfe staatlicher Kontrollen im Interesse sozialdemokratischer Zielsetzungen formulierte“, während die Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ eine „krisenhafte Spätphase des Kapitalismus mit sich offen oder versteckt verschärfenden Widersprüchen und mit letztlich unvermeidbarer Zusammenbruchsperspektive“ beinhaltet (Kocka 1974).

Die kommunistische Strömung der Weimarer Arbeiterbewegung hat das Konzept der Wirtschaftsdemokratie auch scharf als illusionären Reformismus (Thalheimer 1931) kritisiert. Aus aktueller Sicht müssen beide Theorien, sowohl die des „organisierten“ wie des „staatsmonopolistischen“ Kapitalismus, sehr kritisch gesehen werden, zum einen, weil sie schon in ihrer Entstehungsphase theoretisch problematisch waren, zum anderen, weil sie darüber hinaus für den modernen „finanzmarktgesteuerten“ Kapitalismus nicht mehr anwendbar sind. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, wie es im Programmentwurf aktualisiert wird, hat daher einen nur „normativen“ Charakter ohne eine theoretische Fundierung oder ohne eine materielle Basis. Es knüpft nicht an bestimmte institutionelle Veränderungen und Regeln an, von denen Marktprozesse eingeschränkt und reguliert werden. Das heißt nicht, dass die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie und Verstaatlichung/Vergesellschaftung nicht begründet ist. Demokratietheoretisch, aber auch wirtschaftspolitisch (aus krisentheoretischer Sicht) ist sie ohne Zweifel begründbar, aber sie hängt politisch in der Luft. In den Gewerkschaften wird diese Vision einer überbetrieblichen und unternehmensübergreifenden Mitbestimmung zurzeit nicht diskutiert (Ende der 1990er Jahre wurde sie von den Akteuren entschieden abgelehnt, Mitbestimmung galt als Instrument der einzelwirtschaftlichen Optimierung, siehe Mitbestimmungskommission 1998). Auf der Tagesordnung gewerkschaftlichen Handelns steht die Verteidigung der bestehenden Regeln (Unternehmensmitbestimmung, betriebliche Mitbestimmung).

3. Wirtschaftsdemokratie ist eine europäische Aufgabe

Trotzdem ist es für DIE LINKE sinnvoll, diese Diskussion zu führen. Die Gründe dafür sind bereits genannt: zum einen die krisenhafte und in der Tendenz nationale Ungleichheiten und internationale Ungleichgewichte verschärfende Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie, zum anderen die deutliche Zunahme ökologischer Zwangslagen in den letzten Jahrzehnten.

Der politische Ansatzpunkt liegt aber nicht in der erneuten Aktualisierung historischer Konzepte von Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie (zuletzt Jungsozialisten in der SPD, Wirtschaftspolitisches Programm 1980). In einem solchen Prozess kann es dann in der Partei zu einem irrealen Überbietungswettbewerb bezüglich der Zahl und des wirtschaftlichen Volumens der zu enteignenden Unternehmen kommen, der dann unter der Fahne eines antikapitalistischen „Tugendwächtertums“ radikalisiert wird. Sahra Wagenknecht hat im ND vom 4. Oktober 2010 schon angedeutet, dass alle DAX-Unternehmen vergesellschaftet werden können, weil deren Renditeorientierung gegen das „Gemeinwohl“ verstößt. Eine solche Sicht lässt sich ohne Probleme auf weitere „renditeorientierte“ Unternehmen ausdehnen. Das ist naiver Verbalradikalismus.

Eine solche Diskussion kann nur im europäischen Rahmen geführt werden. Eine Währungsunion ist auch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, wenn es auch noch nationale Regeln der Arbeits- und Sozialbeziehungen gibt. Für die öffentlichen und teilöffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge gelten ganz überwiegend europäische Wettbewerbsregeln (mit bestimmten Einschränkungen auch für Krankenhäuser). Ob sich die deutschen institutionellen Regeln der betrieblichen und der Unternehmensmitbestimmung auf der europäischen Ebene verallgemeinern lassen, ist eine offene Frage. Diese Frage ist zugleich von anderen Veränderungen abhängig. Nach der Finanzmarkt- und Bankenkrise der Jahre 2007 bis 2009, die als Krise von noch nicht abgeschriebenen Wertpapieren und als Krise der Staatsfinanzen fortbesteht, dreht es sich zunächst um die Frage, ob die Finanzmärkte als Steuerungszentrum der nationalen Kapitale in Europa wieder wirkungsvoll politisch reguliert werden können. Das wird nur über die Verständigung auf eine verbindliche europäische Koordinierung der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik möglich sein. Auch bereits bestehende wirtschaftsdemokratische Elemente auf der Unternehmens- und Betriebsebene werden durch die Durchsetzung einer Shareholder Value-Politik weitgehend ausgehebelt (Höpner 2003; Streeck/Höpner 2003). Anders gesagt: Die bestehenden wirtschaftsdemokratischen Elemente haben sich der modernen Managerherrschaft angepasst.

Im Kern geht es bei der Debatte um den Programmentwurf um zwei unterschiedliche und zum Teil auch gegensätzliche Sichtweisen: Können wir uns auf eine Antikrisenpolitik verständigen, die versucht, die Finanzmärkte als Steuerungszentrum der weiteren kapitalistischen Entwicklung effektiv zu entmachten? Das wird nur über internationale Kooperation und europäische Koordinierung funktionieren. In einer europäischen Perspektive läuft eine national angelegte Strategie der Demokratisierung der Wirtschaft ins Leere. Sie müsste auf der Ebene der Parteien der politischen Linken (also einschließlich der sozialdemokratischen Parteien) und der europäischen Gewerkschaften zunächst erst einmal abgestimmt werden.

Das zweite Szenario besteht im zu erwartenden Scheitern der europäischen Währungsunion und in der Rückkehr zu nationalen Kapitalismen in Europa. In einer solchen Perspektive (die angesichts der Härte des deutschen Neomerkantilismus nicht ausgeschlossen werden kann) liegt es nahe, dass die ökonomische Krise des deutschen Exportmodells, dem ohne den Euro ein Teil seiner Märkte wegfällt, sich dramatisch zuspitzt. In einem solchen Szenario können sich manche dann vorstellen, dass sich die „Systemfrage“ auf nationaler Ebene noch einmal (nach 1932 und 1945) stellt. Dann können wir auch zu den wirtschaftsdemokratisch ausgemalten Idyllen der späten Weimarer Republik oder des organisierten Kapitalismus der 1970er Jahre zurückkehren. Sie werden dadurch freilich nicht realistisch.

4. Planwirtschaft oder „sozialistische Marktwirtschaft“?

Die historischen Konzepte der Wirtschaftsdemokratie setzten auf eine bestimmte planerische Rationalität, die bereits innerhalb des kapitalistischen Systems angewandt und durch die Aufhebung des Privateigentums freigesetzt und potenziert wird. Wenn es diese in dieser Form nicht (oder nicht mehr) gibt, stellen sich nach der Überwindung der kapitalistischen Formbestimmung des Eigentums die Fragen, wie die ökonomische Entwicklung gesteuert werden soll und wer sie steuert? Nach welchen Regeln stellt sich die Gesellschaftlichkeit der vielen, unabhängig voneinander und ohne gesamtwirtschaftlichen Plan verausgabten privaten Arbeiten durch?

Im kapitalistischen Modell funktioniert dies über das Privateigentum an den Produktionsmitteln und über mehr oder minder regulierte Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte. Müssen wir dann eine Planökonomie durchsetzen, brauchen wir eine „demokratisch geplante Äquivalenzökonomie“ (Dieterich 2006)? Wer sind die Menschen, die eine solche Äquivalenzökonomie planen und durchsetzen? Oder bleiben wir im Rahmen einer

„sozialistischen Marktwirtschaft“ mit einer Pluralität von Eigentumsformen und der gesellschaftlichen Steuerung der Privatarbeiten über die dann politisch strikt regulierten Märkte? Reichen diese „Regulierungen“? Was sind die machtpolitischen Voraussetzungen dafür, dass sich eine mindestens teilweise Aufhebung des kapitalistischen Eigentums durchsetzen lässt? Was sind die verfassungsrechtlichen Bedingungen (Art. 14 und 15 GG), unter denen eine Überführung in Gemeineigentum möglich ist (Rittstiegl 1975)? Müssen wir nicht die Verfassung ändern, um zu einer neuen rechtlichen Bewertung des kapitalistischen Eigentums zu kommen? Wir präsentieren mehr (unbeantwortete) Fragen als Antworten. Es ist sinnvoll und notwendig, dass die LINKE diese Diskussion über Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie wieder auf die zumindest parteiinterne Tagesordnung gesetzt hat. Diese Debatte hat aber gerade erst begonnen. Vor scheinbar fertigen Rezepten wird gewarnt.

Literatur:

Viktor Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, in: R. Bispinck/T. Schulten/R. Raane (Hg.), Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg 2008.

Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Bericht der Kommission Mitbestimmung, Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven, Gütersloh 1998.

Paolo Cecchini, Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.

Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006.

Rudolf Hilferding, Arbeitsgemeinschaft der Klassen? In: Cora Stephan (Hg.), Zwischen den Stühlen, Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Berlin-Bonn 1982.

Martin Höpner, Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland, Frankfurt-New York 2003.

Jürgen Kocka, Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? In: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 9, Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974.

Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Main 1977.

Helmut Rittstiegl, Eigentum als Verfassungsproblem, Darmstadt 1975.

Wolfgang Streeck/Martin Höpner(Hg.), Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG, Frankfurt-New York 2003.

August Thalheimer, Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat über „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse“, aus: Arbeiterpolitik vom 14. Juni 1931.

Wie in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren die Gesellschaft verändern?

Aus zwei Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik zur Programmdiskussion

1. Grundsätzliches

Indem wir einige grundsätzliche Fragen aufwerfen und Überlegungen äußern, wollen wir keineswegs die seitens der Programmkommission geleistete Arbeit in Frage stellen oder abwerten. Allerdings ist ein Parteiprogramm, das für längere Zeit für die Identität der Mitglieder und das Profil der Partei prägend sein soll, viel zu wichtig, als dass wir nur auf wirtschaftspolitische Aussagen im engeren Sinne des Wortes Gewicht legen könnten. Schließlich wäre es eine „Falle“, würden Arbeitsgemeinschaften lediglich auf ihre Interessensfelder sehen und um kollektive Lieblingsformulierungen ringen. Bei der Arbeit am Entwurf und an seiner Qualifizierung zum Antrag an den Parteitag geht es daher zum jetzigen Zeitpunkt eher um ein Herangehen an die Arbeit mit Zuschriften als um textliche Änderungsanträge, die selbstverständlich ebenfalls folgen müssen. Dazu kommt von uns im Herbst sehr Detailliertes.

Das Hauptproblem des vorliegenden Entwurfes besteht in den Augen vieler AG-Mitglieder darin, dass er es den Mitgliedern der Partei schwer macht, zu erzählen, wie sie ausgehend vom Hier und Heute in einer globalisierten Welt und von ihrer Vision einer Gesellschaft der Freien und sozial Gleichen – einer sozialistischen Gesellschaft – in den nächsten 10 bis 15 Jahren Gesellschaft verändern wollen. Was also sehen wir als Erreichbares an – wir, die sowohl einer Utopie anhängen als auch realistisch sind und radikal gegen gesellschaftliche Zustände, Strukturen und Akteure kämpfen, die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur verstellen?

Wo also können wir in den Widersprüchen der Gesellschaft, in der wir leben und die wir grundsätzlich umgestalten wollen, Handlungsmöglichkeiten aufspüren, um in den nächsten 10 bis 15 Jahren die sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse und die diese verursachenden Akteure strukturell so zurückzudrängen, dass wir demokratischem Sozialismus wirklich näher kommen? Dass es dabei vor allem um die Auseinandersetzung und Überwindung des Finanzmarktkapitalismus geht, ist zwar zum einen selbstverständlich, aber unterstreicht zum anderen die Kompliziertheit der Herausforderung. Hier ist ständige Analyse gefordert.

Die Fragestellung ist eine dialektische, und gerade hier liegt der Ansatzpunkt für die notwendige Qualifizierung des Entwurfes, der u. E. zu wenig auf positiv Verändern und Umgestalten orientiert, oft neben- und vor allem nacheinander stellt, was zusammengehört, und für verändernde Politik Wichtiges übersieht.

Konkreter: Bei Marx konnten wir lernen, dass Arbeit immer zugleich Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und mit anderen Menschen ist bzw. dass die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur in Verhältnissen zwischen den Menschen erfolgt. Zugleich konnten wir lernen, dass menschliche Lebensbedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse immer komplex und durchaus widersprüchlich sind und dass die einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses einander durchdringen.

Wenn wir dies ernst nehmen, hat das Konsequenzen, wofür hier nur zwei zusammenhängende Probleme exemplarisch behandelt werden sollen:

1.

Im Programmentwurf kommt „sozial-ökologischem Umbau“ – den Worten nach – eine Schlüsselrolle zu, was angesichts der enormen sozialen und ökologischen Zerstörung nur zu unterstützen ist. Allerdings wird er wesentlich auf Produktion reduziert und eher technisch gebraucht, nicht ausreichend im Kontext mit gesellschaftlicher Reproduktion. Damit verbunden sind auch unklare, nicht konsistente Aussagen zur Problematik „Wachstum“. Nun zeigt aber gerade eine „Bestandsaufnahme“ von Diskussionen, wie sie von linken SozialdemokratInnen, Grünen und in der PDS geführt wurden, dass die Mitglieder unserer jungen Partei gerade in der Idee und in Grundüberlegungen des sozialökologischen Umbaus Gemeinsamkeiten finden können, die wir politikwirksam machen sollten.

In der Präambel ist von drei „Grundideen“ die Rede, in der ersten heißt es: „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität.“ (Programmentwurf 2010, S. 3). Zu den „Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens“ aber gehört intakte Natur. Sie wird jedoch erst in der zweiten und dritten „Grundidee“ erwähnt. Wird dann erklärt, wofür DIE LINKE kämpft, wäre sozial(-)ökologischer Umbau nicht erst an dritter Stelle zu nennen. Vor allem wäre er mit der „anderen demokratischen Wirtschaftsordnung“ und dem „Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit“ so zu verbinden, dass klar gesagt würde: Gute Arbeit ist immer auch und insbesondere ökologisch verantwortbare Arbeit; die demokratische Wirtschaftsordnung orientiert sich zugleich an

sozialen und ökologischen Zielen, da an den Lebensbedingungen der Menschen. Die „andere demokratische Wirtschaftsordnung“ wäre nicht allein eine Problematik der Rahmensetzung und der Eigentumsordnung, sondern die damit verbundene andere gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der die Ressourcen so eingesetzt werden, dass soziale und ökologische Probleme nachhaltig, demokratisch und gerecht gelöst werden. Die problematische Rangfolge von Ideen und Zielen prägt auch den Teil IV „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“: Von vier Punkten erscheint der „sozial-ökologische Umbau“ als dritter, wiederum losgelöst von Arbeit, Wirtschaftsordnung, Regionalentwicklung – von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Reproduktion.

2.

Das heutige Gemenge an Groß-Krisensituation in globalen Dimensionen signalisiert erneut nachdrücklich, dass der gesellschaftliche Reproduktionsprozess ganzheitlich, also in der Einheit seiner Elemente – Produktion, Distribution, Zirkulation, Konsumtion – und unter Einschluss des Akkumulationsregimes sowie der Regulationsweise, gefasst werden muss, sowohl logisch als auch historisch. Auch nur einen Bereich davon ignorieren, heißt die Tragfähigkeit linker Strategien aushöhlen. Dies aber ist der Fall, wenn im Entwurf die Konsumtion und der Konsument/die Konsumentin nicht vorkommen. Hier finden sich aus dieser Sicht schon in den diagnostischen Ausführungen ungenaue bzw. einseitige Beurteilungen.

So wird die Soziale Marktwirtschaft nur definiert als ein nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpfter Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital. Wesentlich ist sie jedoch das Ordnungskonzept, mit dem die dem Fordismus adäquate Umverteilung in Gang gesetzt wird. Sie ist nicht identisch mit der fordistischen Produktionsweise. Begriffliche Unschärfe führt zu widersprüchlichen Argumentationsmustern: Einerseits wird zu Recht hervorgehoben, dass die ökonomisch-sozialen Probleme die Dimension einer Gesellschaftskrise erreicht haben. Andererseits beschränkt sich die Bestandsaufnahme auf die „klassischen“ Beobachtungsfelder Produktion und Arbeit, Verteilung, politische Steuerung etc. Die heute existenzielle Krise der Lebensweise, materialisiert im fordistischen Konsummodell, bleibt außen vor.

Da die Eigentümlichkeiten der fordistischen Reproduktion, folglich auch deren Triebkräfte, zu wenig berücksichtigt werden, reduziert sich die Argumentation des Entwurfs tendenziell auf die Darstellung äußerer Wirkungsbedingungen. Illustrativ dafür ist, dass

die Wirtschaftskrisen seit den 70er Jahren nur vordergründig als Rückkehr zur kapitalistischen „Normalität“ gefasst werden, ohne auf die Ursachen (unter diesen vor allem die Wirkungen der ökologischen Verwerfungen) der immer tiefer greifenden Reproduktionsstörungen einzugehen;

die neoliberale Wende vorwiegend als verwertungsorientierte, finanztechnisch organisierte Offensive zur Umverteilung von unten nach oben charakterisiert wird, ohne ihre Wirkungen auf die realen Wirtschafts- und Sozialstrukturen ausreichend zu beachten;

die Folgen der neoliberalen Politik primär als Einkommensdisproportionen bzw. Nachfrageprobleme gesehen werden, wodurch die Störungen der anderen Elemente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses nur unvermittelt dargestellt sind.

Interessenlagen und Chancen des Widerstands gegen die neoliberale Hegemonie drohen so unerkannt zu bleiben.

In die Arbeit sollten daher systematisch die Zusammenhänge zwischen materiellen Strukturen und finanzieller Regulierung, zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Massenkonsum und Umwelt, zwischen Lohnarbeit, Konsum und Kredit unter Rückgriff auf die theoretische Arbeit (politökonomisch, soziologisch, kulturwissenschaftlich) zum Fordismus einbezogen werden. Erfolgt das nicht, hat das Konsequenzen für die Überzeugungskraft des Programms:

Die Grundideen der Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweise unter eine solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur sowie der Entfaltung der Persönlichkeit in Freiheit und Solidarität werden reduziert auf einen Sammelkatalog von Einzelvorhaben außerhalb ihres strategischen und taktischen Verbunds. Denn:

Die grundsätzliche Bedeutung der Massenkonsumtion einschließlich ihrer Kreditvermittlung für die Strukturierung von Reproduktion und Verwertung wird nicht geklärt.

Dann aber erschließt sich auch die Kausalität zwischen den Strukturen der Massenproduktion und -konsumtion, des Profits und den ökologischen Zerstörungen nicht hinreichend für linke Projekte. Die Krise des fordistischen Konsummodells bleibt folglich eine unter vielen Krisen, während sie wesentlich zu den Störungen der Systemreproduktion beiträgt.

Schließlich wird einer vorwiegend finanztechnischen Interpretation der Finanzkrise Vorschub geleistet, wenn Entfaltung und Aufblähung des Kredits nicht auch mit Blick auf Verbraucher/innen-Verhalten hinterfragt werden.

2. Zur einigen konkreten Fragen

Die Debatte in der Arbeitsgemeinschaft erklärt, warum wir zunächst auf zwei Kardinalprobleme aufmerksam machen und warum wir darauf insistieren, dass an dem von der Partei erklärten Verfahren festgehalten wird. Danach ist ein zweiter Entwurf vorzulegen. Dieser kann nicht einfach auf eine mehr oder weniger starke kosmetische Bearbeitung des Ende März vorgestellten Entwurfes reduziert werden. Die Erklärung dafür findet sich in unserem Schreiben vom 12. Juli 2010. Wir halten die Position, wonach jede Forderung nach Überarbeitung ein Kniefall vor dem Reformismus sei und man nur marginale Änderungen am Entwurf zulassen dürfe, für hochgradig kontraproduktiv. Erstens ist sie undemokratisch und denunzierend, zweitens sehen wir die Programmdebatte als für die Parteientwicklung außerordentlich relevant an. Die erwähnten zwei Kardinalprobleme sind: Erstens ist der vorliegende Entwurf wesentlich ein Kompromiss unter Vertreter/innen von institutionalisierten Strömungen. Die Mehrheit der Partei gehört keiner Strömung an. Zweitens arbeiten in der gegenwärtigen Programmkommission nur noch Vertreter/innen von Strömungen und sogar noch stark polarisierenden.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer emanzipativer Bewegungen hat immer wieder bewiesen, dass die Unterdrückung von Widersprüche offenbarenden Diskussionen und ein „Basta!“ verheerend sind.

In Weiterführung unserer Diskussion vom Juni haben wir in der Beratung unserer Arbeitsgemeinschaft am 2. Oktober 2010 folgende konkrete Defizite des Programmentwurfes ausgemacht:

Es wird nicht durchgängig und deutlich genug die Grundidee eines sozialistischen Parteiprogramms dargelegt und bearbeitet: Der Weg zu einer Gesellschaft, in der die freie Entfaltung einer und eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist, kann nur konsequente Demokratisierung sein – Demokratisierung als strukturelle Rückdrängung von Unterdrückung und Diskriminierung, von Armut, sozialer Ausgrenzung, sozialen Spaltungen und sozialer Ungleichheit, von Umweltzerstörung – von Zuständen, da die einen über das Leben der anderen bestimmen, insbesondere weil sie bestimmen, wer wie was produziert und vergütet bekommt, welche Arbeit als gesellschaftlich nützlich gilt.

„Eigentum“ wird nicht konsequent als gesellschaftliches Verhältnis betrachtet und behandelt, als Aneignungsprozess, in dem – in ausbeuterischen Gesellschaften – sich die einen die Arbeitsergebnisse bzw. Einkommen, Vermögen, Ressourcen der anderen aneignen. Der Entwurf suggeriert, die Gesellschaft würde verändert, wenn das Eigentumsrecht verändert würde. Aber die Veränderung des Eigentumsrechts kann nur das Ergebnis von sozialen Kämpfen sein. Und: Weil auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse Verhältnisse zwischen Menschen sind, in denen der eine gegenüber den anderen ökonomische Macht ausüben und sich Arbeitsergebnisse aneignen kann, können sie nur gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Verhältnissen verändert werden.

Es fehlt die klare Aussage zur Vollbeschäftigung neuer Art: Jeder Mensch, der existenzsichernde sinnvolle – und daher auch ökologisch verantwortbare – Arbeit ausführen möchte, muss das auch tun können – ein gewährleistetetes Recht darauf haben. Der Weg dahin ist die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Diskriminierung, von nicht-existenzsichernden, sozial prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, von entwürdigender, sozial und ökologisch zerstörerischer Arbeit. Es geht um eine Um- und Neuorganisation von gesellschaftlicher Arbeit, um eine Um- und Neubewertung von gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Zwischenschritte sind: Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen mit vollem Einkommensausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen, die Einführung armutsfester Mindestlöhne, deutlicher Ausbau öffentlicher Beschäftigung insbesondere im Bildungs-, Betreuungs- und Pflegebereich, Erschließung neuer Beschäftigungsfelder. Arbeitsmarktpolitik muss zu aktiver Beschäftigungspolitik werden, die mit zukunftsfähiger Struktur- und Regionalentwicklung einhergeht. In diesem Kontext soll auch klar gesagt werden: Unser „Ja“ zu Vollbeschäftigung ist ein „Nein“ zu sozial und ökologisch zerstörerischem Wachstum. Wir zielen auf sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung, die auch und insbesondere Vollbeschäftigung neuer Art ermöglicht und erfordert.

Weil – wie in unserem Schreiben vom 12. Juli ausgeführt – der vorliegende Entwurf noch nicht den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess betrachtet und bearbeitet, kommt der Konsumtion so gut wie keine Beachtung zu. Dass Produktion und Konsumtion dialektisch zusammengehören, muss gesehen und politisch reflektiert werden: VerbraucherInnenbewegungen stellen eine Potenz zur Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft dar, zur Realisierung von sozialökologischem Umbau, zum Ab- und Umbau heute sozial und ökologisch zerstörerischer Produktionsstrukturen und Lebensweisen. Eine große Herausforderung besteht gerade darin, Verbraucherschutz und das Eintreten für „gute Arbeit“

zusammenzubringen. Das gilt auch und insbesondere für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelwirtschaft, die im Programmentwurf kein rechtes Thema zu sein scheinen, trotz ihrer enormen Bedeutung für die gesellschaftliche Reproduktion und der Debatten zu grüner Gentechnik.

Die Europäische Union ist im Entwurf „unzulässig“ marginalisiert, der Begriff „Europäische Integration“ findet sich nicht einmal. Es ist aber unverzichtbar, klar zu sagen: a) Die Europäische Union wird für kapitalismuskritische, gewerkschaftliche und andere soziale Bewegungen sowie für linke Parteien zum politischen Raum der Verteidigung und Erneuerung von Grundrechten und der sozialen Kämpfe. Sie wollen ihre Erfahrungen zunehmend gemeinsam nutzen. b) Jede und jeder in Europa und in der Welt sollen selbstbestimmt in Würde und solidarisch miteinander leben können. Die Europäische Union kann und muss Wesentliches dafür leisten, dass dies schrittweise möglich wird; dass Europa und die Welt für alle lebenswert werden, dass die großen Probleme der Gegenwart demokratisch, solidarisch und gerecht gelöst werden. c) Ein anderes Europa ist möglich – wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient. d) DIE LINKE befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf einer demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Grundlage. Sie sieht in ihr eine Chance für eine supranationale Organisation, die dazu beitragen kann, Frieden, Freiheit und Gleichheit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und weltweit zu fördern. Das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten ist ein zivilisatorisches Gut, für dessen Bewahrung und Weiterentwicklung sich die DIE LINKE nachhaltig engagiert. Deshalb bekämpft sie alle Tendenzen, die Europäische Union in eine Militärmacht zu verwandeln, den Sozialstaat zu zerstören und die Demokratie abzubauen.

Auch wir meinen, dass im Programmentwurf der Internationalismus zu kurz kommt. Hier verweisen wir auf den Beitrag von Bodo Zeuner „Internationalismus als Grundlage“ im „Neuen Deutschland“ vom 6. September 2010. Er sagt klar, was u. E. klar gesagt werden muss.

gender-blindness

Eine feministische Kritik des Programmentwurfs der LINKEN

Dass feministische Fragen im vorliegenden Programmentwurf der LINKEN zu kurz kommen, ist ein kein Geheimnis. Das war auch der Programmkommission bei der abschließenden Beratung klar. Der Ergänzungsbedarf wurde deshalb auch im Begleitschreiben zum Programmentwurf festgestellt. Dies zu ändern wird zu einer Nagelprobe, ob und inwieweit DIE LINKE ihrem selbstgesetzten Anspruch, eine feministisch-sozialistische Partei zu sein, gerecht wird. Auf der Ebene konkreter Forderungen findet sich dabei so manch Fortschrittliches im Programmentwurf: die Abschaffung des Ehegattensplittings, der Anspruch auf Gleichstellung aller Lebensweisen sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und in Ansätzen die Vier-in-einem-Perspektive. Und im Abschnitt zur Antidiskriminierungspolitik ist ein anti-normalisierender Ansatz verankert. Soll heißen: Wir wenden uns gegen alle Versuche, eine bestimmte Lebensweise als die „normale“ anzunehmen. Bei aller berechtigten Kritik am Programmentwurf, er geht zumindest auf der Ebene konkreter Forderungen eher über das hinaus, was gegenwärtig in der LINKEN state of the art ist. Dennoch gilt: Der Programmentwurf genügt einer feministischen Gesellschaftskritik und -perspektive nicht. Ob es gelingt, einem feministischen Anspruch im Programm zu entsprechen, wird sich im Wesentlichen an den folgenden Punkten entscheiden:

Analyse der gegenwärtigen Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse

Die nicht nur mangelhafte, sondern fehlende Analyse aktueller Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse stellt dabei das größte Problem dar. Im Analysekapitel kommt das Thema Patriarchatskritik und -analyse so gut wie nicht vor. Das ist ein Rückfall noch hinter die These vom Nebenwiderspruch. Offenbar fällt es in einer im Kern antikapitalistischen Perspektive schwer, andere gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse und deren Eigenständigkeit anzuerkennen. Und dass die Frauenbewegung die vielleicht erfolgreichste soziale Bewegung des letzten Jahrhunderts war, kann nicht gewürdigt werden, denn es verträgt sich nicht mit einem traurigen antikapitalistischen Weltuntergangsszenario.

Patriarchat als eigenständiges Unterdrückungsverhältnis

Selbst dort, wo der Blick auf Geschlechterungleichheit gerichtet ist, ist dieses im Sinne der sozialistischen Frauenbewegung ökonomisch geprägt und verkürzt. Ein modernes linkes Programm müsste sich vielmehr die im Grunde banale Erkenntnis der autonomen Frauenbewegung zu eigen machen, dass das Patriarchat älter ist als der Kapitalismus und die Frage nach Herstellung von Geschlechtergleichheit sich nicht in der sozialen Frage erschöpft. Kapitalistische Wirtschaftsweise, patriarchale Verhältnisse, struktureller Rassismus und Heteronormativität sind eigenständige Herrschaftsverhältnisse, die sich überlagern. Eine solche Perspektive erfordert den Mut zu einem differenzierten Blick auf die Verhältnisse. Zu Unrecht wird eine solche Perspektive von manchen als ein Mangel an Radikalität verstanden.

Absage an Alleinernährermodell und Arbeitnehmerpatriarchat

Dass der Normvorstellung vom männlichen Alleinernährer im Entwurf eine Absage erteilt wird, ist ein großer Fortschritt. Jetzt gilt es, den gender-bias in den einzelnen Politikfeldern aufzudecken, also unsere Vorschläge danach zu befragen, ob sie nur aus einer männlichen Perspektive gedacht sind oder auch der Lebensrealität von Frauen gerecht werden. Ein Beispiel ist die Rentenpolitik: Die angestrebte „Erwerbstätigenversicherung“ (statt einer „BürgerInnenversicherung“ und existenzsichernden Grundrente) ist strukturell vor dem Hintergrund des männlichen Normalarbeitsverhältnisses gedacht und daher nicht geeignet, Altersarmut von Frauen jenseits persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zu verhindern.

Ein neuer Arbeitsbegriff

Im Programmentwurf heißt es symptomatisch für die Erwerbsarbeitsfixierung: „Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit.“ Eine kritische Analyse der Reproduktionsverhältnisse? Fehlanzeige! Insgesamt erweckt der Entwurf den Eindruck, dass ein Mehr an Frauen in Lohnarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit im Großen und Ganzen alles sind, was DIE LINKE zu diesem Thema anzubieten hat. Demgegenüber ginge es darum, Arbeiten jenseits der Erwerbsarbeit überhaupt zu sehen, Arbeitszeitverkürzung als Grundbedingung einer anderen Geschlechterordnung jenseits tradierter Arbeitsteilung zu markieren und Perspektiven jenseits der „Arbeitsgesellschaft“ zu entwickeln.

Emanzipationsperspektive

Auch in der Beschreibung der linken Zielperspektive „demokratischer Sozialismus“ ist der Entwurf gender-blind. Hier rächt sich die mangelnde Analyse: Wo kein Verständnis der gegenwärtigen Geschlechterverhältnisse vorhanden ist, kann keine feministische Perspektive entwickelt werden. Dabei muss eine linke Gesellschaftsalternative eine allgemeine Emanzipationsperspektive für die Gesamtgesellschaft bieten.

Cornelia Möhring

Mission Patriarchatsüberwindung.

Feministische Anforderungen an ein linkes Parteiprogramm

Ein linkes Partei-Programm sollte Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit liefern, eine Utopie und Forderungen auf dem Weg dahin aufzeigen, die bereits im Hier und Jetzt Veränderungen bringen. Deswegen reicht sein Zeithorizont länger als bis zur nächsten Wahl, sogar weit darüber hinaus. In der Analyse nimmt ein solches Programm alle gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick und macht ihren inneren Zusammenhang zum Ausgangspunkt. Ein linkes Programm nimmt die Geschichte auf und lernt aus den Erkenntnissen linker Bewegungen. Nicht zuletzt muss auch die Frage nach den Formen der Hegemoniegewinnung für linke Politik zusammen mit der Frage nach den Subjekten der Veränderung gestellt werden.

Der vorliegende Entwurf zeigt zwar das Bemühen, Perspektiven über die tagespolitisch notwendigen Politikvorschläge hinaus zu formulieren. Gleichzeitig verliert die Perspektive an Kraft, weil sie den konkreten Vorschlägen nicht kohärent als Begründung vorangestellt wird. Aus feministischer Sicht schwächelt der Programmentwurf in den eingangs genannten Punkten. Die feministische Strategie der Partei, also ihre Strategie zur Überwindung des Patriarchats, bleibt gänzlich unbeantwortet. Das kann nicht durch das Hineinschreiben der Geschlechterfrage an der einen oder anderen Stelle des Programms gelöst werden. Denn nicht alle gesellschaftlichen Verhältnisse werden in ihrem Zusammenhang dargestellt. Auch der für feministische Politik wesentliche Widerspruch, ob die LINKE eine Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern anstrebt oder Maßnahmen im Sinne der Vereinbarkeit ausreichen, ist unausgearbeitet. Benannt werden zwar die Bereiche der gesamtgesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, ausgeführt wird aber nur der Bereich der Lohnarbeit als gesellschaftlich relevanter. Die Konfliktlinie, die sich aus der Dominanz von Männern über Frauen ergibt, spielt im Entwurf keine Rolle, bleibt maximal als Gleichstellungspostulat oder verschwindet durch Geschlechterneutralität.

Die patriarchalen Verhältnisse sind jedoch nicht von den kapitalistischen Lebensverhältnissen abgeleitet, sie werden aber für kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung genutzt, auch in der durch den Neoliberalismus veränderten Weise. Kapitalistische und patriarchale Unterdrückung der Frau ergänzen sich. Ökonomische Grundlage der Konfliktlinien ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Um sie herum gruppiert sich die vielschichtige Form von Herrschaft. Arbeit findet in unserer Gesellschaft in zwei verschiedenen Welten statt, die sich

wechselseitig bedingen. Die eine Welt ist die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Warenform für den Markt. Hier regieren Geld, Lohnarbeit und harte Konkurrenz. Der Respekt des Zeitgeistes landet nur hier. Denn dies ist die Welt, in der der Profit produziert, realisiert und erspekuliert wird. Es ist die anerkannte Arbeitswelt der Männer. Die andere Welt ist die Sphäre einer ganz anderen Art von Arbeit, die vorwiegend Frauen obliegt. Dort gilt die Arbeit den Kindern, der Familie, ihrem Wohl, dem Erlernen des zwischenmenschlichen Umgangs und den Mühen der täglichen Versorgung. Diese Welt ist entstanden durch Konventionen, Religion, Zuschreibungen, Erziehung und teils durch Gesetze verankert – als die Welt des Weiblichen. Auf dieser Welt gründet sich die ganze Gesellschaft. Hier wird ein Teil des sozialen Zusammenhaltes hergestellt. Aus ihr gehen die Arbeitskräfte für die andere Welt hervor. Aber – hier wird nicht direkt für den Profit produziert. Deshalb verbindet sich die tief verwurzelte geringere Wertung weiblicher Tätigkeit mit spezifisch kapitalistischer Ignoranz. Nun haben wir es schon seit langem nicht mehr mit der hinzuverdienenden Ehefrau zu tun, sondern mit der Normalität weiblicher Berufstätigkeit. Frauen haben Teilhabe an der Erwerbsarbeit erobert. Ihre Arbeit ist in der Regel aber immer noch auf schlecht bezahlte Berufe konzentriert, die als spezifisch weiblich gelten. Frauen stellen den Hauptanteil in prekären Arbeitsverhältnissen und Niedriglohngruppen. Frauen sind vorwiegend für die Familienarbeit zuständig. Die wachsende Gruppe der Alleinerziehenden besteht zu 90 Prozent aus Frauen. Die Wirkungszusammenhänge mit dem Patriarchat, gerade in der Arbeit, haben sich nicht aufgelöst. Sie sorgen aktuell sogar dafür, dass immer mehr Tätigkeiten ins Private verschoben werden, wo sie dann unentgeltlich von Frauen übernommen werden. Die Doppelausbeutung der Frauen in kapitalistisch-patriarchalen Verhältnissen führt dazu, dass Frauen deutlich mehr arbeiten als Männer, aber als weniger produktiv behandelt und schlechter bezahlt werden.

Das Patriarchat ist ein eigenständiges gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis, das sich mit der Abschaffung, Reform oder Besänftigung des Kapitalismus nicht von selbst erledigt. Fehlen diese Zusammenhänge in der Analyse eines Parteiprogramms, werden auch die Perspektiven und konkreten Forderungen schief, manchmal sogar falsch. Kapitalismuskritik, Antikapitalismus und sozial-ökologischer Umbau sind nur eine wesentliche Orientierung für einen Richtungswechsel in der Politik. Antipatriarchaler Wandel ist die andere wesentliche Komponente des Aufbruchs in eine bessere Zukunft. Für das Verständnis des demokratischen Sozialismus bedeutet es, dass er nur als feministischer Sozialismus möglich ist, der in den Kampf um eine emanzipierte und gerechte Gesellschaft Geschlechtergerechtigkeit und eine radikale Umverteilung von Arbeit und Zeit einschließt.

Der sozial-ökologischen Umbau im Programmentwurf

Wir leben in einer begrenzten Welt. Diese scheinbar triviale Erkenntnis ist nicht neu, schon die alten Griechen konnten aufgrund astronomischer und geographischer Beobachtungen darauf schließen, dass die Erde, auf der wir leben, eine Kugelgestalt hat.

Diese Begrenzung spielte im historischen Rückblick auf die Lebensbedingungen der Menschen sehr lange keine große Rolle, da die Bevölkerungszahl der Menschen im Laufe des erstaunlichen menschlichen Entwicklungsprozesses gering im Vergleich zum Verbrauch an Rohstoffen (Wasser, nutzbar gemachte Flächen und Nahrung, Wärmeenergie, Luft, Erze) war.

Menschen besitzen die Fähigkeit, mit vielfältigen und im historischen Prozess immer komplexeren und mächtigeren Werkzeugen die Welt zu verändern und zu gestalten. Dadurch (und durch unsere exponentiell wachsende Populationszahl) beeinflussen wir unsere Lebensbedingungen und die der uns umgebenden Artenwelt immer stärker und sind in der Lage, unsere Lebensgrundlage und die Abertausender Arten auf vielfältigste Weise zu zerstören. Diese Veränderungen finden mittlerweile unter den Rahmenbedingungen des frei entfesselten kapitalistischen Verwertungs- und Reproduktionsprozesses statt, der unter anderem durch das ökonomische Wachstumsparadigma und ein sozialdarwinistisches Menschenbild geprägt ist.

Die Eingriffe in die Biosphäre des Planeten Erde, die von Menschen in den letzten Jahrtausenden vorgenommen wurden, hatten schon immer eine mehr oder weniger destruktive Seite (Beispiele sind die Waldrodungen zum Schiffbau und Brennholzbeschaffung in der Antike, Aufstieg und Niedergang verschiedener Kulturen wie z. B. auf der Osterinsel), die zunehmend auch von Menschen erkannt worden ist, wobei auch dieser Erkenntnisprozess nicht linear verlief; Wissen kann verlorengehen, und das Lernen aus Erfahrung und dessen Umsetzung scheitern immer wieder an Interessengegensätzen innerhalb der Klassenstruktur der Menschheit. Die herrschenden Klassen sind immer auf ihren Vorteil bedacht und begründen die von Menschen erzeugte Ungleichheit in der Regel sozialdarwinistisch als Naturkonstante. Solch eine Interpretation lehnen wir als LINKE ab.

Die Fähigkeit zur Erkenntnis der schon Realität gewordenen und möglichen Folgen unseres Handelns erfordert von uns im Interesse und als Teil der gesamten Menschheit, verantwortlich und vorausschauend zu planen und zu handeln, um den mittlerweile fast sieben Milliarden

Menschen ein gleichberechtigtes, zufriedenes und sicheres, möglichst langes Leben in voller Würde zu gewährleisten.

In naher Zukunft (2100) werden sich im ungünstigsten (?) Fall 14 Milliarden Menschen dem Lebensstil der Industriestaaten annähern (wollen) und damit die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten sprengen; Experten rechnen aber auch mit der Möglichkeit, dass sich die globale Bevölkerung bis ins Jahr 2100 auf 5,5 Milliarden verringert (wenn z. B. durch Kriege und Umwelteinflüsse das Überleben vieler Menschen nicht mehr möglich ist und dadurch über diesen Zeitraum mehr Menschen sterben, als im vergleichbaren Zeitraum geboren werden, unter möglicherweise schrecklichen Umständen, die wir nicht näher bezeichnen können).

Schließlich droht der Zusammenbruch der heutigen Zivilisation. Selbst bei optimistischen Vorhersagen ist eine Angleichung der ökonomischen Bedingungen aller Menschen an diesen kapitalistischen Lebensstil nicht möglich. Das neoliberale Wachstumsparadigma, gekoppelt mit einem Menschenbild des sich selbst überlassenen Einzelkämpfers im Kampf gegen alle, kann nicht durch einen rein ökologischen Umbau des kapitalistischen Verwertungsprozesses gerettet werden, in dem die Interessen der besitzenden Klasse nachhaltig manifestiert werden. Nachhaltigkeit muss sich auf die Reproduktionsbedingungen aller Menschen und Naturgüter (Boden, Wasser, Luft, Klima, Flora, Fauna) beziehen und bedeutet auch eine nachhaltige Verbesserung unseres solidarischen Miteinanders. Ökonomisches Wachstum kann nicht mit Nachhaltigkeit „reingewaschen“ werden. Dies wird aber durch die scheinbar mögliche Trennung von qualitativem und damit harmlosem und quantitativem, stofflichem und damit gefährlichem Wachstum durchaus politisch angestrebt; so ist dieser Ansatz ein wesentliches Element der Politik der GRÜNEN, bei der naiv davon ausgegangen wird, dass wir weiter auf Wachstum setzen können.

Die LINKE fordert den sozial-ökologischen Umbau, bei dem die Interessen aller Menschen berücksichtigt werden. Jede ökologische Frage ist immer und zuerst eine soziale Frage. In der momentanen Debatte besteht die Gefahr, dass die sozial-ökologischen Herausforderungen nicht als solche erkannt werden und die Lösung für ökologische Probleme mit rein kapitalistischen Methoden zur optimalen Lebenssicherung der „Gewinner des Lebens“ erkaufte wird. Eine solche Methode ist der positivistische Ansatz des „geo-engineering“. Darunter versteht man grob, dass wir aufgrund unserer technologischen Kompetenz globale Probleme durch massive globale Veränderungseingriffe bewältigen wollen. Beispiele sind die Idee bzw. schon konkret anlaufenden Bemühungen der CO₂-Verklappung im Erdboden (CCS

Technologie, z. B. siehe Brandenburg) mit hohem technischen Aufwand, die mit massiven Risiken für die betroffene Bevölkerung verbunden sind, oder die Idee, die Atmosphäre mit Schwefel vollzupumpen (Vulkanausbruchsimulation), um dadurch einen negativen Temperatureffekt zu erreichen. Ein weitere Methode ist die der Reduktion eines komplexen Problemfeldes auf eine einzige Ursache, nach dem Motto, wenn wir das Problem lösen, dann haben wir es geschafft, wenn dann ein neues Problem auftaucht, haben wir genug Zeit, das auch zu lösen. Zusammen mit dem TINA Prinzip („There is No Alternative“) werden die Geo-Engineering-Lösungen dann medial als alternativlos dargestellt und mit Druck von Lobbyorganisationen im Interesse der Unternehmen, die an den Lösungen verdienen, politisch durchgesetzt. Die global-technischen, zentralistischen und wachstumsorientierten Lösungen von heute sind unsere Probleme von morgen, die anderer Regionen von heute!

Die Bedrohung unserer Biosphäre darf nicht nur auf die Klimaproblematik reduziert, und die Klimaproblematik darf nicht nur auf die technische Bewältigung von CO₂-Emissionen bzw. die Nutzung erneuerbarer Energien abheben. Das Problem des globalen Ozonloches ist z. B. fast aus unserem Bewusstsein verschwunden. Im Jahr 2010 gehen Wissenschaftler davon aus, dass sich das Ozonloch im Jahr 2065 geschlossen haben wird, wobei durch den Klimawandel eine Verzögerung von ca. zehn Jahren erwartet wird, die zu diesem Vorhersagezeitpunkt mit beiträgt. Unsere hausgemachten Probleme sind eng mit dem Festhalten am Wachstumsparadigma verbunden.

Selbst wenn wir das Klimaproblem nicht „an der Backe“ hätten, laufen wir in den nächsten Jahrzehnten in massive Ressourcenengpässe („Peak Oil“, „Peak Everything“). Insofern ist der zufällige zeitliche Zusammenfall der Erschöpfung der Rohölvorräte (sowie der Uranvorräte zum Betrieb von Kernkraftwerken) und der Klimaproblematik fast als Glücksfall zu sehen. Allerdings muss uns auch klar sein, dass die weltweiten Kohlevorräte noch weitaus länger anhalten, selbst bei unserem momentan hohen Energieverbrauch. Wir müssen deshalb allen Bestrebungen, Kohlekraftwerke auszubauen, genauso massiv entgegenzutreten wie dem Weiterbetrieb oder Ausbau der Nutzung der Kernenergie.

Es ist, wie schon zuvor erwähnt, ein altbekanntes Problem, dass durch Raubbau an der Natur entstandene Störungen in den Ökosystemen die Entstehung von Extremwetterlagen und damit Naturkatastrophen ebenfalls begünstigen. Die Abholzung von Wäldern, die Versiegelung von Böden durch Siedlungs- und Verkehrsbau, die Begradigung und Umleitung von Flüssen und Bächen wie auch Veränderungen des Bodenreliefs z. B. durch Braunkohleabbau, Bewirtschaftung von Wald und Flur in Monokulturen führen dazu, dass die Natur immer öfter

aus dem Takt gerät. Das natürliche Kühlsystem der Landschaft bzw. der Wasserkreislauf mit seinen Verdunstungsprozessen sowie wasserhaltende Landschaftsstrukturen werden erheblich beeinträchtigt und führen zu irreversibler Bodendegradation. Die Landschaft wird ausgetrocknet und ausgemergelt! Das Ergebnis sind Regionen, die selbst bei geringen Schwankungen der Witterungsumstände zur Gefahr für ihre Bewohner werden. Böden werden im Laufe der Bewirtschaftung so unfruchtbar, dass sie nicht mehr die auf ihm lebenden Menschen ernähren können. Landwirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrspolitik sind also gleichberechtigte Schlüsselthemen für den sozial-ökologischen Umbau.

Wir brauchen deshalb eine durch eine gute Bildungspolitik begünstigte hohe Bereitschaft der gesamten Bevölkerung dieses Planeten, die sozial-ökologischen Herausforderungen zu lösen, ohne in Verzweiflung in Anbetracht der Komplexität zu verfallen. Dies erfordert, die Menschen einzubeziehen in den sozial-ökologischen Umbau und ihnen konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, um ihre Umwelt solidarisch mit anderen nachhaltig zu gestalten. Nur wenn viele Menschen ermutigt werden, sich den Herausforderungen mit Hoffnung, Energie und Kompetenz gemeinsam zu stellen, haben wir eine realistische Chance, unsere Zivilisation zu erhalten. Wir müssen uns auch der vermeintlich unangenehmen Debatte stellen, auf welche Dinge wir in Zukunft bewusst verzichten wollen, da wir mit begrenzten Ressourcen kein unendliches Wachstum erreichen können, ohne uns durch diesen Wahn selbst die Lebensgrundlagen zu entziehen.

Warum ist die ökologische Frage eng verknüpft mit der sozialen Frage – Beispiele

In Deutschland sind gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen in der Bevölkerung ungleich verteilt. Sozial- und umweltepidemiologische Studien der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass der soziale Status mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind. Sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen, aber auch andere Faktoren wie Migrationshintergrund beeinflussen die Wohnbedingungen, Lebensstile, die verfügbaren Ressourcen sowie die damit verbundenen Gesundheitsrisiken der Menschen.

Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank macht. Sozial schwache Bevölkerungsgruppen sind von Umweltproblemen vielfach stärker betroffen und verfügen oft nicht über die notwendigen Voraussetzungen wie Einkommen, Vermögen und Bildung, um solchen Belastungen auszuweichen.

In einem rein ökologischen Umbauszenario des vorherrschenden kapitalistischen Systems werden sozial benachteiligte Bevölkerungsteile von den ökologischen Errungenschaften ausgeschlossen, da die reale Gefahr besteht, dass der Mangel an Rohstoffen und Ressourcen zwar durch nachhaltige Produkte und Produktionsformen teilweise ersetzt wird, die Teilhabe aber weiterhin durch Kapitalakkumulationsprozesse und kapitalistische Eigentumsformen nur wenigen ermöglicht wird. In kapitalistischen Systemen findet bei den „oberen Zehntausend“ nicht nur Akkumulation von Kapital, sondern auch Akkumulation von optimalen Reproduktionsbedingungen statt (saubere Luft, schöner Garten, ruhiges Wohnumfeld etc.; siehe Grunewald versus Kreuzberg 36).

Die Wirtschaft braucht sowohl soziale als auch ökologische Leitplanken. Das kapitalistische Wirtschaftssystem strebt nach Wachstum, was es nur über Profit bzw. über die Ausbeutung von Mensch und Natur erreicht. Es findet eine reelle Subsumtion der Arbeit und Natur unter das Kapital statt. Die gegenwärtige Umweltkrise zeigt, dass die Natur dem Menschen ihre Grenzen in doppelter Hinsicht aufzeigt: a) in der begrenzten Verfügbarkeit und b) in ihrer begrenzten Reproduktionsfunktion.

Grundsätzlich positiv ist daher die Verbindung der sozialen und ökologischen Frage im Programmwurf. Diese muss ausgebaut und vertieft werden. Das kann und muss unser Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Umweltpolitik gegenüber anderen Parteien sein.

Globale Beispiele der Verknüpfung

Die Industrieländer der nördlichen Hemisphäre verursachen zum Großteil den Klimawandel auf Kosten der überwiegend armen Bevölkerung der südlichen Erdhalbkugel. Mit durchschnittlich 12,6 Tonnen pro Kopf und Jahr Kohlendioxid stoßen die Industrieländer fünf bis sechsmal mehr in die Atmosphäre als die Entwicklungsländer. Für die Entwicklungsländer gilt: je ärmer, desto weniger CO₂-Emissionen. Die Ärmsten emittieren gerade mal 0,9 Tonnen, wogegen die USA schon 20 Tonnen in die Luft blasen. Die Folgen des Klimawandels tragen zum größten Teil die Ärmsten der Welt:

Dürre, Überschwemmungen und Sturmereignisse werden zunehmen. Dürrezonen werden zunehmen: im südlichen Afrika, in der westlichen Sahel, in Nordwestindien, im Mittelmeerraum, im südlichen Nordamerika und in Mittelamerika. Zentralafrika und Südostasien erleiden vermehrt Überschwemmungen (IPPC, 2007). Die Ironie: Industrieländer werden Klimafolgen besser bekämpfen können. Holland kann sich einen Deichschutz eher leisten. Kansas finanziert die Aufforstung eher als Kerala.

Die Eilande von Tuvalu liegen als ein Paradies im Pazifischen Ozean. Die neun Koralleninseln werden durch den vom Klimawandel verursachten Anstieg des Meeresspiegels noch in diesem Jahrhundert verschluckt werden. Die Regierung hat für ihre 11 000 Einwohner bereits in Australien und Neuseeland Asyl beantragt.

Kalimantan (Indonesien) brennt durch die von westlichen Banken mitfinanzierte Expansion der Plantagenkonzerne (Sumatra und Borneo sind bereits dicht mit Plantagen überzogen). Jahr für Jahr fressen die Feuer den Regenwald, damit Platz für Ölpalmpflanzungen für „Bio“-diesel entsteht sowie der Rohstoff für Produktion von Holz und Papier verfügbar wird. Die Arbeitsbedingungen in den Plantagen sind kaum besser als die verheerendsten zur holländischen Kolonialzeit. Eine Folge von globaler Bedeutung sind die ungeheuren Mengen von Kohlendioxid, die durch die Waldbrände frei werden. Besonders hoch ist der Ausstoß von Treibhausgasen, wenn die meterdicken Torfschichten brennen. Die „Waldzerstückelung“ und die Oberflächenveränderung haben El Niño von einer regenerativen zu einer zerstörerischen Kraft durch Dürren und Brände gewandelt. Nach 20 Jahren sind die Böden ausgelaugt, der Wasserhaushalt gestört und die Umwelt mit Düngemitteln und Pestiziden vergiftet. Zurück bleibt verwüstetes Land, grün zwar, aber biologisch so gut wie tot. Auf den degradierten unfruchtbaren Böden wächst oft nur noch Alang-Alang-Gras, das andere Pflanzenarten verdrängt. Die indigene Bevölkerung wird rücksichtslos aus den gewachsenen landwirtschaftlichen und dörflichen Strukturen gedrängt, ihrer natürlichen Lebensgrundlagen beraubt und dem globalen Biosprit-Boom geopfert.

Lokale Beispiele der Verknüpfung

Verkehr: Sozial- und umweltepidemiologische Studien der vergangenen Jahre belegen, dass sozial schwächere Menschen in Deutschland häufiger an stark befahrenen Durchgangsstraßen leben als sozial besser gestellte Menschen und somit Gesundheitsbeeinträchtigungen – wie Lärm und Abgasen – stärker ausgesetzt sind.

Für Berlin wurde festgestellt: Je näher Haushalte an einer Stadtautobahn wohnen, umso problematischer ist ihre sozialstrukturelle Stellung hinsichtlich des Einkommensniveaus, der Arbeitslosigkeit und des Anteils an armen Haushalten.

Trotzdem setzen wir immer noch einen Schwerpunkt auf die individuelle Fortbewegung mittels Privat-PKW. Auch wenn wir fossile Privat-PKW-Antriebe ersetzen durch elektrische Batterie-Antriebe (EPKW), werden wir die dadurch manifestierte soziale Ungleichheit nicht überwinden. Je ärmer Menschen sind, desto mehr sind sie auf ein gut funktionierendes ÖPNV

angewiesen, das eine deutlich bessere Nachhaltigkeitsbilanz vorweist und noch weiter in dieser Richtung verbessert werden kann.

Wohnen: Aufgrund ihrer prekären Einkommensverhältnisse sind viele Menschen gezwungen, in Quartieren wohnen zu bleiben oder in solche zu ziehen, in denen die Mietpreise erschwinglich sind. Da Wohnungen in kapitalistischen Gesellschaften als Gegenstand des Kaufens und Verkaufens betrachtet werden (Wohnungsmarkt), muss sich notwendigerweise alles, was den Wert der Wohnung erhöht, in einer Steigerung des Mietpreises niederschlagen. So kommt es, dass nicht nur die Qualität der Wohnung selbst, für die der Wohnungseigentümer bezahlt, sondern auch die vorhandene Infrastruktur in der Wohnumgebung, wie z. B. öffentliche Freiflächen, für die aber der Wohnungseigentümer keinen Cent mehr aufbringt als jeder andere Bürger der Stadt, auch die Miethöhe mitbestimmt. Unter diesen Vorzeichen werden einkommensschwache Bevölkerungsteile zwangsläufig in Quartiere gedrängt, die sowohl hinsichtlich der Wohnungsqualität als auch der Infrastrukturqualität Mängel aufweisen. So sind z. B. in Berliner Wohngebieten mit hohem Anteil Langzeitarbeitsloser Grün- und Freiflächen weniger vorhanden als in gut situierten Gebieten (mittlerer Zusammenhang, vgl. Sozialstrukturatlas und Berliner Umweltatlas, Abschnitt 06.05).

Gesundheit: Umweltgerechtigkeit ist eng mit dem Thema „Gesundheitliche Ungleichheit“ verknüpft, das im Public Health-Diskurs die Zusammenhänge zwischen Gesundheit/Krankheit und sozialer Lage betrachtet. Der schlechtere Gesundheitszustand und die größeren Gesundheitsrisiken von Menschen unterer sozialer Statusgruppen sind evident. Das wurde z. B. für Kinder in drei unterschiedlichen industriellen Belastungsschwerpunkten Nordrhein-Westfalens nachgewiesen: In den sozial benachteiligten Gruppen erwies sich eine erhöhte Konzentration von Schwebstaub und anderen verschiedenen Luftschadstoffen am Wohnort der Kinder als generell stärker verbreitet. Es konnten deutliche Zusammenhänge zwischen der sozialen Lage und dem Auftreten von „Lungenfunktionsstörungen“ beobachtet werden. Kinder mit Migrationshintergrund sind besonders häufig betroffen.

Geschlechterspezifische Betroffenheit: Innerhalb der Industrienationen wurden und werden die geschlechtsspezifischen Befunde zu sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit selten mit umweltbezogenen Gerechtigkeitsaspekten und Fragen der sozialen und räumlichen Verteilung von lokalen Umweltbelastungen und Umweltressourcen in Zusammenhang gebracht. Frauen verfügen auf Grund der geschlechtsspezifischen Aufteilung des Arbeitsmarktes über ein geringeres durchschnittliches Erwerbseinkommen als Männer. Davon besonders betroffen

sind Frauen in Berufsbranchen mit geringen Bildungsvoraussetzungen und Qualifikationsanforderungen (z. B. in der industriellen Fertigung oder im Reinigungsgewerbe). Es liegt die Vermutung nahe, dass bestimmte soziodemographische Charakteristika (z. B. alleinerziehend, Kinderreichtum, niedrige Rentenansprüche im Alter, Erwerbslosigkeit, Tätigkeiten in statusniedrigen Berufsfeldern, Migrationshintergrund) eher in qualitativ minderwertigerem Wohnraum in infrastrukturell schlechter ausgestatteten Wohngebieten mit sozialen Problemen und höheren Umweltbelastungen anzutreffen sind.

Durch retrospektive sozioempirische Untersuchungen im Zusammenhang der Auswirkungen des Hurrikans Katrina (August 2005) fanden Forscher heraus, dass die besonders hart betroffenen Bevölkerungsgruppen schon im Vorfeld der Naturkatastrophe besonderen Belastungen ausgesetzt waren, zum Beispiel durch einen niedrigen sozioökonomischen Status und einen defizitären Zugang zur Gesundheitsversorgung. Hierbei handelte es sich vornehmlich um ethnische und soziale Minderheiten, Frauen, Kinder und ältere Personen mit bereits eingeschränkter Gesundheit.

Ernährung: Natürliche Ressourcen und landwirtschaftliche Nutzbarkeit der Natur zur industriellen Ernährungsproduktion sind unter Kontrolle multinationaler Konzerne. 90 Prozent der Weltbevölkerung sind dem Diktat weniger unterworfen, die bestimmen, wann, wo, wie viel, für wen und unter welchen Bedingungen Ernährung produziert wird. Hier spielen nicht tatsächliche Bedürfnisse der Menschen, ökologische Gegebenheiten oder Befindlichkeiten der betroffenen Anwohner eine Rolle, die einzige Doktrin ist das Geld. So erleben wir in allen Teilen von Ernährungsproduktion Auswüchse, die teilweise auch durch unser Verhalten schwer reparabel sind. Nachhaltige Landwirtschaft, biologisch unbedenkliche Lebensmittel sind zurzeit nur einer Elite zugänglich. Wir in der sogenannten „Ersten“ Welt beuten neokolonial gerade in Sachen Ernährungsbedarf immer noch rigoros Menschen und deren natürliche Ressourcen in der „Dritten“ Welt aus, dank unserer sozialisierten Lebensweise, aber vor allen Dingen durch die Macht weniger Konzerne. Die Art und Weise von Tierproduktion wird seit Jahrzehnten von reinem Profit bestimmt. Die Änderung von Methoden der Ernährungsproduktion setzt ein neues Bewusstsein voraus, indem Bedürfnisse neu justiert werden. Die Monopolstellung weniger Firmen muss gebrochen werden, damit Teilhabe und Mitgestaltung aller gewährleistet werden kann.

Kritik am Programmwurf

Der Programmwurf bekennt sich in der Präambel für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Es sollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden werden, die u. a. natürliche Lebensgrundlagen zerstören.

Das Programm wird in der Präambel durch drei Grundideen vorgezeichnet, wobei mit dem Erhalt der Natur als zweiter Grundidee der Eindruck vermittelt wird, dass in den weiteren Kapiteln der sozial-ökologische Umbau ein wichtiger Schwerpunkt werden würde. Die ökologischen Kräfte werden für die Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals in der dritten Grundidee neben demokratischen und sozialen Kräften benannt, womit die Zentralität der ökologischen Frage bestärkt wird. Im Abschnitt „DIE LINKE kämpft“ wird der Erhalt der Natur mit dem Anspruch des umweltbewahrenden Wirtschaftens dem Vorsorgeprinzip gerecht und verweist auf das Nachhaltigkeitsprinzip. Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien sind an dieser Stelle für den „Erhalt der Natur“ Prioritäten gesetzt worden. Die Präambel hebt die ökologische Frage quasi zu einem Hauptwiderspruch der bestehenden Verhältnisse heraus, bleibt aber in der Operationalisierung der wichtigen Grundidee „Erhalt der Natur“ im Programminhalt weit hinter dem Anspruch der Präambel zurück.

Die Grundidee der Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweise unter den „Erhalt der Natur“ wird auf Einzelvorhaben der Energiewende und Klimafrage reduziert. So auch der Analyseteil (II.) zum Kapitalismus, wo aus Umweltsicht nur noch die Klimafrage problematisiert und mit der Energiewende beantwortet wird. Kurz wird festgehalten, dass die kapitalistische Wachstumslogik ein Widerspruch zur Nachhaltigkeit darstellt.

Nachhaltigkeit und Widerspruch der Wachstumslogik müssten an zentraler Stelle ausführlicher dargestellt werden, da es sich hierbei um die Ursache ökologischer Folgewirkungen des Systems handelt.

Anzumerken ist auch, dass selbst ein sozialistisches System nicht automatisch eine ökologisch-nachhaltige Wirtschaftsweise verfolgt, was die Geschichte gezeigt hat; dieser Tatbestand sollte in den Passus I „Woher wir kommen, wer wir sind“ einfließen.

Die Bedingungen der individuellen und der gesellschaftlichen Reproduktion sind maßgeblich durch die Reproduktionsfähigkeit der Natur, also unserer natürlichen Lebensgrundlagen bestimmt und dürfen deshalb nicht ignoriert werden. Das Programm muss in seiner Kapitalismuskritik und seinem Ziel „sozial-ökologischer Umbau“ berücksichtigen, dass neben

der Akkumulation von Kapital bei den oberen Zehntausend auch die Akkumulation von optimalen Reproduktionsbedingungen stattgefunden hat. Sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen, aber auch andere Faktoren wie Migrationshintergrund beeinflussen die Wohnbedingungen, Lebensstile, die verfügbaren Ressourcen sowie die damit verbundenen Gesundheitsrisiken der Menschen. Der ökologische Umbau ist ein Querschnittsthema, das in viele Belange der Gesellschaft hineinragt.

Die Menschen die stärker von Umweltbelastungen betroffen sind, können nicht darauf warten, bis sie über die notwendigen Voraussetzungen wie Einkommen, Vermögen und Bildung, verfügen, um solchen Belastungen auszuweichen. Der ökologische Umbau darf im neuen Parteiprogramm der LINKEN nicht nur plakativ in den Überschriften stehen. Die LINKE muss Umweltpolitik verantwortungsvoll mit eigener Handschrift (sozial-ökologisch) in ihren Zielen festhalten und mit Maßnahmen operationalisieren. Hierzu gehören insbesondere solidarisch-ökonomische Wirtschaftsweisen, die nicht von einer mit Geld geschmierten Wachstumsmaschine abhängig sind, die Teilnahme an Diskussionen, welche Güter wir wirklich benötigen, die politische Unterstützung von Strategien nicht-kommerzieller Versorgung in lokalen und regionalen nachhaltigen Strukturen (z. B. Tauschringe, gemeinsame Nutzung von Maschinen, lokale ergänzenden Währungen), um langfristig die Abhängigkeit von auf Arbeitsteilung beruhender Tätigkeit sinnvoll zu reduzieren und ein stabileres – sowohl für das Individuum als auch die solidarische Gemeinschaft – sinnvolleres System unserer Reproduktion zu erreichen.

Forderungen als Rahmenbedingungen

Mit einem sozial-ökologischen Umbau sollte eine konsequent nachhaltige Kreislaufwirtschaft verwirklicht werden. Unser Verbrauch an Rohstoffen und Energie muss drastisch eingeschränkt werden. Wir müssen Expansionszwänge des kapitalistischen Systems überwinden und lernen, unsere Verbräuche zu reduzieren. Dies bedeutet keinesfalls die Propagierung eines asketischen Lebens. Wir leben in einer absolut verschwenderischen Weise, bei der die Verschwendung oft nur dem kapitalistischen Profit dient und gleichzeitig unsere Lebensgrundlage zerstört. Wir benötigen realistische Übergangsszenarien in eine nachhaltige Lebensweise auf allen Handlungsfeldern; ein Beispiel ist der Übergang bei der Energieversorgung von fossilen Brennstoffen. Selbst die Bundeswehr erkennt mittlerweile die Bedrohungen durch „Peak Oil“ an und beschreibt Bedrohungsszenarien, auf die wir nur reagieren können, wenn wir kommunale redundante Strukturen aufbauen, die eine echte Regionalwirtschaft bedeuten.

Landwirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrspolitik sind Schlüsselthemen für den sozial-ökologischen Umbau. Dazu sind als systemsteuerndes Handlungsinstrument die Planungsstrukturen von der Raumordnung bis zur Landschaftsplanung im Sinne einer Umweltvorsorge zu stärken sowie durch frühzeitige Beteiligungsmöglichkeiten zu demokratisieren (Teilhabe). Zur Erinnerung: Die flächendeckende Landschaftsplanung – ein wesentliches Planungsinstrument der Umweltvorsorge – wurde kürzlich im Bundesnaturschutzgesetz abgeschafft. Landschaftsplanung dient der Umweltvorsorge und der zielorientierten Vorbereitung von gesellschaftlichem umweltbewusstem Handeln und ist daher zu rehabilitieren.

Der sozial-ökologische Umbau erfordert grundlegende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse an Boden und Kapital.

Elmar Altvater

Kulturrevolution für die Arbeitsgesellschaft

Der Wohlstand der Nationen wächst durch steigende Produktivität. Doch durch die Erhöhung der Produktivität steigt auch die Zahl der prekär Beschäftigten, der Erwerbslosen, der informell Arbeitenden. Die Fixierung auf Wachstum ist ungeeignet, diese Entwicklung umzukehren. Es ist Zeit, in der Arbeitsgesellschaft neue Wege zu beschreiten.

Mit einer wachsenden Wirtschaft scheinen viele der drängenden Probleme der Menschheit lösbar. Die Wirtschaft könnte herauswachsen aus den immensen Schulden, die die Staaten zur Rettung der Finanzvermögen gemacht haben und weiterhin machen. Auf expandierenden Märkten können mehr Waren verkauft werden. Um diese Waren zu produzieren, würden neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Kampf gegen Armut und Hunger wäre vielleicht doch noch erfolgreich. Und die Millenniumsziele der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, etwa Bildung für alle, Verringerung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung von Aids und Malaria, wären vielleicht doch noch zu erreichen.

Sinkende Wachstumsraten

Doch aller Beschwörungen zum Trotz sind die Wachstumsraten überall in der Welt rückläufig. In Deutschland wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den 1950er Jahren mit mehr als acht Prozent pro Jahr. Im nächsten Jahrzehnt halbierten sich die Zuwachsraten, um in den folgenden Jahrzehnten auf 2,6 Prozent abzusacken. In den 1990er Jahren betrug die Wachstumsrate nur noch 1,2 Prozent. Sie wird im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit Sicherheit noch niedriger sein, auch wenn derzeit viel vom „Job-Wunder“ und von „Boom-Germany“ die Rede ist. Zwar sehen die deutschen Wirtschaftsdaten im Jahr 2010 freundlicher aus, als noch vor einem Jahr erwartet. Doch umso düsterer ist die Lage anderswo in Europa. Die deutschen Exportüberschüsse sind daran nicht unschuldig. Für die in der längerfristigen Perspektive tendenziell abnehmenden Wachstumsraten der Wirtschaft gibt es eine Reihe von nachvollziehbaren Gründen.

Allein um konstante Wachstumsraten aufrechtzuerhalten, bedarf es zusammen mit der Niveausteigerung immer höherer absoluter Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts. Das gilt auch für den Verbrauch von Ressourcen und für die Emissionen von Schadstoffen. Sind die globalen Ölressourcen gerade angezapft worden, kann die Ölförderung problemlos gesteigert werden, da durch Exploration immer neue Reserven hinzukommen. Jenseits eines

Höhepunktes, der in der Wissenschaft als „Peak Oil“ bezeichnet wird, gehen die Reserven jedoch allmählich zur Neige.

Neue Ölfelder werden nicht mehr gefunden. Die Erde ist bereits gelöchert wie ein Schweizer Käse. Und die Förderung von sogenanntem nicht-konventionellem Öl, zum Beispiel aus der Tiefsee, ist teuer und extrem gefährlich, wie die Havarie der Ölplattform „Deepwater Horizon“ vor der Südküste der USA beweist. Dort entsteht zurzeit zwar auch Wachstum, nämlich durch mannigfaltige Aufräumarbeiten. Ein überzeugender Beleg für mehr Wohlstand ist das aber nicht.

Wachstum ist also an den Grenzen der Umwelt kein Medikament ohne gefährliche Nebenwirkungen. Können diese Nebenwirkungen in Kauf genommen werden, weil Arbeitsplätze entstehen? Unter kapitalistischen Verhältnissen werden Arbeitskräfte nur eingestellt, wenn mit ihnen Gewinn gemacht werden kann. Die Produkte ihrer Arbeit müssen als Waren auf globalen Märkten konkurrenzfähig sein. Preis und Qualität müssen stimmen, die Nachfrage muss da sein. Daher kommt es immer auch auf die Arbeitsproduktivität und die Einkommensverteilung an, wenn die Beschäftigung gesteigert werden soll.

Die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, ist ein höchst komplexer Prozess. Er verlangt nicht nur technischen Fortschritt, sondern auch Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte. Er bedarf neuer sozialer und organisatorischer Arrangements, entsprechender politischer Rahmenbedingungen und kultureller Veränderungen. Der Markt ist dazu wenig geeignet. Marktakteure sind nicht weit-, sondern kurzsichtig. Sie lassen sich von kurzfristigen Profiterwartungen leiten, nicht von langfristigen Entwicklungsperspektiven.

Auch sind ökonomische Abschreibungen veralteter und Investitionen in neue Anlagen notwendig, um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Dadurch steigt aber auch die Kapitalintensität, also das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital pro Arbeitskraft. Karl Marx hat das die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ genannt. Durch die verbesserte Produktivität kann die Wachstumsrate der Wirtschaft angehoben werden, zumal dann, wenn die Produktion konkurrenzfähig ist.

Doch die steigende organische Kapitalzusammensetzung lässt die Profitrate sinken. Wenn dies dann dazu führt, dass weniger investiert wird, nimmt die Akkumulationsrate ab. Liquidies Kapital wird dann eher im Finanzsektor als in der realen Wirtschaft investiert. Das führt dazu, dass die realen Überschüsse zurückgehen, während die finanziellen Forderungen steigen. Das

ist eine Konstellation, in der Finanzkrisen nahezu unvermeidlich werden, wie die jüngsten Erfahrungen lehren.

Erhöhte Produktivität der Arbeit steigert den „Wohlstand der Nationen“, wie Adam Smith, ein Klassiker der Politischen Ökonomie, feststellte. Doch die unvermeidliche Kehrseite ist die Freisetzung, also das Überflüssigwerden von Arbeitskräften. Smith hat die Freigesetzten deshalb als „Überflussbevölkerung“ bezeichnet. Es handelt sich um die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen und informell Arbeitenden der heutigen Zeit. Als Folge des Produktivitätsfortschritts ist von allem zu viel da. Die Kaufkraft hält nicht mit und die Zahl der normal beschäftigten Arbeitskräfte auch nicht.

Verkürzung der Arbeitszeit

Die Annahme, dass die „Überflussbevölkerung“ durch Wachstum, also durch die Ausdehnung des Arbeitsvolumens, wieder beschäftigt werden könnte, hatte schon Karl Marx kritisiert. Die Kapitalisten wollen bezahlte Arbeit einsparen. Deshalb muss der Freisetzungseffekt größer sein als die Ausweitung der Produktion. Die volle Kompensation der Freisetzung würde den Zweck, nämlich Arbeitskosten zu senken, hintertreiben.

Anders als im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts dreht sich die Diskussion heute um eine neue Form der Kompensation, nämlich um Arbeitszeitverkürzung. Tatsächlich ist Arbeitszeitverkürzung die einzige Möglichkeit, um das Anwachsen der „Überflussbevölkerung“ als Folge des Produktivitätsfortschritts zu vermeiden. Sie verlangt in der Arbeitsgesellschaft nach einer kleinen Kulturrevolution mit möglicherweise weitreichenden Folgen: Es geht um die Transformation von fremdbestimmten Zeiten in Eigenzeit, um eine Reorganisation von Lohnarbeit, um die Ausdehnung von Freizeit und Gemeinwesenarbeit. Es geht um eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zur äußeren und zur inneren Natur. Eine Kulturrevolution ist angesagt.

Zum Arbeitsbegriff im Programmentwurf

Der Programmentwurf nimmt eine einengende Definition des Arbeitsbegriffs auf die Lohnarbeit vor. Arbeit umfasst allerdings mehr als nur entlohnte Tätigkeiten. Weniger als die Hälfte der derzeit in der Bundesrepublik verrichteten Arbeitsstunden fallen im Bereich der Lohnarbeit an. Das Gros der Arbeit wird vielmehr an anderen Stellen verrichtet, beispielsweise bei der Pflege von Familienangehörigen, der Kindererziehung, der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Parteien oder Gewerkschaften und in vielen anderen Bereichen. Trotzdem weiß der Programmentwurf vorherzusagen: „Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit.“ (Abschnitt IV.1) Wir schlagen vor, diesen Glaubenssatz aus dem Programm zu streichen.

Eine moderne linke Partei muss, wenn sie nicht in der Rolle der Opposition hängen bleiben, sondern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse überwinden möchte, ein Projekt breiter Schichten der Gesellschaft sein. Dafür muss sie vielfältige Lebensumstände aufnehmen. Als labouristische Organisation, die sich auf die immer dünner werdende Schicht der skilled workers beruft, kann DIE LINKE dem Anspruch einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung nicht gerecht werden.

Die Arbeitsgesellschaft hat sich infolge der Deindustrialisierung und postfordistischen Entwicklungen wesentlich verändert. Das Beschwören der Vollbeschäftigung kann heute zumindest nicht mehr der einzige Lösungsansatz für die Schwierigkeiten sein, die die Veränderungen für die Gesellschaft mit sich bringen. Ohnehin ist der Begriff der Vollbeschäftigung schwammig. Und die angebliche Ära der Vollbeschäftigung in der alten Bundesrepublik konnte auch nur deshalb existieren, da beispielsweise Frauen mehrheitlich am Herd standen, deren Arbeit aber nicht als „Beschäftigung“ gewertet wurde, und das patriarchale Alleinernährermodell dominierte. Keine Perspektive für eine moderne linke Partei.

Enttäuschend ist in diesem Zusammenhang das völlige Fehlen von Perspektiven jenseits der Lohnarbeit. Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE), das in den Eckpunkten noch als Diskussionsobjekt zu finden war, sucht man im Programmentwurf vergeblich. Der Programmentwurf bleibt der herrschenden Logik der Lohnarbeit als Maß aller Dinge durchgehend verhaftet. Selbst in der persönlichen Biographie herrscht diese noch vor: Gute Arbeit – Gute Rente. Diejenigen, die schlechte (Lohn-)Arbeit oder gar keine hatten, sollen im

Alter weiter auf Almosen des Sozialstaates angewiesen sein. Würde und Selbstbestimmung erreicht man so nicht. Das BGE ist als programmatische Forderung aus verschiedenen Gründen zwar ungeeignet. Als Beispiel für innovative Ansätze, um über die Fixierung auf die Lohnarbeit hinauszukommen, ist es jedoch von großem Wert.

Dies gilt auch für andere Auseinandersetzungen mit der Logik der Lohnarbeit als unabdingbares Element kapitalistischer Produktionsweise wie die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug. Ansätze wie dieser sind unverzichtbar, um eine fruchtbare Debatte um Lohnarbeit, um Geschlechterverhältnisse oder um die gerechte Aufteilung der Arbeit – in all ihren Dimensionen – führen zu können.

Arbeit ist mehr, als täglich acht Stunden im Büro oder am Fließband zu verbringen und damit das Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Für viele Menschen ist dies ohnehin weder Teil der Lebensrealität noch erstrebenswert. Will DIE LINKE anschlussfähig an außerparlamentarische Bewegungen bleiben bzw. werden, will sie auf breite Bündnisse zur Transformation der Gesellschaft hinarbeiten, dann darf sie aktuelle Debatten nicht verpassen und nicht sehnsüchtig nach der Rekonstruktion vergangener Zeiten streben. Die Debatte um Arbeit ist längst gewichtiger Teil linker Diskurse.

Eine moderne Linke muss sich als Suchende an diesen Diskursen beteiligen – als Gleiche unter Gleichen. Ein Parteiprogramm ist kein theoretisches Werk. Es muss jedoch der Komplexität der heutigen Welt gerecht werden, indem eine Offenheit für innovative linke Diskurse signalisiert wird.

Ein solches Herangehen würde auch unserem im Programm formulierten Anspruch gerecht werden, eine lernende Organisation zu sein. Wir konterkarieren diesen Anspruch, wenn wir uns auf Forderungen festlegen, die großen Teilen unserer Stamm-Wählerschaft einleuchtend erscheinen mögen, der sich in rasantem Tempo verändernden Realität aber nur bedingt Rechnung tragen.

Stefan Wolf, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE

Warum DIE LINKE das Bedingungslose Grundeinkommen im Parteiprogramm verankern sollte!

1. Umfrageergebnisse

Es ist nicht zu leugnen: Weder alle Mitglieder noch alle Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE sind für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Aber viele! Studien und Erfahrungswerte belegen, dass es sich sowohl bei der WählerInnenschaft als auch bei den Mitgliedern um eine relevante Mehrheit handeln dürfte, die das BGE anstelle der bedürftigkeitsgeprüften sozialen Grundsicherung bevorzugt!

So ergab eine von der Partei DIE LINKE in Auftrag ergebene Studie in Form einer repräsentativen Befragung von 1 513 Wahlberechtigten, die am 30. Juni 2009 in der Bundestagsfraktion DIE LINKE vorgestellt wurde und somit auch dem Parteivorstand und dem Großteil der jetzigen Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE bekannt ist, dass 87 Prozent aller befragten WählerInnen der Partei DIE LINKE der Aussage „Es ist auf längere Sicht nicht mehr genug Arbeit für alle da. Deshalb ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens notwendig“ zustimmten! Der Aussage „Jeder sollte ein Grundeinkommen beziehen“ stimmten 59 Prozent der WählerInnen der LINKEN voll zu und weitere 27 Prozent eher zu, also auch hier 86 Prozent!

Die Ergebnisse der Diplomarbeit von Ringo Jünigk (Universität der Künste Berlin) „Die interne Kommunikation über das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens (bGE) in der Partei DIE LINKE“ vom Januar 2010, bei der repräsentativ 517 Mitglieder der Partei DIE LINKE befragt wurden, ergeben ein ähnliches Bild. Die Frage „Welche persönliche Meinung vertrittst du bezüglich des Konzeptes ‚Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)‘?“ beantworteten 17 Prozent mit „Ich unterstütze das Konzept ‚BGE‘ aktiv“, weitere 51 Prozent mit „Ich befürworte grundsätzlich ein BGE“. Somit sprachen sich 68 Prozent der befragten Mitglieder der Partei DIE LINKE für ein BGE aus.

Fazit: Sollten diese Ergebnisse die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse in der Partei und bei den WählerInnen der LINKEN widerspiegeln, so wäre es der Parteibasis gegenüber ein Skandal, wenn führende Parteimitglieder das BGE weiterhin als eine ignorierbare

Minderheitsmeinung verkaufen und vor allem den Willen großer Teile der Parteibasis und der Wählerschaft dermaßen ungebührlich unter den Tisch fallen lassen würden!

2. Sachliche Debatte ist notwendig

Die Debatte über das BGE muss in der Partei DIE LINKE sachlich und unter Berücksichtigung o. g. Umfrageergebnisse geführt werden. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass eine Mehrheit oder eine große Minderheit für das BGE ist, so muss dies sich auch in geeigneter Weise im neuen Programm unserer Partei widerspiegeln. Alles andere wäre undemokratisch! Es ist in diesem Fall auch wenig hilfreich, wenn exponierte Parteimitglieder wie Ralf Krämer das BGE mit wenig überzeugenden Totschlagargumenten wie „Das BGE spaltet die LINKE“ als nicht vermittelbar darstellen wollen. Die ein Grundeinkommen befürwortende Parteibasis als Spalter verkaufen zu wollen, weil sie angeblich die falsche Meinung vertritt, ist ein Verhalten, das in einer demokratischen und pluralistischen Linkspartei fehl am Platz ist.

Es ist aber nicht nur ein Schlag in Gesicht derjenigen Parteimitglieder, die sich für ein Grundeinkommen aktiv einsetzen oder es grundlegend befürworten. Es ist ebenso eine arrogante Haltung gegenüber der WählerInnenschaft der LINKEN, auch gegenüber den vielen Sozialbewegten in den verschiedenen NGOs, Verbänden und Initiativen, die sich für das BGE aussprechen und sich aktiv für dessen Einführung national und international einsetzen. Selbst in den Gewerkschaften wird – im Gegensatz zur Behauptung einiger hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre – kräftig und auch zustimmend über das BGE diskutiert.

Das machte u. a. die Befragung der IG Metall unter dem Motto „Deine Stimme für ein Gutes Leben“ deutlich. Bei der offenen Frage „Meine persönliche Forderung an die Politik lautet“ waren die Top-Themen:

Leiharbeit verbieten / gerechter gestalten;

mehr Ehrlichkeit und Offenheit; Politik für die Bürger;

Rente mit 67 zurücknehmen, Renteneintritt nach Arbeitsjahren;

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen;

Reglementierung / Überwachung des Finanz- und Bankensektors;

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

In der IG Metall-Broschüre heißt es dazu: „Mit ca. 180 000 Antworten haben die Befragten offensiv die Möglichkeit genutzt, mit der Beantwortung von zwei offenen Fragen unabhängig von vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ihre persönliche Meinung zu sagen, ihre individuelle Forderung zu übermitteln. Damit wurde ein Ventil geöffnet, den Frust über ‚die da oben‘ an die IG Metall zu übermitteln, der vertraut und zugetraut wird, die Meinung der Menschen gebündelt an die Politik heranzutragen.“ (S. 10)

Auch in der Gewerkschaft, der Ralf Krämer angehört, wurde nicht zugelassen, dass das Grundeinkommen in Bausch und Bogen verdammt wird. Diesem Versuch wurde ein Riegel vorgeschoben, indem mehrere ver.di-Gliederungen die Diskussion zum Grundeinkommen forderten und durchsetzten. Und so lautet dann auch der Beschluss B 100 der ver.di-Bundeskonferenz von 2007: „ver.di organisiert einen Denk- und Diskussionsprozess, der anhand des Themas ‚Grundeinkommen‘ die Entwicklung eines humanen Gesellschaftsmodells zum Ziel hat.“

3. Einige sachliche Argumente für das BGE

Ein existenz- und teilhabesicherndes Grundeinkommen hebt im Gegensatz zur bedürftigkeitsgeprüften Grund-/Mindestsicherung Stigmatisierungen auf und beseitigt die verdeckte Armut. Es achtet konsequent die Bürgerrechte der Menschen, verhindert Bürokratie und umfangreiche Datenerfassungen. Außerdem beugt es einer Spaltung der Gesellschaft in nicht Transferbeziehende und Transferbeziehende vor, die letztlich immer die in der Minderheit befindlichen Transferbeziehenden zum Spielball der Gnade und des Wohlwollens der anderen macht. Wehe dem, wenn dann noch Missbrauchs-, Neid- und Lohnabstandsdebatten, wie sie gerade jetzt wieder von Neoliberalen geschürt werden, dazu kommen.

Mit dem Grundeinkommen ist prinzipiell der Zwang überwunden, schlecht bezahlte, die eigene Qualifikation nicht in Wert stellende und eine mit dem Gewissen nicht zu vereinbarende Arbeit anzunehmen.

Das Grundeinkommen führt zu einer radikalen und gerechteren Einkommensverteilung. Der gesellschaftliche Reichtum, inklusive des Einkommens und Vermögens, wird auf der Grundlage gemeinsamer Naturgüter und des gemeinsamen kulturhistorischen Erbes in Erwerbs- bzw. Lohnarbeit und in vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeits- und Teilhabeformen erzeugt. Einkommen soll daher in ausreichender Höhe und in gleicher Weise an alle (Grundeinkommen) und darüber hinaus entsprechend einer demokratisch

verantwortbaren und kontrollierbaren Leistungszurechnung (Erwerbs-/Lohneinkommen und Ersatzeinkommenssysteme) verteilt werden.

Die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen bei der Absicherung des freien Lebens der Bürger/des Bürgers mit ihren/seinen grundlegenden existenziellen und gesellschaftlichen Teilhabebedingungen widerspricht den Grundsätzen der sozialen Demokratie und des demokratischen Sozialstaates, wie sie im Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE beschrieben worden sind. Das Grundeinkommen dagegen verhindert diese Spaltung, ohne traditionelle Formen der sozialen und der Leistungsgerechtigkeit zu ignorieren. Allerdings werden diese traditionellen, bürgerlichen Systeme in das neue gesellschaftliche System in transformatorischer Absicht integriert – unter Abschaffung ihrer Dominanz.

Grundlage des solidarischen Zusammenwirkens von Menschen ist die Freiheit von erzwungenen ökonomischen Abhängigkeiten und von Erpressung, die Abwesenheit von Missachtung und von mangelndem Respekt sowie von Stigmatisierung. Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme sind ökonomische Abhängigkeiten und Stigmatisierungen beinhaltende Transfersysteme. Da sie nicht die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Tätigkeits- und Teilhabeformen und deren Subjekte respektieren, behindern sie auch das solidarische und freie Zusammenwirken von Menschen. Das Grundeinkommen befördert dagegen die Solidarität auf Grundlage individueller Freiheit. Jede und jeder sollte eine stigmatisierungs- und diskriminierungsfreie soziale Absicherung haben, um, wie im Programmentwurf auch benannt, selbstbestimmt und solidarisch leben und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Wir brauchen einen aktiven Sozialstaat, der die grundlegenden existenziellen und Teilhabenotwendigkeiten sowie die Lebensrisiken wie Krankheit und Behinderung, Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit für ALLE solidarisch absichert und im Alter ein sorgenfreies Leben in Würde garantiert. Das BGE wäre für Rentenbeziehende zudem eine Garantierente in existenz- und teilhabesichernder Höhe und einer stigmatisierenden, bedürftigkeitsgeprüften Altersgrundsicherung, wie sie sich leider im 1. Programmentwurf findet, vorzuziehen! Grundsätzlich ist Grundeinkommen mit einem Mindestlohn, Bürgerversicherungen im Alter und bei Krankheit, mit Sonderleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen und dem Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen u. a. zu verbinden. Siehe dazu auch das Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE unter www.die-linke-grundeinkommen.de.

Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme widersprechen der Forderung im 1. Entwurf des Parteiprogramms nach einem sozial gleichen Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen

eines freien Lebens. Menschen haben hier nur ungleiche Zugänge zu den grundlegendsten Bedingungen eines freien und solidarischen Lebens, nämlich der existenziellen und Teilhabeabsicherung. Die einen haben einen Zugang ohne eine stigmatisierende und diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung, die anderen nur mit einer solchen. Das Grundeinkommen dagegen würde der Forderung nach einem sozial gleichen Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens tatsächlich entsprechen und die Überwindung der Spaltung der Gesellschaft befördern.

4. Schlussfolgerungen

Aus unter Punkt 1 bis 3 genannten Gründen bekräftige ich hiermit, und womöglich spreche ich hier auch für viele Mitglieder unserer Partei, die Forderung nach einer sachlichen Debatte der Partei DIE LINKE zum BGE und nach der Aufnahme der Forderung nach einem BGE in das Programm der Partei DIE LINKE!

Ralf Krämer

BGE nee!

Warum die Forderung eines Bedingungslosen Grundeinkommens nicht in das Programm einer linken, sozialistischen Partei gehört. Replik auf die Wortmeldung von Stefan Wolf.

Massenerwerbslosigkeit, Massenarmut und Umverteilung von unten nach oben, unzureichende soziale und öffentliche Leistungen für Bildung und Erziehung, Gesundheit und Kultur, zunehmende soziale Spaltung und Ungerechtigkeit, Aushöhlung der Demokratie, fortschreitende Erderwärmung und ökologische Zerstörung, imperialistische Ausplünderung ärmerer Länder und Kriege in aller Welt – das sind die entscheidenden Probleme, denen sich DIE LINKE stellen und für die sie Antworten bieten muss. Antworten, die geeignet sind, durch erfolgreiche Kämpfe gesellschaftlicher und politischer Kräfte reale Verbesserungen und den Einstieg in einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau zu erreichen und den Weg zu einer sozialistischen Umgestaltung zu öffnen.

DIE LINKE hat Antworten, sie stehen unter anderem im Entwurf für ein neues Parteiprogramm. Als zentrale Ursache und Hindernis für eine soziale Bewältigung der Probleme haben wir die Herrschaft kapitalistischer Wirtschaftsweise und Interessen erkannt. Deshalb ist unsere Perspektive die Überwindung des Kapitalismus durch eine demokratisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) leistet zu diesen Alternativen keinen produktiven Beitrag, sondern desorientiert viele Menschen auf eine ungeeignete und illusorische Forderung. Sie lenkt ab von den tatsächlich relevanten gesellschaftlichen und politischen Alternativen und Kämpfen. Diese Auffassung will ich im Folgenden begründen.

Dabei ist für mich klar: Selbstverständlich kann jede/r Linke einem BGE anhängen oder dafür Propaganda machen, auch wenn nichts dazu im Programm steht. DIE LINKE ist eine plurale Partei, die sozial gesinnte Menschen unterschiedlicher Auffassungen mitnehmen will. Wir haben ja auch viele christliche oder andere Gläubige oder VertreterInnen diverser anderer Spezialanliegen in der Partei, und das ist auch gut so. Problematisch finde ich allerdings, wenn AnhängerInnen des BGE in der LINKEN organisiert versuchen, diese Forderung der Partei insgesamt aufzudrücken und sie damit für einen Zweck zu usurpieren, der mit den Traditionen und originären Zielen einer linken, sozialistischen Partei nichts zu tun hat. Wogegen die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder eigentlich anderes und Besseres zu tun hat, als eine Auseinandersetzung um diese Frage zu führen.

Angeblich und tatsächlich Besonderes eines BGE

Stefan Wolf führt Umfragen ins Feld, die vermeintlich zeigen, dass Mehrheiten für ein BGE wären. Das hängt immer davon ab, wie gefragt wird und in welchen Zusammenhang das gestellt wird und ob den Leuten die Bedingungen und Konsequenzen klar sind. Falsch und irreführend ist schon die formulierte Prämisse, dass „auf längere Sicht nicht mehr genug Arbeit für alle da“ sei. Es ist kein Problem, andere Umfragen durchzuführen und mehrheitliche Zustimmung zu Forderungen zu bekommen, die faktisch unvereinbar mit einem BGE sind oder zumindest ganz andere Prioritäten deutlich machen. Die Mehrheiten unter den Mitgliedern für eine bedarfsgerechte, repressionsfreie soziale Grundsicherung sind jedenfalls größer.

Das zentrale und grundlegende Interesse, das Erwerbslose wie Beschäftigte artikulieren, ist das nach einer gut bezahlten Arbeit, die ihren Fähigkeiten und Neigungen gerecht wird und mit sozialer Anerkennung verbunden ist. Erst recht gilt für die Lohnabhängigen als Klasse und für die große Mehrheit der Bevölkerung insgesamt, dass Abbau und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit die zentrale soziale Herausforderung ist. Das würde enorm auch die Kräfteverhältnisse in Betrieben und Gesellschaft, die Finanzlage des Sozialstaats und die Bedingungen für die Durchsetzung sozial-ökologischen Fortschritts verbessern.

Mit Sicherheit war den meisten Befragten nicht klar (gemacht worden), dass der Unterschied eines BGE zu den in der Linken breit konsensfähigen Forderungen einer sozialen Sicherung im Alter, für Kinder, bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit und bei Erwerbslosigkeit nicht darin besteht, dass allen ein zur Existenzsicherung und sozialen Teilhabe hinreichendes Einkommen gewährleistet werden soll. Denn dies kann ebenso und viel einfacher und realistischer durch verbesserte bedarfsabhängige Konzepte erreicht werden. Diese können repressionsfrei und bürgerrechtskonform gestaltet werden. Die Erfassung von Einkommen und Bedarf als solche kann nicht als Repression oder Diskriminierung betrachtet werden, zumal eine Einkommenserfassung zu Besteuerungszwecken bei einem BGE ebenfalls nötig wäre.

Der Unterschied eines BGE gegenüber bedarfsabhängiger sozialer Sicherung besteht vor allem darin, zig Millionen Menschen, die bereits ohne staatliche BGE-Leistung über hinreichendes Einkommen verfügen, zusätzlich ein BGE in die Tasche zu stecken. Und es zugleich aus der anderen Tasche über exorbitant höhere Steuern wieder herauszuziehen, um dieses BGE finanzieren zu können.

Die BGE-AnhängerInnen behaupten nun, mit einem BGE würden alle möglichen Probleme auf einen Schlag gelöst. Alles würde gerechter, niemand mehr unter schlechten Bedingungen arbeiten, Mindestlohn und Sonderleistungen gäbe es zusätzlich, Bürokratie und Kontrollen würden überflüssig, Stigmatisierung und Abhängigkeiten beseitigt. Das sind hehre Wünsche und Absichten. Doch die tatsächlichen Wirkungen eines BGE unter kapitalistischen Verhältnissen wären völlig andere.

Reale Wirkungen eines BGE im Kapitalismus

Tatsächlich würde die Gesellschaft und insbesondere ihre lohnabhängige Mehrheit sich durch dieses gewaltig aufgeblasene Geldumverteilungskarussell eine Vielzahl zusätzlicher Probleme einhandeln. An den Lohn könnte nicht mehr der Anspruch gerichtet werden, mindestens eine existenzsichernde Höhe zu haben, denn jeder Verdienst hätte den Charakter eines Zuverdienstes zum BGE. Die Renditeansprüche des Kapitals würden dagegen durch ein BGE nicht gemindert. Es ist zu erwarten, dass die Einkommensverteilung unter solchen Bedingungen noch ungerechter wäre als sie es heute schon ist.

Die Menschen wären dann nicht – wie die BGE-AnhängerInnen hoffen – weniger, sondern noch viel mehr als heute bereit, für einen minimalen Lohn und unter prekären Bedingungen zu arbeiten. So wie schon heute viele, die in einem Minijob für Niedriglöhne „hinzuverdienen“, obwohl ihr Einkommen im Haushaltszusammenhang oder z. B. durch Bafög plus Elternzuschuss oftmals BGE-Niveau überschreitet. Oder die Hartz IV-Beziehenden, die bereitwillig und keineswegs nur erzwungen einen Ein-Euro-Job machen. Selbst nur hundert Euro oder ein paar mehr im Monat könnten sich lohnen, wären besser als nur BGE. Die Schere im Einkommen und damit in der gesellschaftlichen Anerkennung zwischen Arbeitskräften mit besonders gefragten Qualifikationen und solchen mit geringen oder überreichlich angebotenen Qualifikationen würde noch weit stärker als heute auseinandergehen.

BGE wäre faktisch der universelle Kombilohn als Lohnsubvention für das Kapital. Die linken BGElerInnen fordern dagegen zusätzlich Mindestlohn, aber fordern kann man viel, wenn der Tag lang ist. Es würde unter diesen Bedingungen nicht funktionieren, weil keine hinreichenden Interessen und Kräfte dafür zu mobilisieren wären, weil viele Millionen ihn unterlaufen würden. Der Kontrollaufwand wäre gigantisch. Dazu käme gewaltig verschärft das jetzt schon bestehende Problem der Verwandlung von sozial abgesicherter Beschäftigung in prekäre Selbstständigkeit und „Ich-AGs“. Zum Beispiel im Handwerk, in Handel und

Vertrieb, in den Medienbranchen, bei Taxen und Speditionen, bei personenbezogenen Dienstleistungen, aber zunehmend auch per Auslagerung in der Industrie. Diese Selbstständigen bieten dann notgedrungen, weil sie sonst keine Aufträge bekommen, ihre Leistungen zu Dumpingbedingungen an. Es ist nicht möglich, ihnen flächendeckend Mindestentgelte bzw. -preise vorzuschreiben. Sie treiben damit die Zerstörung von Arbeitsplätzen, die noch zu korrekten tariflichen oder auch Mindestlohn-Bedingungen bestehen, weiter voran.

Die Heilserwartungen, die die AnhängerInnen mit einem BGE verbinden, zeugen also von erheblichen Schwächen in der Erkenntnis des Kapitalismus und seiner Funktionsweise. Stefan Wolf schreibt gar von einer „Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen“, nämlich von Transferbeziehenden und nicht Transferbeziehenden, die durch ein Grundeinkommen verhindert würde. Die tatsächlich den Kapitalismus prägende Klassenspaltung zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns von beschäftigten und erwerbslosen Lohnabhängigen dagegen spielen in seinen Ausführungen keine Rolle. Die Arbeitslosigkeit wird als Resultat von „nicht genug Arbeit da“ und fehlender gesellschaftlicher Finanzierung erforderlicher Arbeit betrachtet – statt als Resultat der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Was einen Bruchteil der Kosten eines BGE verursachen würde. Wenn man dagegen eine halbwegs realistische und fundierte Sicht auf die gesellschaftlichen Herrschafts- und Kräfteverhältnisse hat, ist es m. E. geradezu absurd zu meinen, ein BGE wie es sich Linke wünschen könnten, hätte im Kapitalismus nur den Hauch einer Chance auf Verwirklichung.

Finanzierungsprobleme eines BGE

Zur Finanzierung eines BGE wären niedrig gerechnet mindestens zusätzlich 500 Milliarden Euro jährliche öffentliche Einnahmen notwendig. Das wäre etwa eine Verdopplung der bisherigen Steuereinnahmen. Zum Vergleich: Die bisherigen steuerpolitischen Forderungen der LINKEN inkl. Millionärsteuer ergeben vielleicht 160 Milliarden Euro, von denen über die Hälfte für zusätzliche Ausgaben für ein Zukunftsprogramm und mehr öffentliche Beschäftigung für Bildung, Soziales, ökologischen Umbau usw. verplant sind.

Um ein BGE zu finanzieren, müsste jede Erwerbstätigkeit – nur diese ist in letzter Instanz die Quelle von Steuereinnahmen – ab dem ersten Euro mit etlichen zig Prozent zusätzlichen Einkommensteuern oder Mehrwertsteuern belegt werden. Wer ein BGE will, muss bereit sein, dies mit strikten Kontrollen und Sanktionen gegen Steuerhinterziehung auch durchzusetzen, sonst ist selbst eine theoretische Finanzierbarkeit nicht möglich (realistisch ist sie ohnehin

nicht). Erfassung und Kontrolle aller Einkommen würden also unter dem Regime eines BGE nicht weniger, sondern noch viel umfassender und lückenloser als heute notwendig. Denn der Anreiz, informell und „schwarz“ am Finanzamt vorbei zu arbeiten, wäre vielfach höher als heute, gerade bei niedrigen Einkommen, die heute kaum mit Steuern belegt sind.

Auch mit einem BGE gäbe es in der Gesellschaft weiterhin einen Unterschied zwischen denjenigen, die erwerbstätig sind und damit die Finanzierung des Sozialstaats tragen, und denen, für die das nicht zutrifft. Und weil die Leute nicht blöd sind, wäre ihnen das auch klar. Und ebenso wie das heute der Fall ist, könnte das zu Stigmatisierungen genutzt werden und antisozialen Kräften als Anknüpfungspunkt dienen, Kampagnen gegen Erwerbslose zu führen und einen Abbau sozialer Leistungen zu propagieren.

Kein BGE ohne Erwerbsarbeit

Die Vorstellung, dass ein BGE die sozialen Spaltungen verhindern und eine Gleichwertigkeit aller Arbeits- und Tätigkeitsformen herbeiführen würde, geht an den realen ökonomischen Bedingungen völlig vorbei. Es geht dabei nicht um den Arbeitsbegriff, schon gar nicht um das Menschenbild. Ich stimme völlig zu, dass es gesellschaftlich notwendige Arbeit auch außerhalb der Erwerbsarbeit gibt und darüber hinaus viele andere Tätigkeiten, die ebenfalls unverzichtbar für das menschliche und gesellschaftliche Leben sind. Aber das ändert nichts an ihrer objektiv unterschiedlichen ökonomischen Bedeutung.

Denn nur Erwerbsarbeit, also Arbeit zum Zweck des Gelderwerbs, ist in der bürgerlichen Gesellschaft im ökonomischen Sinne wertschöpfend. Das ist keine moralische Bewertung, sondern heißt, nur sie produziert die Waren und Dienstleistungen, die mit Geld gekauft werden, und zugleich die Einkommen, mit denen sie bezahlt werden. Grundeinkommen beruht daher wie jede Geldleistung vollständig auf verallgemeinerter Erwerbsarbeit. Wer Geld ausgibt, um etwas zu kaufen, kommandiert damit die Arbeit anderer Menschen. Er oder sie veranlasst, dass andere gegen Entgelt eine Arbeit machen, nicht weil sie ihnen Spaß macht oder sie sie besonders sinnvoll finden, sondern weil sie das Bedürfnis derjenigen befriedigt, die bezahlen. Wer Erwerbsarbeit per se als entfremdet und zwanghaft kritisiert und sie deshalb überwinden will, kann dazu nicht Geldleistungen fordern.

Wer diese unterschiedliche ökonomische Bedeutung der verschiedenen Arbeiten überwinden will, muss entweder alle Arbeit zu Erwerbsarbeit machen, was weder wünschenswert noch realistisch ist. Oder eine Wirtschaft organisieren, die ohne Geld auskommt, was auch absehbar nicht ansteht. Und dann gäbe es auch kein BGE, denn das ist ja eine Geldleistung.

Aller Sozialaufwand wird immer aus der laufenden Wertschöpfung finanziert, also aus dem durch Erwerbsarbeit produzierten Bruttoinlandsprodukt bzw. Volkseinkommen. Steuern oder Sozialbeiträge mindern immer die Nettoeinkommen bzw. die Kaufkraft der Erwerbstätigen. Die Vorstellung, die Sozialleistungen allein zu Lasten der Kapitaleinkommen – die ja auch nicht vom Himmel fallen, sondern auf der Ausbeutung der Arbeitenden beruhen – finanzieren zu können anstatt zu Lasten der Arbeitseinkommen, ist völlig unrealistisch. Dies soll kein Argument gegen hohe Sozialleistungen oder gegen hohe Steuern auf Gewinne und Vermögen sein, sondern auf reale ökonomische und politische Bedingungen und Grenzen aufmerksam machen, die berücksichtigt werden müssen.

Eine wie auch immer geartete grundsätzliche Entkopplung der Sozialleistungen von der Erwerbsarbeit ist also schlichtweg unmöglich. Richtig ist stattdessen, egal wie die Finanzierung konkret gestrickt ist: Je höher die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitseinkommen sind und je niedriger die Erwerbslosigkeit ist, desto höher können die Sozialleistungen im Verhältnis zur Abgabenbelastung sein und desto eher sind sie damit auch politisch durchsetzbar.

Verkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit statt BGE

An einer Politik, die für ein hinreichendes Angebot guter Arbeitsplätze sorgt, führt also für Linke kein Weg vorbei, auch und gerade im Interesse der Erwerbslosen, ihrer Chancen auf eine gute Arbeit und auch auf hohe Sozialleistungen. Das ist der notwendige Kern einer ökonomisch und gesellschaftlich tragfähigen sozialen Alternative. Eine Linke, die dies ignorierte, würde niedergehen, und sie hätte es auch nicht besser verdient.

Linkes Ziel ist die Verkürzung und gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Dabei gilt: Die allgemeine Arbeitszeit kann umso mehr verkürzt werden, auf je mehr Schultern sie verteilt wird, wenn also möglichst alle Arbeitsfähigen beteiligt sind. Mit einem BGE den Ausstieg oder die Ausgrenzung der einen aus der Erwerbsarbeit zu alimentieren und die anderen dafür umso mehr arbeiten zu lassen, ist m. E. kein linkes Ziel.

Heute ist ein BGE besonders für viele Langzeiterwerbslose und prekär Selbstständige attraktiv, die sich davon eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen – eine durchaus verständliche Haltung. Die große Mehrheit der Beschäftigten und die Gewerkschaften haben daran kein Interesse. Was Stefan Wolf und wider besseres Wissen immer wieder Ronald Blaschke (BAG Grundeinkommen) zur Haltung von ver.di verbreiten, ist irreführend. Der mit überwältigender

Mehrheit gefasste Beschluss des letzten Bundeskongresses ist eindeutig: „ver.di lehnt die derzeit diskutierten Konzepte eines Bürgergeldes bzw. bedingungslosen Grundeinkommens ab. Staatliche Hilfeleistungen müssen Bedürftige erhalten, nicht die gesamte Bevölkerung. [...] Teile der Alternativbewegung streben ein bedingungsloses Grundeinkommen weit oberhalb des bisherigen Grundsicherungsniveaus an. [...] Für solche Konzeptionen gibt es weder ökonomisch noch politisch Realisierungsmöglichkeiten. Zu befürchten ist vielmehr, dass damit von den gewerkschaftlichen Alternativen abgelenkt und neoliberalen Bürgergeldkonzepten Vorschub geleistet wird, die sich gegen Mindestlöhne, Tarifverträge, Mitbestimmung und den Sozialstaat wenden.“

Linkes Ziel muss es stattdessen sein, Massen- und Langzeiterwerbslosigkeit sowie prekäre, ungesicherte und unterbezahlte Erwerbstätigkeit zu beseitigen. Ziel ist allen Menschen ein Recht auf gute und angemessen bezahlte Arbeit zu gewährleisten und daraus ein Einkommen, das höher als ein noch so komfortables BGE läge. Damit würde zugleich das Bedürfnis an einem BGE weitgehend entfallen.

BGE und LINKE

Dies ist zugleich der Weg in Richtung Sozialismus. Für die sozialistische Perspektive ist die Anforderung zentral, den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, Produktions- und Eigentumsverhältnisse der Herrschaft des Kapitals zu entziehen und demokratisch zu gestalten. Auch dazu leistet die Orientierung auf ein BGE keinen Beitrag.

Aus all diesen Gründen gehört die Forderung nach einem BGE nicht in ein Parteiprogramm der LINKEN, sondern würde sie spalten, vielleicht sogar zerstören. Ich könnte einem solchen Programm jedenfalls nicht zustimmen und eine Partei, die diese Forderung als Alternative präsentieren würde, nicht unterstützen, weil ich sie für falsch und schädlich halte. [1] Um für den innerparteilichen Frieden aber klar zu machen, dass DIE LINKE Raum bietet für das Vertreten und die Diskussion dieser Zielvorstellung, könnte ich mir im Kapitel zur Sozialen Sicherung eine Formulierung etwa wie folgt vorstellen: „Viele in der LINKEN streben darüber hinaus ein Bedingungsloses Grundeinkommen für alle an und erwarten sich davon die Überwindung von Abhängigkeiten und Stigmatisierungen.“ Weil das anscheinend so die Realität ist, auch wenn ich es nicht sinnvoll finde. Zu ergänzen ist aber auch: „Viele andere halten diese Forderung für falsch und desorientierend.“

[1] Vgl. auch Daniel Kreutz, Bedingungslose Freiheit? Warum die Grundeinkommensdebatte den Freunden des Kapitalismus in die Hände spielt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2010, sowie ders., Die Folgen eines BGE für verschiedene Politikbereiche, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/content/workshop/2008/Kreutz.Manuskript.pdf.

Jürgen Aust

Wider linke Beliebigkeit

Zu einigen zentralen Konfliktlinien in der Programmdebatte

Mit seinen „13 Thesen“ zum Programm-Entwurf der Partei DIE LINKE hat das fds („forum demokratischer sozialismus“) einen „Gegenentwurf“ präsentiert, mit dem es den Versuch unternimmt, der zweifellos antikapitalistischen Orientierung des Entwurfs eine „linksreformistische“ Ausrichtung entgegenzusetzen und für eine sozialistische Partei unverzichtbare Positionen nicht nur zu relativieren, sondern ihnen eine deutliche Absage zu erteilen. Die Auseinandersetzung mit diesen Thesen ist im Rahmen der Programm-Debatte deshalb von zentraler Bedeutung, weil es nicht nur um einige Detailfragen, sondern um „das Ganze“, also um das Selbstverständnis einer sozialistischen Partei geht.

Kapitalistische Reformfähigkeit

Bereits mit seinem Beitrag „Mut zur Reform!“ vom 7. Mai 2010 hatte das fds einen Frontalangriff gegen die im Programm-Entwurf enthaltene Kapitalismusanalyse unternommen. Während der Entwurf in der Präambel zum Ausdruck bringt, dass wir uns nicht abfinden „[...] mit einer Welt, in der einige hundert Konzerne über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung, Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden“, wird für das fds damit „geradezu ein Horrorszenario der Welt“ gezeichnet. In den „Thesen“ wird dieses Verdikt nunmehr dahingehend mit der Behauptung untermauert, dass „keine vorhergehende oder konkurrierende Gesellschaftsform [...] einen solchen Grad an demokratischen Freiheitsrechten wie die bestehende [garantiere]“, und darüber hinaus bewiesen kapitalistische Gesellschaften eine „Reformfähigkeit“, die „nicht zuletzt ihre Überlegenheit im Wettstreit der Systeme zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus ausmache“. Mit dieser Sichtweise werden dem Kapitalismus Eigenschaften attestiert, die einen nahezu kolonialen Blick offenbaren. Das unter kapitalistischen Bedingungen in Afrika und Asien vorhandene Massenelend hat bei diesem Politikverständnis offensichtlich lediglich klimatische Gründe. Denn dass der (relative) Wohlstand in Europa mit der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt etwas zu tun hat, würde die kapitalismusfreundliche Interpretation der Welt des 21. Jahrhunderts offensichtlich in Frage stellen. Aber nicht nur die Ausblendung dieses Sachverhalts, sondern auch die in den „Thesen“ zum Ausdruck kommende

grundsätzliche Analyse von zivilisatorischen Errungenschaften unter kapitalistischen Bedingungen könnte eher aus bürgerlichen Geschichtsbüchern entnommen sein. Denn nach einer linken Sicht auf die bisherige geschichtliche Entwicklung dürften das Frauenwahlrecht, die betriebliche Mitbestimmung, ja nahezu jegliche spürbare Lohnerhöhung immer Ergebnis harter (Klassen-)Auseinandersetzungen und sozialer Kämpfe gegen die Macht des Kapitals und seiner Regierungen gewesen sein. Die vom fds dem kapitalistischen System attestierte Reformfreundlichkeit entspricht bürgerlicher Ideologie und Legitimationstheorie, mit der man sich zwar den Eintritt in bürgerliche Regierungen erkauft, aber sich von linker Gesellschafts- und Klassenanalyse grundsätzlich verabschiedet.

Frieden mit der NATO?

Die dem kapitalistischen System attestierte „Reformfähigkeit“ findet in den „Thesen“ konsequente Fortsetzung bei der Frage, wie eine linke Friedenspolitik aussehen sollte. Während der Entwurf davon ausgeht, dass „imperiale Kriege aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte [erwachsen]“, geht das fds „von einer potentiellen Friedensfähigkeit des Kapitalismus“ aus und verurteilt den „Imperialismusbegriff“ als eine „bekannte linke Rhetorik des letzten Jahrhunderts“, der der „Vielschichtigkeit internationaler Beziehungen“ nicht mehr gerecht werde. Um im Hinblick auf 2013 die angestrebte Option eines rot-rot-grünen Regierungsbündnisses nicht zu gefährden, formulieren die „Thesen“ im Kapitel „Für realistische Sicherheitsperspektiven“ selbstverständlich auch ein Bekenntnis zur NATO, da mit „dieser Institution in über 20 Mitgliedsstaaten Bevölkerungsmehrheiten ihr Sicherheitsbedürfnis verbinden“. Wie nicht anders zu erwarten, folgt unmittelbar im Anschluss daran das Bekenntnis, dass „völkerrechtlich nach UN-Charta mandatierte internationale militärische Einsätze [...] oft, aber nicht immer und per se abzulehnende Kriegseinsätze“ sind. Um die Programm-Debatte über dieses für das fds zentrale Selbstverständnis nicht unnötig zu belasten, soll dieser für ein linkes Profil zentrale Programmteil nach Ansicht des fds aus dem Programm-Entwurf ausgeklammert werden, um ihn dann nach vorausgegangener Programm-Debatte „in einem eigenen Parteitagsbeschluss“ abzuschließen.

Mit dieser politischen Ausrichtung verabschiedet sich das fds nicht nur von bisher zentralen friedenspolitischen Positionen der Partei, sondern vollzieht damit gleichzeitig die offenbar beabsichtigte Annäherung an entsprechende Positionen von SPD und Grüne, die z. B. Eingang in das Projekt zahlreicher MdBs aus den Reihen von SPD, Grünen und fds mit dem farbenfrohen Titel „Das Leben ist bunter“ gefunden haben. Eine Forderung nach sofortiger

Beendigung des Afghanistan-Krieges wird in derartigen „Diskursen“ dann auch für überflüssig gehalten, weil doch „die SPD im Jahre 2013 den Bundeswehreinsatz beendet haben will. [...] Falls es dann eine Mehrheit für das linke Lager gibt, dürfte es also an der Afghanistan-Frage kaum scheitern“, so wörtlich die Mitunterzeichnerin und MdB der LINKEN, Halina Wawzyniak. Die Absage an einen linken Antiimperialismus ergibt jedoch nur dann Sinn, „wenn die Expansion der westlichen Wertegemeinschaft entweder nicht mehr als Imperialismus wahrgenommen oder dieser als legitime Ordnungsmacht akzeptiert wird“ (Werner Pirker in jW vom 21. April 2010). Und es ist ganz offensichtlich die Kriegsfrage, die Sigmar Gabriel im Blick hatte, als er an die Adresse der LINKEN die geschichtsträchtigen Worte richtete: „Die Reformer müssen endlich mal kämpfen um ihre Partei!“ Diese Aufforderung blieb beim fds offensichtlich nicht ungehört.

Die nicht mehr zeitgemäße Eigentumsfrage

Aber nicht nur die Friedensfrage, sondern im gleichen Maße die Eigentumsfrage gefährden eine Regierungsbeteiligung unter rot-grünen Vorzeichen. Bereits im Beitrag „Mut zur Reform!“ wurde der Standpunkt vertreten, dass die „massive Orientierung auf Verstaatlichung – basierend auf der Eigentumsfrage – völlig ignoriert, dass auch öffentliches Eigentum sich am Markt bewähren muss [!], um nicht im parteipolitischen Filz unterzugehen oder nur Kosten zu verursachen“. Diese sich von einem neoliberalen Glaubensbekenntnis nicht mehr unterscheidbare Sichtweise erfährt in den „Thesen“ noch eine besondere Ausrichtung unter der Losung „Eigentumspolitik ist nicht Dogmenvollzug!“. Dort erfolgt die für jegliche Art von „Linksreformismus“ typische Relativierung der Eigentumsfrage, wenn es heißt, „es wäre jedoch falsch zu glauben, dass der Wechsel der Eigentumsform für sich genommen schon hinreichender Ausgangspunkt demokratisch-sozialistischer Veränderung wäre“. Damit würde „die Bedeutung der tatsächlichen Verfügungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten unterschätzt. Im Hinblick auf eine demokratisch-sozialistische Perspektive sind letztere aber nicht Ergebnis des Wechsels der Eigentumsform, sondern ihre Voraussetzung.“ Einer der Protagonisten dieser Sichtweise, Klaus Lederer, hat dieses Politikverständnis in seinem Beitrag zur Programm-Debatte „Beim Eigentum zu kurz gegriffen“ so formuliert: „Nicht die Lösung der Eigentumsfrage ist Voraussetzung für eine ‚richtige‘ Demokratie im Morgen. Die heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage.“

Was auf den ersten Blick als ein lediglich alternativer Weg zu einer anderen bzw. sozialistischen Gesellschaftsordnung erscheint, erschließt sich erst beim zweiten Blick als eine Absage an das entscheidende Problem jeglicher gesellschaftsverändernder Strategie,

nämlich das Stellen der Machtfrage. Das politische Selbstverständnis des fds knüpft nahezu nahtlos an die reformistischen Positionen der SPD der zwanziger Jahre der Weimarer Republik an, wonach der Sozialismus über die Demokratisierung der Unternehmensorganisationen und zwar nicht im Konflikt mit dem Kapital, sondern in Kooperation mit ihm „eingeführt“ werden sollte: Sozialismus per Regierungsdekret! Der bisherige Verlauf der Geschichte dürfte ein Beleg dafür sein, dass diese Strategie gründlich gescheitert ist. Diese Form von „Linksreformismus“ hat nicht nur in der Weimarer Republik versagt, sie hat auch in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte über den Weg der Sozialpartnerschaft in erster Linie die Kapitalfraktionen gestärkt, aber nicht annähernd ein Mehr an Gegenmacht geschaffen. Es ist deshalb kein Zufall, dass das fds das Modell der „Wirtschaftsdemokratie“ als das von ihm favorisierte „Transformationsprojekt“ gegen die Eigentumsfrage gewissermaßen „ausspielt“. Es hat nämlich nahezu nichts mit der für einen Systemwechsel unverzichtbaren Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an den (wesentlichen) Produktionsmitteln zu tun als einer entscheidenden Voraussetzung für die Abschaffung der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts, als vielmehr mit der Aufrechterhaltung privater Verfügungsmacht über Produktion und Arbeitskraft, die lediglich durch eine Mitbestimmung „ergänzt“ werden soll, die die kapitalistische Befehlsgewalt grundsätzlich nicht in Frage stellt.

Regierungsbeteiligung als Transformationsprojekt?

Nicht zuletzt sind für das fds die im Entwurf geforderten „Haltelinien“ für eine linke Regierungsbeteiligung von Anfang an „Stein des Anstoßes“. Nachdem in zahlreichen Beiträgen von fds-Repräsentanten im Rahmen der Programm-Debatte Haltelinien eine deutliche Absage erteilt wurde, heißt es nunmehr in den „Thesen“: „Wir wollen in einem transformatorischen Prozess die Gesellschaft so verändern, dass die Dominanz des Profits zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. [...] Diesen Weg durch Haltelinien abzuzäunen, halten wir für unproduktiv. Ein solches Vorgehen [...] führt dazu, dass [...] die Wächter der Haltelinien um Grundsatzbeschlüsse patrouillieren, um Abweichungen zu ahnden. Die Geschichte zeigt, dass so Debatten und letztlich Parteien erstarren.“ Nun dürfte die Geschichte eines gezeigt haben: dass die Beteiligung linker bzw. sozialistischer Parteien an bürgerlichen Regierungen sowohl in Frankreich als auch in Italien für ehemals sehr einflussreiche Parteien mit irreparablen Niederlagen verbunden waren, von denen sie sich bis heute nicht mehr erholt haben. Und obwohl auch die Berliner Senatswahl im Jahre 2006 der Linken (ehemals PDS) nahezu die Hälfte der Stimmen gekostet hat, hält das fds als ihr

wesentlicher Repräsentant unverdrossen an diesem angeblich linken „Politikmodell“ fest. Dieses mit dem euphemistischen Begriff „radikale Realpolitik“ verbundene Modell legitimiert die Beteiligung an neoliberaler Politik in Berlin oder Brandenburg in der Regel damit, dass der Regierungseintritt linke Referenzprojekte ermöglicht habe, ohne dass das fds bereit ist einzugestehen, dass er als Teil einer bürgerlichen Regierung seit Jahren einen massiven Sozialabbau mitträgt. So wirbt z. B. aktuell Helmuth Markov als Finanzminister der Landesregierung in Brandenburg für seinen Haushaltskonsolidierungskurs, mit dem DIE LINKE in Brandenburg sich ganz offensichtlich von bisher breit verankerten Grundsätzen der Partei verabschiedet hat. In Berlin trägt die Linke für ein Repressionsregime namens „Hartz IV“ Regierungsverantwortung, wo ca. 200 000 Menschen im Hartz IV-Bezug drangsaliert und entrechtet werden, und legitimiert ihre Politik mit einem politisch mehr als zweifelhaften ÖBS, der mit einer sozialversicherten Beschäftigung für ca. 7 500 Menschen nicht viel mehr ist als die berühmte Stecknadel im Heuhaufen. Ohne damit den (zeitlich befristeten) Vorteil für die vom ÖBS Begünstigten kleinreden zu wollen, schafft diese Art von Sozialpolitik einen geringen Teil von Privilegierten, während der übergroße Rest von ca. 192 500 Menschen weiter ausgeschlossen bleibt.

Es kann nur als Ironie der Geschichte bezeichnet werden, wenn das fds sich für seine Regierungspolitik beständig auf Rosa Luxemburg als seine Kronzeugin beruft. So zitiert Klaus Lederer in seinem Beitrag „Was ist und was kann ‚radikale Realpolitik‘ heute?“ umfangreich Rosa Luxemburg, jedoch unterschlägt er, dass diese sich ganz entschieden gegen die Beteiligung von linken Parteien an bürgerlichen Regierungen ausgesprochen hat. So erklärte sie in der Auseinandersetzung mit dem französischen Sozialisten Millerand anlässlich seines Eintritts in die bürgerliche Regierung: „In die Volksvertretung treten die Sozialisten ein, um die bürgerliche Klassenherrschaft zu bekämpfen, in die bürgerliche Regierung, um die Verantwortlichkeit für die Akte dieser Klassenherrschaft auf sich zu laden.“ Aber da Papier bekanntlich geduldig ist, muss dann schon mal eine amputierte Rosa Luxemburg für eine Politik herhalten, die sie Zeit ihres Lebens entschieden bekämpft hat.

Wie mit unversöhnlichen Konfliktlinien umgehen?

Man könnte den „Gegenentwurf“ des fds wohlmeinend als ein alternatives Diskussionsangebot im Rahmen der Programm-Debatte verstehen, wenn er nicht in einem entscheidenden Bereich linker Politik nahezu desaströse Auswirkungen haben würde, nämlich in der für eine linke Politik unverzichtbaren Orientierung auf einen außerparlamentarischen Widerstand. Wer NATO und Bundeswehr für friedensfähig erklärt, der kann allenfalls mit

SPD und Grünen auf den Parlamentsbänken noch über die Höhe des Rüstungsetats feilschen, der kann der Friedensbewegung im Kampf für eine Welt ohne Waffen aber keine Perspektive mehr bieten. Wer für ein Hartz-Regime die Regierungsverantwortung übernimmt, der steht im Kampf gegen ein menschenverachtendes Repressionsregime nicht mehr zur Verfügung. Wer, wie in Berlin und Brandenburg, die staatliche Abschiebungsmaschine mitverwaltet, der verliert bei Menschen, die gegen diese Politik den Widerstand organisieren, jegliche Glaubwürdigkeit.

Wenn die Programmdebatte nicht nur als eine akademische Disziplin verstanden wird, sondern sich auch in den realen Kämpfen um eine andere Gesellschaft widerspiegeln soll, dann muss die LINKE sich entscheiden, ob sie einen (links-)reformistischen Weg à la fds einschlagen will oder ob sie sich dazu durchringt, das kapitalistische Gesellschaftssystem zu überwinden. Letzteres ist zwar noch keine Garantie für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, aber ihre entscheidende Voraussetzung. Die Erfahrung aus dem gescheiterten „Realsozialismus“ kann aber nicht der Verzicht auf diese „Grundkonstante“ jeglicher sozialistischen bzw. revolutionären Bewegung sein, sondern die Erkenntnis, dass neben der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zwingend auch die „Vergesellschaftung des Staates“ erfolgen muss, da nur dadurch ein wesentliches Moment des Scheiterns des bisherigen Sozialismusversuchs, seine hierarchisch-zentralistische bzw. repressive Ausrichtung, überwunden werden kann. Diese Vision einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft sollte das Maß an Radikalität bestimmen, an dem sich die Debatte um einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf des 21. Jahrhunderts orientieren muss.

Jürgen Aust ist Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE NRW und des Sprecherkreises der Antikapitalistischen Linken NRW.

Brief an den Parteivorstand, Programmkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns ausführlich mit Eurem Programmentwurf befasst und können ihn grosso modo auch akzeptieren. Allerdings merkt man an dem Teil „Kleine und mittlere Unternehmen“ (KMU) in III. überdeutlich, dass kein aktiver Unternehmer und keine Kleingewerbetreibende daran mitgewirkt haben. Dass KMU „Produktivität und technologische Neuerung befördern“ können, ist kein sonderliches Plädoyer, sondern eine Binsenweisheit, denn technologisch neu können auch Rüstungsgüter sein. Der Absatz hat keinen Duktus von Aufbruch und keine klares Bekenntnis zu den Hunderttausenden von Kleinunternehmen. Martin Luther merkte an, dass „aus einem verzagten Arsch kein fröhlicher Furz kommt“. Euer Absatz ist verzagt, ist beherrscht von Auflagen, Drohungen und „Wenns und Abers“, klingt aber nicht danach, dass die Linke auch Schutzschirm für Kleinunternehmen sein will. Wir sind keine „produktiven“ Rüstungshersteller, aber wir waren die Ersten, die in Windräder, linke Kleinkunst und Dritte-Welt-fair-trade-Läden investiert haben. Wir sind die Erfinder und Start-Ups, für die es sich lohnt von links einzutreten. Wir brauchen Niedrigzinsen, aber keine weltfremden Rating-agenturen.

Es bedarf einer völlig neuen Aufstellung der Traditionen der Arbeiterbewegung zu den Kleinunternehmen – auch und gerade aus demokratiepolitischen Gründen. Bedenkt den Satz von Ernst Bloch: „Kampflos, Genossen, habt ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen.“

Darum bitten wir Euch bzw. beantragen wir einstimmig von unserer Tagung am 15. April 2010 in Dortmund, folgenden Absatz anstelle des bisherigen Absatzes vornan zu stellen:

„Ein Ausgleich der Interessen von denen in freien Berufen, von Kleinunternehmen und den gewerkschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen ist auf deutschem Boden so neu wie lohnend für Demokratie und Volkswirtschaft. Ohne kleine und mittlere Gewerbetreibende hätten sich keine Öko-Produkte durchgesetzt und ist der Ausbau regionaler Kreisläufe undenkbar. Die Linke beteiligt sich daran mit Rat und Tat, um den gemeinsamen Streit für Binnenkaufkraft, für Freiheit von monopolkapitalistischer Gängelung und von Bank-Diktaten zu verbreitern. Selbstbewusste Selbstständige in Handwerk, Kunst und anderer Dienstleistung sind unverzichtbar für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts.“

Mut zur Reform!

Nach langen und offenbar schwierigen Debatten in der Programmkommission und ohne weitere inhaltliche Bewertung und öffentliche Positionierung des Parteivorstandes liegt nun endlich ein Programmentwurf vor. Auf dessen Veröffentlichung hatte das „forum demokratischer sozialismus“ (fds) stets gedrungen. Es gilt nun, in einer breiten, transparenten und basisorientierten Debatte die notwendigen Kontroversen zu zahlreichen Streitfragen auszutragen. Zugleich ist es wichtig, die Programmdebatte auch offen in die Gesellschaft hineinzutragen, um unsere Vorstellungen einem kritischen Blick zu unterziehen und durch externen Sachverstand und Erfahrungswissen zu bereichern.

Neben zahlreichen gemeinsamen Ansätzen für die Partei gibt es eine Reihe von offenen Fragen, von Defiziten, umstrittenen Grund- und roten Haltelinien sowie unklaren Logiken, die aus reformpolitischer Sicht Anlass für Kritik und Änderungsbedarf geben.

Es ist zweifelsohne richtig, dass inhaltlich wie auch sprachlich das gesamte Mitgliederspektrum der Partei und ihrer potenziellen Wählerschichten angesprochen werden muss und von daher am Ende des Diskussionsprozesses Kompromisse zu finden sind. Bis dahin jedoch sollte eine kontroverse Diskussion stattfinden. Diese Weiterentwicklung unseres Denkens schärft unsere Konzepte und dient der Profilierung innerhalb der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik. Generell bleibt es das Ziel unseres Zusammenschlusses, die reformpolitische Logik breit und stringent im Programm zu verankern. An die Stelle manch durchsichtiger antikapitalistischer Rhetorik, verbunden mit unrealistischen Analysen über gesellschaftliche Ausgangsvoraussetzungen sowie daraus resultierende politische Maximalforderungen gesellschaftlicher Veränderung, sollten deutliche Beschreibungen des aktuellen Potenzials der Gesellschaft für schrittweise Veränderungen treten.

Wir begrüßen, dass in der Präambel drei Grundideen als Basis und übergreifender Zusammenhang für den Gesamttext formuliert sind. Das bezieht sich erstens auf die individuelle Freiheit als Grundidee einer solidarischen Gesellschaft, zweitens auf den sozial-ökologischen Umbau anstelle profitorientierten Wachstums und drittens auf den längeren emanzipatorischen Prozess zur Gesellschaftsveränderung. Leider prägen diese Grundideen den Gesamttext weder in seinem Aufbau noch in seinen Einzelthemen und Schwerpunkten. Zu sehr stehen zwei Grundlogiken nebeneinander. Der Entwurf zeigt, dass es in der LINKEN zwei Annäherungen an die gesellschaftliche Realität und politisch-programmatische

Perspektiven gibt. Die eine Sicht hält erst die Verwirklichung von Sozialismus für notwendig, bevor Verbesserungen für die Bürger und Bürgerinnen ermöglicht werden und bevor Freiheit und Demokratie sich entfalten können. Es heißt: „Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive [...].“ Die andere, reformerische Sichtweise geht von einem Prozess aus, in dem sich Demokratie entfaltet und Freiheit und Selbstbestimmung als Bedingung eines demokratischen Sozialismus gelten.

Bereits im ersten Absatz ist – zumindest missverständlich – formuliert, dass es zum Ringen um andere gesellschaftliche Verhältnisse eines anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells bedarf. Hier relativiert sich das gegenwärtige Engagement gegen Armut, für Frieden, gesellschaftliche Teilhabe und mehr demokratische Rechte bereits im doppelten Sinne, und zwar mit problematischen Konsequenzen. Entweder wird die schrittweise Verbesserung nur als marginale Vorstufe zum eigentlichen Ziel unterbewertet, oder es bedarf erst des anderen Gesellschaftssystems, um die Ziele überhaupt zu erreichen. Dieses – im Grunde neokommunistische – Politikverständnis findet sich an zahlreichen Stellen im Programmentwurf wieder. Da der Transformationsgedanke unvermittelt daneben steht, bleibt ein Eindruck mangelnder Stringenz. Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass die hier kritisierte Logik sogar die dominante ist, in deren Rahmen sich jenseits reformerischer Einschübe die einzelnen Reformprojekte ein- und unterordnen. In diesem Rahmen sind die Reformprojekte eben nicht zentraler Bestandteil sozialistischer Politik, sondern bloßes Aktionsmoment neben den eigentlich angestrebten strategischen Systemveränderungen.

Wir halten es für erforderlich, hier eine wirkliche Verbindung von Systemkritik und transformatorischer Veränderung zu erreichen und dabei den Transformationsprozess in den Mittelpunkt zu stellen. Nur daran lässt sich die Wirksamkeit linker Politik messen. Die PDS hatte mit ihrem Sozialismusbegriff bereits fortschrittlichere theoretisch-programmatische Grundlagen gelegt, an die angeknüpft werden kann.

Wir wissen um die Bedeutung von klarer Kommunikation. Es gibt natürlich Grundunterschiede von richtig und falsch, von gut und schlecht. Dennoch nützt rein dualistisches Denken nichts, wenn es um eine genaue Analyse und Beschreibung der Realität geht. Diese stellt sich immer differenziert dar. Problematisch wird es dann, wenn die Beschreibung in einem solchen Maß vereinfacht wird, dass sie nicht mehr mit dem Erfahrungswissen von größeren Wählerschichten übereinstimmt oder in der Konsequenz Veränderungspotenziale in der Gegenwart unberücksichtigt gelassen werden. Der Programmentwurf skizziert geradezu ein Horrorszenario der Welt, in dem einige Konzerne

herrschen, Demokratie verhindern, Staaten Kriege um Absatzmärkte führen. „Wo Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie.“ So werden wichtige Facetten der gegenwärtigen Welt weggelassen für ein sehr einseitiges Bild. Diese Verabsolutierungen dienen nicht der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft unserer Argumente. Es gibt keinen Grund, die Auswüchse kapitalistischer Entwicklungen gerade in Krisenjahren kleinzureden, dennoch entspricht diese Schwarz-Weiß-Unterteilung des Kapitalismus nicht den Erfahrungen breiter Bevölkerungsschichten. Der moderne Kapitalismus enthält auch zahlreiche fortschrittliche Elemente, hat technischen Fortschritt, demokratische Entwicklungen und Wohlstand für viele gebracht. Er weist zudem zahlreiche Regulationsmechanismen auf, die Selbstkorrekturen ermöglichen. Das einseitige Horrorbild passt weder zum Marx'schen Begriff der Janusköpfigkeit des Kapitalismus noch zur Bilanz der sozialen, gewerkschaftlichen und anderen emanzipatorischen Bewegungen, die in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht haben. Gerade diese Erfahrungen und eine differenzierte Sichtweise eröffnen den Blick für Veränderungsprozesse, die im Hier und Jetzt begründet sind. Dem kritischen linken Betrachter wird nicht entgangen sein, dass es nicht den einen Kapitalismus gibt, ja dass es ihn nicht einmal zu Marx' Zeiten gab. Er zeigt sich regional in sehr verschiedenen gesellschaftlichen Ausformungen; Frankreich, Schweden, die USA, Chile, Singapur und Ägypten sollten als Stichworte zum Nachdenken darüber genügen.

Der sozial-ökologische Umbau ist zwar als Leitidee formuliert und hat einen eigenen kurzen Absatz erhalten, ist aber gerade nicht organisch durch den wirtschafts- und energiepolitischen Absatz aufgenommen. Dabei handelt es sich hier um die eigentliche wirtschaftspolitische Herausforderung. Wie können Zukunftstechnologien weiter kreativ entwickelt und zugleich partizipativ durch die Menschheit genutzt werden? Hier geht es um eine tragfähige Alternative zum Neoliberalismus, dessen Grenzen uns in der Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Demokratiekrise deutlich wurden, ohne den einfachen Weg zu gehen und beim Fordismus vergangener Zeiten zu landen. Die Wirtschaft und ihre Kreisläufe auf der Nutzer- und Anbieterseite in Richtung Ressourcenschonung, Energieeffizienz und regenerative Energieträger umzubauen, muss intensiver als Aufgabe beschrieben werden. Diesen Prozess auch sozial zu gestalten, bleibt für die LINKE eine besondere Aufgabe.

Die massive Orientierung auf Verstaatlichung – basierend auf der Eigentumsfrage – ignoriert völlig, dass auch öffentliches Eigentum sich am Markt bewähren muss, also modern geführt werden sollte, um nicht im parteipolitischen Filz unterzugehen oder nur Kosten zu verursachen. Trotz des umfangreichen Textes wird nicht klar, auf welcher ökonomischen

Grundlage dieser skizzierte Sozialismus beruht. Es gibt noch keine historischen Beispiele für das Gelingen der hier unterbreiteten Vorstellungen, nur für bisherige Fehlschläge. Dass andere Eigentumsformen (Staatseigentum, Belegschaftseigentum, Genossenschaftseigentum) schon allein zu einer anderen Ökonomie führen, ist sehr zweifelhaft. Wie demokratische Kontrolle und Mitsprache in einer wirtschaftlich funktionierenden Weise erreicht werden sollen, bedarf noch näherer Ausführungen. Zu viele Fragen bleiben in dem Bereich offen: Welche sind die zu verstaatlichenden Schlüsselindustrien heute? Wie sollen sie in Staatseigentum überführt werden? Wie sollen die Betriebe mit Belegschaftseigentum funktionieren? Wie soll eine (nationale) Rahmenplanung aussehen u. Ä. Dass andere Parteien in dieser komprimierten Form solche Vorstellungen nicht unterbreiten, sagt noch nichts über die Brauchbarkeit solcher Positionen aus. Es muss die Frage beantwortet werden: Was heißt es unter den heutigen Bedingungen, den Markt demokratisch zu steuern und zu kontrollieren?

Es stellt sich noch ein gravierendes strategisches Problem: Wollen wir als Protest-Partei nur gemeinsam mit Bewegungen diese Gesellschaft verändern oder gehen wir davon aus, dass wir auch mit anderen politischen Parteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen zum Beispiel) zusammenarbeiten, um unsere Ziele zu erreichen. Hier geht es nicht um Regierungsverantwortung, sondern nur um den strategischen Ansatz. Dieser lautet im Programmentwurf: Wir stehen einem „Kartell neoliberaler Parteien“ gegenüber. Diese undifferenzierte Sicht entspricht nicht der Wirklichkeit. FDP und SPD oder FDP und Grüne in solch allgemeiner Form in einen Topf zu werfen, ist unseriös. DIE LINKE hat sich in vielen Fragen eine Eigenständigkeit erarbeitet, aber sie steht nicht grundsätzlich allein gegen alle.

Aus diesem Blickwinkel ergeben sich auch praktische Fragen der Übernahme von Regierungsverantwortung. Wir halten es nicht für sinnvoll, mit roten Linien scheinbar feste Kriterien für die Regierungsteilnahme festzusetzen. Was nur auf den ersten Blick manchem schlüssig und populär erscheint, ist politisch unhaltbar. Über mögliche Koalitionen sollten Parteitage oder Mitgliederbefragungen nach Wahlen im Lichte der Wahlergebnisse, der Wahlprogramme und der Koalitionsgespräche konkret entscheiden. Wann sozialistische Politik auch über Regierungsarbeit umgesetzt werden kann, ist keine abstrakte Frage des Grundsatzprogramms. Nur ein Ausschluss dieses politischen Instruments, sei es direkt oder über die Krücke von unzähligen Hürden, mag eine grundsätzliche Frage sein, die ein Parteitag entscheiden kann, wenn es in dieser fundamentalen Ausrichtung ein Entscheidungsbedürfnis gibt. Wir plädieren dafür, die Wahl der besten Wege zur Durchsetzung sozialistischer Politik

in erster Linie den verantwortlichen Akteuren und Gremien der Partei zu überlassen. Sie sind erfahren und verantwortungsbewusst genug.

Es ließen sich noch weitere Themen aus dem Programmentwurf benennen, die zum Disput einladen. Wir wünschen uns in den nächsten Monaten eine intensive und kontroverse Debatte in der Partei und darüber hinaus. Das fds wird sich daran auch mit eigenen Thesen im Sommer dieses Jahres und mit weiteren eigenen Impulsen beteiligen. Damit wir gemeinsam etwas genauer über das sprechen, was wir für linke Politik in einem einflussreichen, entwickelten Industriestaat im 21. Jahrhundert halten. Damit wir erfolgreich bleiben, Menschen gewinnen und gesellschaftliche Veränderungen zum Besseren erreichen.

